

Dank der deutschen Sozialdemokratie, den Dank der deutschen Arbeiterklasse aussprechen. (Bravo!) Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich als Glied der Internationale. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie, so stark auch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sein mögen, ohnmächtig sind im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus, wenn sie nicht marschieren können in dem geschlossenen Heerhaufen der internationalen Arbeiterorganisationen. Noch ist das deutsche Volk Gegenstand der Behandlung, noch ist man daran, über das Geschick und die Grenzen des deutschen Volkes im Völkerbunde zu beraten. Noch wissen wir nicht, wie die Grenzen des deutschen Landes gezogen werden und welche Wirtschaftsmöglichkeiten aus den Beratungen des Völkerbundes über Oberschlesien für Deutschland ersehen werden. Wir wissen nur das eine, daß mit den Maßnahmen, die vom Völkerbund getroffen werden, das wirtschaftliche Leben Deutschlands gefährdet und erbrockelt werden könnte, und daß damit auch die gesamte europäische Wirtschaft zugrunde gerichtet werden kann. (Sehr richtig!) Deshalb ist der Kampf der deutschen Arbeiter aufs engste verbunden mit dem Kampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter aller Länder, nicht nur Europas, sondern der gesamten Welt. Der Gedanke der Internationalität wird uns als eine eiserne Notwendigkeit eingehämmert. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, die Arbeiterkraft für die Internationalität der Idee reif gemacht und vorbereitet zu haben. Wir geloben es euch: wir ruhen und wir rasten nicht, bis wir die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft wieder unter dem siegenden Banner der internationalen Sozialdemokratie hergestellt haben. (Stürmischer Beifall.)

Damit sind die Verhandlungen des Parteitages für heute erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 15 Minuten.

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten und ernennt zu Schriftführern Mache-Breslau, Fischer-Nürnberg und Zimmermann-Altenburg. Er erteilt darauf Mollenbuhr das Wort zu einem Referat über das Parteiprogramm.

Mollenbuhr-Berlin (mit Händeklatschen begrüßt): Ich will einen kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte unserer Programme werfen und Ihnen dann überlassen, zu beurteilen, ob das Programm geändert werden muß und wie das neue Programm aussehen soll. Ich habe wiederholt von einem alten Programm Abschied nehmen müssen. Wir als alte Lassalleaner haben in Gotha von dem alten Lassalle'schen Programm Abschied genommen, ebenso ging es den Eisenachern, und als 1891 das Erfurter Programm geschaffen wurde, glaubten verschiedene Genossen, das alte Programm sei ein gutes Rüstzeug für die Agitation gewesen. Nun fragt es sich, ob wir ein neues Programm gebrauchen. Marx hat in einem Briefe an Brade gesagt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme.“ Ein Programm ist nötig, um eine Einheitslichkeit in der Bewegung zu erhalten, wenn man einem bestimmten Ziele zusteuern will. An Bewegung fehlt es uns nicht, aber wir brauchen ein Programm, weil wir ein Rüstzeug in der Agitation brauchen und uns an solche Leute wenden müssen, welche der Bewegung fernstehen. Durch die Agitation für das Parteiprogramm ist die Partei stark geworden.

Nun ist gesagt worden, daß wir ja das Erfurter Programm haben. Die Programme müssen aber aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herauswachsen. Einen beliebigen Wunschzettel könnte man konstruieren, aber der wissenschaftliche Sozialismus hat es sich immer zur Aufgabe gestellt, die organische Entwicklung vorwärtszutreiben. Wir sind immer dieselben geblieben, aber weil die Verhältnisse andere wurden, mußten die Programme geändert werden. Für die Lassalleaner galt das Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis 1875, für die süb- und mitteldeutschen Arbeitervereine das Nürnberger Programm von 1868 bis 1869. Dann galt das Eisenacher Programm bis 1875, das Gothaer bis 1891 und das Erfurter bis jetzt.

Als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, war Deutschland ein Agrarstaat, nur 11½ Millionen Arbeiter waren damals in den Fabriken beschäftigt. Das Eisenacher Programm entstand in der Zeit des Norddeutschen Bundes, das Gothaer, als wir am Ende der sogenannten Gründerperiode waren. Das Erfurter Programm entstand, als die modernen Kartelle gegründet wurden. War das Gothaer Programm so schlecht, daß es, wie Marx annahm, wirklich die Partei korrumpierte, wie auch sonst vielfach behauptet wurde? Das trifft nicht zu. Wir haben mit diesem Programm das Sozialistengesetz überlebt, wir haben dem Gesetz den echten Rebellen trotz entgegengekehrt und an den alten Grundsätzen festgehalten. Es gab zu jener Zeit allerhand Lodungen, aber man ließ sich nicht in anarchistische Politik hineintreiben und ebensowenig in die Arme von Stöcker und Genossen, sondern die Partei marschierte ihrem alten Ziele zu.

Mit dem Gothaer Programm sind wir unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes von einer Partei mit reichlich 300 000 Stimmen zur stärksten Partei Deutschlands geworden. Man muß aber zugeben, daß eine Reihe von Sätzen aus dem Programm sich wissenschaftlich nicht halten ließ. Die Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat schritt weiter vor. Mit wachsender Eile ist seitdem das Tempo fortgeschritten. Jetzt stehen wir exzeptionellen Verhältnissen gegenüber. Infolge der Entwicklung durch den Krieg stehen wir vor einem Trümmerhaufen und müssen eine neue Welt aufbauen. Ich glaube nicht, daß es dem Kapitalismus gelingt, die alte Welt von neuem aufzubauen, weil es ein Unding ist, eine Vergangenheit neu beleben zu wollen. Wäre das möglich, dann hätten die Junker zu Anfang des 19. Jahrhunderts jene Zustände wiederhergestellt, wie sie in Preußen vor 1810 gewesen waren. Sie haben die alte Welt nicht neu beleben können, und die Kapitalisten werden auch die gegenwärtige nicht aufbauen. Die Not ist jetzt allgemein. Auch in den Siegerstaaten sieht es nicht besser aus als in Deutschland, England hat die dreifache Zahl an Arbeitslosen wie wir. Auch in den neutralen Staaten zeigt sich dieselbe Erscheinung. Bei dem Aufbau einer neuen Welt muß die Arbeiterklasse mitwirken und alles tun, was in ihren Kräften steht. Was sie zu tun gedenkt, muß im Programm zum Ausdruck kommen.

Man kann nicht leicht sagen, welchen Gang die Entwicklung nehmen wird. Eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten werden austauschen, aber wir haben uns bei dem Ihnen vorgelegten Programmwurf zunächst an diejenigen Dinge gehalten, welche aktuell sind. Wir haben einige Forderungen aufgestellt, die zum Teil schon Aufgabe der Gesetzgebung sind. Wir müssen ein anderes Programm schaffen, als wir in früheren Zeiten gehabt haben. Der Hauptgrund war früher, ein Agitationsprogramm zu haben, weil wir an Durchsetzung unserer Forderungen in der nächsten Zeit überhaupt nicht denken konnten. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen konnten wir in Gruppen zusammenfassen. Auf politischem Gebiete Demokratie, auf wirt-

schaftlichem die Arbeiterinteressen, auf sozialem die sozialen Interessen der Arbeiter. Das waren früher hohe Ideale, gegenwärtig sieht es anders aus. Wir sitzen in den gefehgebenden Körperschaften in Reich, Land und Gemeinden und haben solchen Einfluß, daß wir etwas durchsetzen können. Da sieht man, daß jede soziale und wirtschaftliche Forderung sich sofort in eine Reihe von Einzelfragen auflöst. Deshalb wird solches Programm umfangreich, und man spöttelt darüber, daß es ein umfangreiches Stichwörterverzeichnis geworden ist. Das liegt aber in der ganzen Struktur unseres Wirtschaftskörpers, unserer Gesellschaft.

Es gibt viele Leute, welche meinen, wir sind eine große revolutionäre Partei und müssen die große Revolution vorwärtstreiben. Gewiß kommt es darauf an, aber wir wissen, daß es im Leben der Geschichte der Völker ähnlich geht wie im Leben der Natur. Die großen Ummwälzungen, welche sich als Folge einer großen Revolution darstellen, sind meist nichts anderes als eine Zusammenfassung einer großen Anzahl von Kleinigkeiten. Große Vergangenheiten können mit einemmal zusammenstürzen. Ich weise auf den 9. November 1918 hin, einen Tag von so gewaltiger geschichtlicher Bedeutung, an dem die Throne in Trümmer gingen und alles zusammenbrach. Wenn man hier an den Aufbau geht, sieht man, daß der große Bau sich aus verschiedenen kleinen Einzelhandlungen zusammensetzt. So wird es auch hier der Fall sein.

Wie Marx das Gesetz über den Zehnstundentag nicht nur als einen Erfolg bezeichnet, sondern als den Sieg eines Prinzips, so werden Gesetze von der Bedeutung, wie es das Zehnstundengesetz in England war, zahlreich geschaffen werden müssen. Der Charakter der Revolution drückt sich nicht nur in dem aus, was beseitigt wird, sondern erhält erst dadurch seine wirkliche Gestalt, wenn man sieht, was neu an Stelle des Alten tritt. Wir werden nach einigen Jahren sehen, daß unser Stichwörterverzeichnis noch nicht abgeschlossen ist. Sobald man an die Verwirklichung einer Forderung herangeht, tauchen im Hintergrunde wieder einige Duzend Forderungen auf, und immer wieder muß eingegriffen werden.

Wie hat sich nun die Programmkommission, die auf dem Parteitag in Kassel gewählt wurde, ihrer Aufgabe entledigt? Es sind viele Genossen, die in der Gemeindepolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik Bescheid wissen, herangezogen worden, und jedem wurde ein Stück Arbeit übergeben. Als die Ausschüsse mit ihrer Arbeit fertig waren, haben wir diese Vorschläge veröffentlicht in der Hoffnung, daß nicht nur die Kritik einsehen, sondern auch gleichzeitig neue Vorschläge kommen würden. Kritik ist in reichem Maße geübt worden, und zwar in der Regel absprechend, aber an neuen Vorschlägen hat es bei der größten Zahl der Kritiker gefehlt. Darin unterscheiden sich die diesjährigen Programmberatungen von denen des Jahres 1891. Der Programmentwurf des Parteivorstandes wurde 1891 scharf kritisiert, und es entstanden 4 neue Entwürfe, von der „Neuen Zeit“, von Jakob Stern, von der Jugendgruppe in Magdeburg, Kampfmeyer, Auerbach und Genossen, und von Hugo Landé. Nebenbei wurden noch etwa 70 Abänderungsvorschläge gestellt. Es ist der Satz ausgesprochen worden: „Unser Parteiprogramm muß uns nicht nur in klarer Weise sagen, was wir wollen, sondern es muß auch eine werbende Kraft entfalten.“ Man muß aber auch zeigen können, daß man die Kraft besitzt, das zu tun, was man von anderen verlangt.

Ich will gern zugeben, daß der Programmentwurf in schwungvollere Form hätte abgefaßt werden können. Aber das ist das Leiden bei allen geistigen Arbeiten, daß sie immer farblos werden, wenn sie nicht einzeln geschrieben hat. Daß grobe Fehler nicht darin vorkommen, sagt

Er sagt: Wissenschaftlich ist der Programmentwurf ganz genau abgemessen, aber es fehlt der Schwung. Wenn das aber der Fall ist, dann haben die Genossen ihre Pflicht erfüllt, und es kommt nun auf die Leute an, die über einen schwungvolleren Stil verfügen, dieselben Gedanken in schwungvollere Form zu bringen.

Die Kritik hat sehr zahlreich eingeseht. In einer Zeitung sind z. B. 20 Artikel gegen das Programm geschrieben worden. Ich habe in allen diesen Artikeln aber nicht einen einzigen positiven Vorschlag gefunden. Wenn es so schwer ist, positive Vorschläge zu machen, muß man sich zunächst mit dem begnügen, was man haben kann.

Es kommt darauf an, daß wir unsere Ziele klarlegen und darüber ein festes Programm haben, weil wir es dringend zur Agitation gebrauchen. Es kann nicht so weitergehen, wie wir es seit dem Juni vorigen Jahres gehabt haben. Im Juni v. J. konnten die Unabhängigen ausrufen: sie haben einen großen Erfolg gehabt, weil sie ihre Stimmenzahl gewaltig vermehrt hatten. Aber mehr, als sie gewonnen, hatten wir verloren. Seitdem ist es umgekehrt: seitdem gewinnen wir, aber meist nicht soviel, wie die Unabhängigen verlieren. Es kommt aber darauf an, daß das Proletariat seine Macht erweitert. Wir müssen deshalb damit nicht rechnen, von dieser oder jener sozialistischen Gruppe Leute zu uns herüberzuziehen, sondern Leute aus den Kreisen, die uns bis jetzt fernstehen, die Arbeiter, die noch für das Zentrum und die Rechtsparteien stimmen. Wir können nur an die Verwirklichung unserer Ziele denken, wenn wir die Mehrheit sind.

Früher stand an der Spitze unserer Forderungen, den damaligen Gegenwartsstaat zu beseitigen, weil Monarchie, Militarismus, Obrigkeitsstaat usw. das Hindernis zur Durchführung unserer wirtschaftlichen Forderungen war. Aus dem Reichsfeind von früher ist der Verteidiger der Republik geworden. Diese neue Rolle müssen wir weiterpielen. Nur auf dem Boden der Republik ist es möglich, unsere Forderungen durchzusetzen. Freilich wollen wir die Republik mit wirklich demokratischem und sozialem Geist erfüllen, so daß aus ihr eine sozialdemokratische Republik wird.

Nun wird gesagt, daß im ersten Entwurf eine Anzahl von Worten gefehlt hat, z. B. das Wort „Klassenkampf“. Wir als Sozialdemokraten wissen, daß wir auch in Zukunft nicht um den Klassenkampf herumkommen werden. Eine Kritik sagt:

Der Entwurf unterläßt es, die unerbittlichen Konsequenzen zu ziehen. Das Bekenntnis zum Klassenkampf fehlt. Wer von der Verjüngung der Klassen, von dem Ueberflüssigsein des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Zeit redet, der ist ein Träumer, der nicht in die rauhe Gegenwart paßt.

Wertwürdig ist, daß derselbe Fehler, der ja im neuen Programmentwurf ausgemerzt ist, von einem großen Vorbild auch einmal gemacht worden ist. Karl Marx hat das Statut der Internationale geschrieben; aber darin fehlt auch das Wort „Klassenkampf“. Aber wie dem auch sei, man kann ja den Entwurf ändern, wie man will. Man kann ihn so gestalten, wie er nach Ansicht der Kritik sein muß. Wir müssen aber ein Programm haben, das in die Gegenwart hineinpaßt.

Nun sagt man, daß, wenn wir ein selbständiges Programm hätten, die Vereinigung mit den Unabhängigen erschwert würde. Daran glaube ich nicht. Bei den großen Kämpfen, die die Proletarier unter sich geführt haben, sind die Programmforderungen fast nie in den Vordergrund getreten. Man stritt sich wesentlich über Organisations- und über politische Fragen. Auch die Spal-

tung der Unabhängigen ist nicht aus einer Programmforderung, sondern aus einer tatsächlichen Forderung hervorgegangen. Solche Erscheinungen lassen sich nicht beseitigen. Die Unabhängigen haben sich ein Aktionsprogramm gegeben. Das könnte dann auch ein Hindernis für eine etwaige Vereinigung sein. Die Unabhängigen haben in diesem Aktionsprogramm einen erheblichen Teil des Erfurter Programms weggelassen. Dafür haben sie die Erstrebung der Räteherrschaft eingesetzt. Solange sie aber darauf bestehen, wird es schwer fallen, eine Einigung herbeizuführen. Wir stehen als Sozialdemokraten auf dem Boden der Demokratie.

Wird man einmal den einen oder anderen Satz anders formuliert sehen wollen, so liegt kein Grund vor, davon Abstand zu nehmen. Wir haben gesehen, daß früher nach einjähriger Gültigkeit das Nürnberger Programm in das Eisenacher übergegangen ist. So kann man auf jedem Parteitag Änderungen schaffen, und ich behaupte sogar, sie werden geschaffen werden müssen. Bei dem rasenden Tempo der Weiterentwicklung kommt es darauf an, unsere Forderungen jederzeit den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir sehr bald siegen. Hoffentlich gelingt es uns, ein Programm zu entwerfen, welches einmal als Basis für den Aufbau der nächsten Zukunft gelten kann.

Gelingt es uns, einmal die Schwierigkeiten und Nöte der Zeit zu überwinden und auf dem Wege zum Sozialismus rascher vorwärts zu kommen als bisher, dann haben wir auch die Führung in der ganzen Welt. Diejenige Partei, welche am ersten ihre Ziele verwirklicht, wird die Führung haben. In Deutschland sind die Verhältnisse so, daß das Proletariat die Führung an sich reißen kann, wenn es nur will. Es heißt also: Aufklärung zu schaffen, neue Anhänger zu werben. Haben wir die Macht, dann wird auch der Sieg die Durchführung unseres Programmes sehr erleichtern.

Suchen Sie also jetzt die Leute aus, welche nach Ihrer Meinung in der Lage sind, die Einwendungen gegen das jetzige Programm zu beseitigen. Gelingt es uns, ein neues Programm zu schaffen, wofür das Proletariat geschlossen stimmt, dann haben wir jenes Panier, um welches sich die Kämpfer sammeln und unter dem sie zum Sieg schreiten. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß bei der Mandatsprüfungskommission bisher 350 Mandate abgeliefert sind, daß also noch 29 Mandate ausstehen, und ersucht um rechtzeitige Ablieferung der Mandate bis zum Zusammentritt der Mandatsprüfungskommission um 1/2 12 Uhr.

Mitteilungen über Änderungen in der Präsenzliste werden an die Mandatsprüfungskommission erbeten.

Für die Programmkommission werden vorgeschlagen:

Seydewitz-Zwickau, Eduard Bernstein, Else Höfs, Adolf Braun, Otto Braun, Heinrich Cunow, Eduard David, Gertrud Hanna, Wilhelm Keil, Marie Suchacz, Hellmann, Max Leuterich, Paul Löbe, Hans Martwald, Hermann Mollenbuhr, Hermann Müller-Vichienberg, Max Quard, Albert Pflüger, Antonie Pfüll, Gustav Raddbruch, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Wilhelm Sölmann, Friedrich Stampfer, Willi Steinkopf, Heinrich Ströbel, Rudolf Wissell und Edstein-Breslau.

Der Parteitag stimmt einmütig dem Vorschlage zu und spricht der Kommission das Recht zu, aus der Reihe der Delegierten notwendig erscheinende Experten hinzuzuziehen.

Die gewählte Programmkommission wird aufgefordert, sich um 11 Uhr im Bankettsaal zu konstituieren.

Der Parteitag geht hierauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung über:

### Bericht des Parteivorstandes.

#### a) Allgemeines.

Berichterstatter Franz Krüger.

Die Diskussion über den Bericht soll mit der Beratung der Anträge 20 bis 56, Nr. 99 Abschnitt 2 und 3, 80 bis 82, 84, 85, 86, 89, 91 bis 98, 99 Abschnitt 1 und 2, und 295 verbunden werden.

Hierauf erhält das Wort:

Berichterstatter Franz Krüger: Parteigenossinnen und Genossen! Der vorjährige Parteitag stand unter dem Eindruck des Beginns einer politischen Gesundung der Arbeiterbewegung. Seine Verhandlungen waren deshalb getragen von starker Zuversicht in die weitere günstige Entwicklung der Partei. Zwar hatten wir bei den Reichstagswahlen einen Rückgang an Stimmen und Mandaten zu verzeichnen gehabt und waren dadurch vorübergehend geschwächt und durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse gezwungen, aus der Reichsregierung auszutreten. Aber dieser Ausgang der Wahl hat nicht einen Augenblick einen deprimierenden Einfluß auf die Partei ausgeübt, weil niemand in der Partei darauf gerechnet hatte, daß wir den großen Strom an neuen Mitgliedern und Mitläufern, der nach der Revolution zur Partei kam, unvermindert halten könnten, insbesondere unter Berücksichtigung der Ungunst der politischen Verhältnisse, die den Demagogen von links und rechts damals reichlich Angriffsmöglichkeiten gegen uns bot. Gerade der Eindruck, daß sich in jener Zeit die Gesundung der politischen Arbeiterbewegung überall deutlich zeigte, hatte die Empfindung bei uns wachgerufen, daß dieser Ausgang der Reichstagswahlen den Abschluß der rückläufigen Bewegung unserer Partei bilden würde. Es zeigte sich bald, daß die Erfolge unserer Gegner bei der Reichstagswahl bereits den Keim ihrer künftigen Niederlagen in sich trugen. Die ersten Anzeichen hierfür waren die Vorgänge bei der Neubildung der Reichsregierung im vergangenen Jahre. Die Deutsche Volkspartei, die den Wahlkampf unter der Parole geführt hatte: hinaus mit der Sozialdemokratie aus der Regierung, und das schöne Plakat herausbrachte: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei“, hatte nach den Reichstagswahlen keinen größeren Ehrgeiz, als sich möglichst schnell rote Ketten anzulegen, und sie war nach ihrem eigenen Zugeständnis nicht imstande, eine arbeitsfähige Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden.

Wenn sich dann im Reich eine bürgerliche Minderheitsregierung für eine gewisse Zeit gebildet hat, so hat gerade diese Zeit den Beweis geliefert, daß eine Regierung, die sich nicht auf die äußerste Rechte und auf die Vertreter des alten Regimes stützen will, nicht möglich ist ohne Teilnahme oder mindestens Duldung der Sozialdemokratischen Partei.

Noch krasser zeigten sich die Wirkungen bei den Unabhängigen. Sie lehnten eine Beteiligung an der Regierung ab, weil damals noch die radikal sein sollende revolutionäre Phrase bei ihnen die Alleinherrschaft ausübte. Gerade diese Haltung der Unabhängigen bei der Regierungsbildung im vergangenen Juni hat viel dazu beigetragen, die Ernüchterung in den Kreisen der unabhängigen Anhänger herbeizuführen. Die Tatsache, daß der einzig sichtbare Erfolg des unabhängigen Sieges bei den Reichstagswahlen die Zurückdrängung des Arbeitereinflusses in der Regierung und eine rein bürgerliche Regierung war, hat gezeigt, daß die Unabhängige Partei zur Besserung der politischen Verhältnisse damals nicht imstande und nicht willens war. So wie die radikale Phrase im vergangenen Jahr die Ausnutzung der Macht hinderte, die

die Gesamtarbeiterschaft in den beiden sozialistischen Fraktionen im Reichstag darstellte, so wie sie also in der allgemeinen Politik der Arbeiterschaft für eine gewisse Zeit verhängnisvoll wurde, so wurde sie der Unabhängigen Partei im besonderen zum Verhängnis.

Zu der Zeit, als der Parteitag in Kassel tagte, fand auch der Unabhängige Parteitag in Halle statt, der zur Sprengung dieser Partei führte. Die Tatsache, daß die kommunistischen Bußknechte sich von den Unabhängigen trennten, die sich noch einen kleinen Rest des Willens zur ernsthaften politischen Arbeit bewahrt hatten, war der erste große Schritt zur Herstellung gesunder politischer Verhältnisse in der Arbeiterschaft. So unerquicklich die Szenen auf dem Halle'schen Parteitag der Unabhängigen waren, so sehr jedem denkenden Arbeiter und jedem ehrlichen Sozialisten die Schamröte ins Gesicht steigen mußte, wenn man sah, wie sich dort Männer, die sich Führer des Proletariats nannten, in der wüßtesten Weise beschimpften, so war es doch notwendig, auch durch diesen Sumpf zu gehen, um den Blick der Arbeiterschaft für die realen Möglichkeiten im wirtschaftlichen und politischen Leben zu klären und das Verständnis für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten sozialdemokratischer Teilnahme an der Regierungsarbeit zu wecken. Die Spaltung der Unabhängigen Partei und die Entwicklung, die sich angeschlossen hat, war der erste große Schritt jener radikalen Arbeiterkreise in der Rückkehr vom Wort zur Tat. Wir haben gesehen, daß diesem ersten Schritt auch bei der Unabhängigen Partei weitere naturnotwendig folgen mußten.

Unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung durch eine klare und konsequente Politik zu unterstützen. Die Arbeiterschaft ist ein Glied des gesamten Volkes, und die Not des Volkes trifft die Arbeiterklasse in erster Linie. Die Sozialdemokratie kann es sich angesichts der Aufgaben, die das deutsche Volk zu erfüllen hat, heute weniger denn je leisten, eine Politik tönender Rede oder bloßer Agitation zu treiben, sondern sie ist verpflichtet, zu versuchen, die Macht an sich zu reißen, und wenn sie dazu noch nicht imstande ist, dann einen möglichst großen Teil (sehr richtig!) und jede wirkliche Machtposition zu verteidigen, um auf dem Wege zu unserem Ziele vorwärts zu kommen.

Eine solche wirkliche Machtposition ist in erster Linie die Republik, in der jeder Staatsbürger die gleichberechtigte Mitbestimmung auf die Geschicke des Staates und auf die Gestaltung der Staatsleitung hat, in der deshalb die Arbeiterschaft die Möglichkeit hat, ohne Gewalt ihre Herrschaft und damit die Herrschaft der großen Masse des Volkes aufzurichten. Ein Unabhängiger hat zuerst das Wort ausgesprochen: Wir müssen die demokratische Republik mit Klauen und Zähnen verteidigen, weil sie der beste Boden für den proletarischen Klassenkampf ist.

In der heutigen zugespitzten politischen Situation wäre es ein politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn wir diese wesentlichste Machtposition, die die Arbeiterschaft sich im neuen Deutschland geschaffen hat, auf Grund taktischer Erwägungen oder falsch verstandener grundsätzlicher Erwägungen widerstandslos den Feinden oder den halben Freunden der Republik und Demokratie überliefern würden. (Sehr richtig!)

Unsere Zuversicht, die wir auf dem verflorenen Parteitag in die weitere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei gesetzt haben, hat sich im letzten Jahr in durchaus glänzender Weise bewährt. Unsere Mitgliederzahl ist weiter gestiegen und ist heute so groß, daß wir zur weitaus stärksten Partei der proletarischen Bewegung, zur stärksten Partei Deutschlands geworden sind. Trotz aller widrigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist die innere

Festigkeit unserer Partei gestiegen. Wir sehen überall, wie der Organisationsapparat, insbesondere der Funktionsapparat, der Apparat der Betriebsvertrauensleute, immer mehr ausgebaut und gefestigt wird.

Wenn wir bedenken, welche Ansprüche heute an unsere Parteiorganisation, insbesondere bei den zahlreichen Wahlen, gestellt werden, dann können wir sagen, daß die Leistungsfähigkeit unserer Parteiorganisation im ganzen Reich über jedes Lob erhaben ist. Daß die Parteiorganisation ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft, der in den Anfangsmonaten des Jahres 1919 teilweise verloren gegangen war, wiedererlangt hat, das haben uns die Ereignisse der letzten Monate auf das deutlichste bewiesen. Sie haben uns gezeigt, daß die Arbeiterschaft heute wieder fest hinter den Parolen der Sozialdemokratischen Partei steht. Der Parteivorstand hat den zahlreichen Wünschen, die auch auf dem vergangenen Parteitag in bezug auf eine engere Fühlungnahme zwischen den Funktionären der Partei und auf die Verforgung mit Agitationsmaterial geäußert wurden, durch die Schaffung des „Nachrichtenblattes für die Funktionäre“ Rechnung zu tragen versucht, das neben organisatorischen Mitteilungen, insbesondere auch Agitationsmaterial nach rechts und links unseren Rednern und unseren Funktionären an die Hand gibt. Nach den bisherigen Mitteilungen glaube ich, sagen zu können, daß dieses Nachrichtenblatt bei den Funktionären durchaus Anklang gefunden hat. Damit will ich nicht sagen, daß wir mit der heutigen Ausgestaltung des Blattes bereits den Idealzustand erreicht haben. Wir sind für jede Anregung für den Ausbau dankbar.

Wir haben im vergangenen Jahr auch eine besondere Aufmerksamkeit der Ausgestaltung der Beamtenagitation zugewandt. Wenn an manchen Stellen in der Partei gegen die Schaffung besonderer Beamtenwerbeaufschüsse das Bedenken vorgebracht worden ist, daß man den Beamten keine Extrawurst braten dürfe, so ist das nicht richtig. Ich wäre der erste, der sich gegen eine Sonderbehandlung und Begünstigung der Beamten aussprechen würde. Wenn wir aber besondere Agitations- und Aufklärungseinrichtungen für die Beamten geschaffen haben, so nicht im Interesse der Beamten, sondern im Interesse der Partei, weil die Partei versuchen muß, in die Kreise der in einem ganz anderen Geiste aufgewachsenen Beamten sozialistischen Geist hineinzutragen. Allerdings müssen wir dabei auch in stärkerem Maße als bisher den Beamten gegenüber den Wunsch ausdrücken, daß sie die Parteiorganisation und ihre Einrichtungen nur als eine politische Organisation, als politische Kampfeinrichtung betrachten mögen. Wir können nicht in den Werbeaufschüssen eine besondere Beamtenorganisation zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen schaffen. Das ist Aufgabe der wirtschaftlichen Beamtenorganisation. Was die Partei tun kann, ist, die gesetzgebenden Körperschaften und unsere Fraktionen, die über die Wünsche der Beamten zu entscheiden haben, im Sinne der berechtigten Interessen der Beamten zu beeinflussen. Das ist geschehen und wird weiter geschehen.

Die Erscheinung, die wir im allgemeinen zu verzeichnen hatten, daß nämlich unsere Partei nicht den gesamten Besitzstand, den sie nach der Revolution erlangt hatte, auf die Dauer halten konnte, hat sich besonders auf kommunalpolitischem Gebiet gezeigt. Wir haben im vergangenen Jahr an einzelnen Stellen, insbesondere in den städtischen Gemeinden, einen kleinen Rückgang in der Zahl der Kommunalvertreter gehabt. Das ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß zu einem sehr großen Teil in diesen Gemeinden die Sozialdemokratie vor der Revolution überhaupt nicht oder nur ganz schwach vertreten war und daß sie deshalb vor einen ganz neuen Aufgabenkreis gestellt wurde. Leider muß dabei gesagt werden, daß nicht überall unsere Parteigenossen in der Ausnutzung der Kandidaten für die kommunalen Ehrenämter eine sehr glück-

liche Hand gehabt haben. (Sehr gut!) Wir haben gesehen, daß Vertreter unserer Partei in kommunalen Ehrenämtern infolge der politischen Entwicklung nach links abgeschwenkt sind, daß aber auch Parteimitglieder, Beamte, höhere Angestellte, Gewerbetreibende usw., die man mit kommunalen Ehrenämtern betraut hat, wieder in die Reihen der bürgerlichen Parteien zurückgetreten sind. Ich möchte auch an dieser Stelle den Wunsch aussprechen, daß auch bei den kommunalen Vertretungen in der Auswahl der Kandidaten mit größter Vorsicht vorgegangen wird, daß nur Genossen auf diesen Platz gestellt werden, über deren politische und sachliche Bewährung unsere Parteigenossen sich ein einigermaßen zuverlässiges Urteil gebildet haben. (Sehr richtig!)

Es haben sich nun in den letzten Monaten an einzelnen Orten Bestrebungen herausgebildet, angeblich, um die Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung bei der kommunalen Arbeit auszuschalten, sogenannte Gewerkschaftslisten bei den kommunalen Wahlen aufzustellen, die allen politischen Richtungen entsprechen sollen. Gegen diese Versuche, die Leitung der kommunalen Angelegenheiten von der Partei auf die Gewerkschaften zu überführen, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Sehr wahr!) Es ist durchaus zu bestreiten, daß durch Fraktionen, die auf solchen Gewerkschaftslisten gewählt werden, die Kraft und der Einfluß der Arbeiterschaft in dieser kommunalen Vertretung irgendwie gestärkt wird; denn die Einigkeit besteht bei diesen Listen doch nur bis zum Wahltag. Wie will man bei solchen Fraktionen ein einheitliches Arbeitsprogramm, einen Fraktionszwang durchführen, und wie will man, wenn in einem solchen Ort das Gewerkschaftsstatut, das diese Liste aufgestellt hat, zufällig eine besonders radikale Färbung aufweist, unseren Parteigenossen zumuten, sich etwa unter kommunistische oder unabhängige Wünsche in der kommunalen Vertretung zu beugen. Wir dürfen auch gerade in diesen Orten — es sind meistens politisch zurückgebliebene Orte, die auf diese Weise schneller vorwärts zu kommen glauben — nicht vergessen, daß wir dadurch die politische Aufklärung aufs allerschwerste schädigen, weil der Arbeiter, der bisher schon nicht eingesehen hat, daß er sich auch politisch organisieren muß, erst recht nicht die Notwendigkeit der politischen Organisation begreifen wird, wenn er sieht, daß die Wahlen auch von den Gewerkschaften gemacht werden können. Ich bitte also dringend, in den einzelnen Bezirken und Orten, diese vielleicht gutgemeinten, aber durchaus ungünstig wirkenden Versuche in bezug auf kommunale Gewerkschaftslisten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die Festigkeit unserer Organisation hat sich in den letzten Wochen glänzend bewährt, und zwar bei der Notwendigkeit, den rechtsradikalen Kreisen zu zeigen, daß bei Fortdauer ihrer Bestrebungen, ihrer Mordhege, die Arbeiterschaft sich eventuell selbst ihr Recht verschaffen könnte. Wir werden, wie Genosse Müller gestern mit vollem Recht hervorgehoben hat, in den nächsten Wochen häufig gezwungen sein, höchste Kampf- und Alarmbereitschaft von unseren Parteigenossen zu verlangen. Die Wiederkehr des 9. November wird uns, glaube ich, eine willkommene Gelegenheit zur Demonstration für Republik und Demokratie und gegen alle jene reaktionären, militaristischen und monarchistischen Bestrebungen geben.

Dem Parteitag liegen mehrere Anträge vor, die verlangen, daß unsere Fraktionen für die gesetzliche Festlegung des 1. Mai und des 9. November als Feiertage eintreten sollen. Der 1. Mai war bereits einmal im Jahre 1919 als gesetzlicher Feiertag festgelegt. In diesem Jahre war es gelungen, auch einige bürgerliche Parteien, allerdings unter Begründungen, die sie sich zum Teil besonders zurechtgemacht hatten, zur Festlegung des 1. Mai als allgemeinen Feiertag zu veranlassen. Wir glauben aber, daß gerade der 1. Mai sich als

allgemeiner nationaler Demonstrationsfeiertag eignet wie kaum ein anderer Tag. Gewiß ist eine Reihe von Forderungen, für die früher demonstriert wurde, erfüllt. Aber die Gedanken, die uns am 1. Mai immer besetzten, die Gedanken der allgemeinen Völkerverständigung, der Verhinderung der Kriege, der Bekämpfung des militaristischen Geistes, sind heute so aktuell wie je. Wir haben daher alle Veranlassung, diesen Tag dem ganzen deutschen Volk als Demonstrationsfeiertag näher zu bringen.

Der 9. November ist für uns sicherlich nicht ein Freudentag. Er ist zwar der Tag des Zusammenbruchs des alten Systems, gleichzeitig aber auch der Beginn ungeheurer Belästigungen und Fesselungen für das ganze deutsche Volk. (Sehr richtig!) Was jedoch in erster Linie maßgebend für uns sein muß, ist die Tatsache, daß der 9. November der Geburtstag der Republik und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes ist. Angesichts der heutigen Verhältnisse, angesichts des Umstandes, daß die Errungenschaften der Revolution in höchster Gefahr sind, müssen wir den 9. November dazu benutzen, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht davor zurückschrecken wird, für diese Errungenschaften erneut alles einzusetzen. Das bedeutet aber auch, daß wir den 9. November nicht schematisch in seiner Ausgestaltung behandeln dürfen, sondern daß wir uns die Art der Feier des 9. November je nach der politischen Situation von der Partei zu bestimmen vorbehalten müssen.

Die Schwierigkeiten, die uns im Kampf um die politische Macht auf allen Gebieten entstehen, die Gefährdung der revolutionären Errungenschaften, haben die Augen der Arbeiterschaft in immer stärkerem Maße auf die Ursachen der Schwäche zurückgeführt, unter der wir zweifellos leiden. Je mehr sich die Erkenntnis in der Arbeiterschaft Bahn brach, daß unsere Fortschritte sich verlangsamten, daß wir sogar an vielen Stellen zurückgedrängt wurden und daß dies zu einem erheblichen Teil auf der Uneinigkeit der Arbeiterschaft beruht, um so mehr machte sich das Streben nach Wiederherstellung der sozialistischen Einigkeit bemerkbar. Gerade in der letzten Zeit, in der die Arbeiterschaft sich nach der Ermordung Erzbergers zu gewaltigen Demonstrationen zusammengefunden hat, sind die Wünsche nach Einigkeit in immer stärkerem Maße hervorgetreten. Auch dieser Parteitag wird sich mit einer ganzen Reihe von Anträgen zu beschäftigen haben, in denen die Herbeiführung der Einigkeit gewünscht wird. Erfreulicherweise befindet sich in diesem Jahr unter den Anträgen keiner wie in früheren Jahren, in dem ausgesprochen wurde: der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigung mit der unabhängigen Partei oder die Einigung des Proletariats unter allen Umständen herbeizuführen. Das ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen inzwischen erkannt haben, daß eine solche Einigung von der politischen Entwicklung innerhalb der beteiligten Gruppen der Arbeiterschaft abhängig ist. Unsere Partei ist in der Stellungnahme zur Einigungsfrage in einer sehr angenehmen Situation. Wir haben seit der Spaltung eine durchaus einheitliche Linie in dieser Frage verfolgt. Wir haben immer die Spaltung als den schwersten Schaden für die Arbeiterschaft aufs tiefste bedauert und sind immer zur Einigung bereit gewesen. Aber der Wunsch allein genügt nicht, um diese Einigung herbeizuführen. (Sehr richtig!) Eine organisatorische Vereinigung, die man unter dem Zwang gewisser Verhältnisse herbeiführen würde, ohne daß eine weitgehende innere Uebereinstimmung der grundsätzlichen und taktischen Anschauungen vorhanden ist, würde lediglich den Kampf, der bisher zwischen den Parteien geführt wurde, in die geeinigte Partei hineintragen (sehr richtig!), wie wir das bei der KPD. gesehen haben. Deshalb müssen wir auf diesem Parteitag klar aussprechen, was wir wollen, welche politische Linie wir in den wichtigsten Fragen in Zukunft verfolgen wollen, um dann zu sehen, welche Differenzen

uns noch von den Unabhängigen trennen und wo die Schwierigkeiten für eine Einigung liegen.

Welche Unterschiede zwischen den politischen Grundsätzen unserer Partei und der Unabhängigen Partei sind vorhanden? Welche Grundsätze hat die Unabhängige Partei überhaupt? Die politische Streitfrage, die die Spaltung herbeiführte, war die verschiedenartige Stellungnahme zur Kriegspolitik und zur Bewilligung der Kriegskredite. Diese Frage, von der die Unabhängige Partei hoffte, daß sie ihr die Massen zuführen würde, hat den erhofften Erfolg nicht gebracht. Als die militärische Macht zusammengebracht war und eigentlich für die Vertretung dieser unabhängigen Anschauungen der günstigste Boden vorhanden war, brachten die Nationalversammlungswahlen und alle Wahlen in den ersten Monaten nach der Revolution den Unabhängigen Niederlage auf Niederlage. Wenn wir uns einmal die politischen Erscheinungen ansehen, aus denen die Unabhängige Partei ihre politische Nahrung in der Folgezeit bezogen hat, so waren es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern es war einfach die skrupellose und demagogische Ausnutzung aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die zum Teil von den Unabhängigen selbst geschaffen waren (sehr richtig!), die dazu führten, daß das Heer der Unzufriedenen, der politisch Indifferenten und Aufgeklärten dieser radikalen Partei, die alles versprach, zugeführt wurde. (Sehr wahr!) Als dann die Unabhängige Partei groß und stark geworden war, und als sie vor die Entscheidung gestellt wurde, ihre Versprechungen zu verwirklichen, da versagte sie, und dieses Versagen war der erste Schritt zu dem nun beginnenden unaufhaltbaren Niedergang der Unabhängigen Partei. Die Differenz, die sich zwischen den Worten des Leipziger Aktionsprogramms der Unabhängigen und den Notwendigkeiten der praktisch-politischen Arbeit zeigte, die Differenz, die zwischen dem Aktionsprogramm der Unabhängigen und den Wünschen der Wähler offenbar wurde, war nicht zu überbrücken. Die Unabhängige Partei mußte daher entweder ihr Leipziger Aktionsprogramm in die Tasche stecken oder auf die Massen verzichten. Daß diese Entwicklung politisch unabwendbar war, beweist die Tatsache, daß die Kommunistische Partei, die die Phrase in noch verstärktem Maße von der Unabhängigen Partei übernommen hat, von Spaltung zu Spaltung geschritten ist.

Wenn wir uns heute fragen, welches die größte Streitfrage zwischen uns und der Unabhängigen Partei ist, so kommen wir, abgesehen von Kleinigkeiten, die nicht der Rede wert sind, zu dem Ergebnis, daß die Hauptdifferenz in der Frage liegt, ob eine sozialdemokratische Partei gemeinsam mit bürgerlichen Parteien in eine Regierung eintreten könne. Die Unabhängige Partei hat von Anfang an unsere Koalitionspolitik als Verrat an der Arbeiterklasse bezeichnet. Aber auch hier ist sie zu ihrem Damaskus gekommen, denn die Haltung der Unabhängigen Partei zur jetzigen Reichsregierung ähnelt doch vertauselt einem Verrat, wie wir ihn begangen haben sollen. Ich glaube nicht, daß die Unabhängige Partei ihren bisherigen Standpunkt mit derselben Energie und Schärfe auch in Zukunft wird vertreten können, aber es ist interessant, zu lesen, was die „Freiheit“ über die Notwendigkeit dieser deutschen Taktik der Unabhängigen Partei geschrieben hat.

Als die neue Regierung im Reiche gebildet war, die Regierung zur Annahme des Ultimatums, und als die Unabhängige Partei durch Ablehnung des Mißtrauensvotums der Deutschnationalen und durch Stimmenthaltung bei dem Vertrauensvotum dieser Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt war, eine Mehrheit verschafft hatte, schrieb die „Freiheit“ zur Begründung dieser Haltung folgendes:

„Im Reichstag haben heute die verschiedenen Abstimmungen stattgefunden, die über das Schicksal der Regierung Wirth die Entscheidung brachten. Daß dieses Schicksal vom Parlament bestimmt und nicht in höheren, unverantwortlichen Regionen entschieden wird, das macht eben den Unterschied des parlamentarischen von dem früheren halb-absolutistischen System aus.

„In der wilhelminischen Zeit war das Parlament für die Sozialdemokratie einmal die Tribüne, von der aus sie am wirkungsvollsten weithin ihre Ansichten vertreten und propagieren konnte. Zugleich bot sich die Gelegenheit, bei dem einen oder anderen Gesetzesentwurf materielle Zugeständnisse oder einzelne Verbesserungen für die arbeitende Klasse durchzusetzen. Die großen Richtlinien der Politik aber, insbesondere auch der Außenpolitik, wurden vom Parlament wenig beeinflusst; sie wurden festgelegt von „Seiner Majestät“, d. h. von einem engen, allein regierenden Kreis der Spitzen der Bureaucratie und der Armee. Jetzt dagegen bestimmt das Parlament gemäß den Kräfteverhältnissen, die sich beim Wahlausgang offenbart haben, auch die entscheidenden politischen Richtlinien. Die Einwirkung und damit die Verantwortung des Parlaments und jeder einzelnen politischen Partei ist damit gestiegen, und jede politische Partei hat die Möglichkeit, damit aber auch die Pflicht, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen, um die durch das Parlament zu bestimmenden Richtlinien möglichst der eigenen Einlinienführung zu nähern, die Politik der Regierung ihren eigenen Anschauungen gemäß zu beeinflussen.“

Wenn wir eine Begründung für die Politik geben wollen, die wir seit der Revolution getrieben haben, brauchen wir nichts anderes zu sagen als das, was hier die „Freiheit“ zur Begründung der neuen Taktik der Unabhängigen geschrieben hat. Dann muß man aber fragen: Wo ist nun der Unterschied? Der Unterschied besteht darin, daß wir den Mut haben, diese Politik zu vertreten, die Unabhängigen aber leider nicht. (Sehr richtig!) Nach wenigen Tagen brachte die „Freiheit“ eine andere Reiz, in der es heißt: „Die Einigung in der Arbeiterklasse kann erst kommen, wenn die rechtssozialistische Partei sich entschließt, auf eine Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen zu verzichten.“ Kurze Zeit darauf fuhr Herr Breitscheid nach Paris und erklärte dort: Herr Wirth muß unter allen Umständen gehalten werden, sonst gibt es ein Unglück für Deutschland und die ganze Welt.

Als jetzt nach der Ermordung Erzbergers sich zeigte, wie gefährlich es für die Arbeiterschaft ist, in Preußen die Hand nicht an der Klinker der Staatsgewalt zu haben, schrieb die „Freiheit“: „Wir fordern angesichts dieser Bedrohung der Volksfreiheit den Eintritt von Sozialdemokraten in die preussische Regierung (hört! hört!), solange diese Bedrohung andauert.“ Also weil die Unabhängigen fürchten, daß es ihnen genau so an den Krügen geht wie den anderen Arbeitern, wenn die Reaktion zur Herrschaft kommt, sollen wir in die Regierung eintreten. Wenn die Bedrohung vorbei ist, gehen wir wieder heraus, und wenn sie nach vier Wochen wieder beginnt, bemühen wir uns wieder von neuem, in die Regierung hineinzukommen. Solch ein politisches Murrenspiel kann eine Partei, die ernstgenommen werden will und die die größte des deutschen Volkes ist, nicht mitmachen. (Sehr richtig!)

Dieselbe Inkonsequenz und derselbe mangelnde Mut, die selbsterkannte Wahrheit öffentlich und praktisch zu vertreten, zeigt sich auch in der Berliner Kommunalpolitik.

Die Unabhängigen sind die größte Partei in der Stadtverordnetenversammlung und haben im Magistrat eine einflußreiche Stellung. Es ist ein Magistrat mit sozialistischer Mehrheit gebildet worden. Man hat die Macht, aber man hat

auch „Grundzüge“, und lehnt dem eigenen sozialistischen Magistrat den Etat ab, so daß der Magistrat sich bei der Bewilligung des Etats nicht auf seine sozialistische Mehrheit, sondern auf eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen stützen muß. Das ist keine Politik, das ist Affentheater. (Sehr richtig!) Wir müssen den Unabhängigen heute sagen: Wir sind jeden Augenblick für die Einigung, aber dann unterläßt dieses Affentheater und seid eine Partei, die ernsthafte politische Arbeit für die Arbeiterklasse leisten will! (Sehr wahr!)

Wenn der Führer der Unabhängigen, Arthur Crispian, in Görlich gesagt haben soll, daß die Arbeiterklasse sich schon einig werde, wenn sie zur Macht kommt, so glaube ich, daß die Arbeiterklasse, wenn sie zur Macht gekommen ist, die Einigung mit dem Genossen Crispian nicht mehr brauchen wird. Wir brauchen die Einigkeit, um zur Macht zu kommen. (Sehr richtig!) Die Arbeiterklasse kann nicht gestatten, daß einzelne Personen, weil sie sich scheuen, von ihrem Piedestal herabzustiegen und falsche Wege als solche anzuerkennen und zurückzugehen, dieser Einigung dauernd im Wege stehen.

Ich möchte auch noch auf eine andere Tatsache hinweisen. Als in Sachsen die beiden sozialdemokratischen Parteien auf ihren Landeskonferenzen sich für eine Arbeitsgemeinschaft aussprachen, erließ der unabhängige Zentralvorstand einen Aufruf in der „Freiheit“, in dem er sagte: „Was die Einigkeit vermag, bewies die Niederkämpfung der Kappisten. Damals hat sich Wert und Bedeutung des geschlossenen Auftretens der Parteien und Gewerkschaften erwiesen.“ Wenn sich hier in einer Frage, in der es um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse geht, eine Partei mit fremden Federn schmückt, muß das festgestellt werden. Daß die Einigkeit der Arbeiterklasse beim Kapp-Putsch hergestellt wurde, war nicht das Verdienst der Unabhängigen Partei. (Sehr richtig!) Die Kommunisten hatten es überhaupt abgelehnt, sich an dem ganzen Kampfe zu beteiligen, und die Unabhängigen hatten erklärt, sie könnten angesichts dessen, was unsere Regierung ihnen getan hätte, nicht mit den Mehrheitssozialisten gemeinsam den Kampf führen. Die Unabhängige Partei mußte erst von den unabhängigen Gewerkschaftlern gezwungen werden, den Kampf gegen Kapp mit uns gemeinsam zu führen. Wir werden mit den Unabhängigen erst zu einer Einigung kommen, wenn sie von ihren Anhängern, die mehr gesundes Empfinden haben als manche ihrer Führer, zu einer Einigung gezwungen werden.

Ob wir bei dieser zweideutigen Haltung der Unabhängigen Partei in nächster Zeit, wie wir es sehr leicht wünschen, zu einer Einigung kommen werden läßt sich nicht voraussagen. Man könnte vielleicht diese Einigung durch ein Zusammengehen der zentralen Parteikörperlichkeiten und ein Zusammengehen am Orte vorbereiten. Bei den Aktionen anlässlich der Ermordung Erzbergers haben wir in den letzten Wochen die Herstellung der sogenannten Einheitsfront gehabt. Wir müssen aber dabei immer die taktische und organisatorische Selbständigkeit unserer Partei wahren. Das Zusammengehen verschiedener Parteien in einer Frage hat nur dann Sinn, wenn diese Parteien nicht sonst eine entgegenge setzte Politik treiben. Wenn wir in Berlin in einer kommunalen Angelegenheit, wo es sich um Bewilligungen handelt, mit den Unabhängigen und Kommunisten eine Demonstration machen würden, würden die Führer darüber lachen, weil man sagen würde: Die Unabhängigen und Kommunisten können schon demonstrieren. Bisher haben sie fast alle Vorlagen, bei denen es sich darum handelte, für die Ausgaben Deckung zu schaffen, abgelehnt und die unangenehme Aufgabe der Bewilligung dieser Einnahmen den anderen Parteien überlassen. Wenn wir mit der KPD. gegen Gewaltpolitik demonstrieren, wird man ebenso darüber lachen. Wir können ebensowenig mit den Deutschnationalen gegen kommunistische Putschpolitik demonstrieren. (Sehr richtig!)

In letzter Zeit ist oft die Frage an uns herangetreten, wie weit ein Zusammengehen mit den Kommunisten überhaupt möglich ist. Wir müssen die Zuverlässigkeit einer solchen Partei prüfen und unsere Stellung danach einrichten. Dabei kommen wir zu Ergebnissen, die die kommunistische Partei nicht zu einem angenehmen Bundesgenossen machen. Auf die Weigerung der Kommunisten, gegen Kapp zu kämpfen, habe ich bereits hingewiesen. Sie machten nur mit, wo sie den Kampf für ihre politischen Zwecke ausnutzen konnten. Als im vergangenen Jahre bei dem russisch-polnischen Konflikt die drei sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften einen Aufruf erließen, der zur Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte aufforderte, erschien am nächsten Tage in der „Roten Fahne“ ein besonderer Aufruf und ein Angriff gegen Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften, der von den schwersten Beschimpfungen strotzte. Dabei hatte ein kommunistischer Vertreter an diesem Aufruf mitgearbeitet und sich mit jedem Satz einverstanden erklärt. Die Kommunisten erklärten später, daß der Artikel in der „Roten Fahne“ und der neue Aufruf mit den heftigsten Angriffen von diesem selben Mann geschrieben seien. (Hört! hört!)

Als am 31. Juli Demonstrationen mit der Parole: Nie wieder Krieg! veranstaltet wurden, gaben die Kommunisten die gegenteilige Parole aus: Nie wieder imperialistischer Krieg!, denn ihre Sowjetkriege, die Kriege der Roten Armee, wollten sie nicht bekämpfen. Es war daher nicht zu billigen, daß in einem Ort unsere Genossen gemeinsam mit den Kommunisten für diese kommunistische Parole demonstrierten.

Die Freilassung aller politischen Gefangenen ist eine Forderung, die verschiedentlich, auch von manchen unserer Genossen, mit großer Begeisterung vertreten wird. Wir haben uns bemüht, eine Reihe von politischen Verbrechern der Reaktion hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wenn uns das nicht ganz gelungen ist, so können wir uns diese Möglichkeit nicht dadurch abschneiden, daß wir nun schleunigst die Entlassung aller, d. h. auch dieser politischen Gefangenen, wieder verlangen. Als politischen Gefangenen betrachten die Kommunisten auch Herrn Hölz und alle Leute, die während des mitteldeutschen Aufbruchs Dynamitattentate, Morde usw. begangen haben. Dieser Schlachtruf ist ein politischer Unfug. (Sehr richtig!) Wir können nicht die politischen Verbrecher der Rechten einstecken wollen und denen der Linken einen Freibrief gewähren. In einigen Organisationen, wie z. B. in Chemnitz und Frankfurt a. M., ist die Scheidelinie, die uns von anderen Parteien trennt, nicht mit der nötigen Schärfe auch nach links gezogen worden. Die Chemnitzer Genossen sollten sich nicht so sehr von dem Gedanken leiten lassen, den man ihnen eingeblasen hat, zu jeder Zeit zu beweisen, daß sie eine besondere Richtung sind. Wenn Fellsch in einer Versammlung gesagt hat: Nicht Moskau und nicht Amsterdam, sondern eine einheitliche sozialistische Gewerkschaftsinternationale, die alle Organisationen umfaßt . . ., so klingt das wunderschön, aber daß die Klarheit dadurch gefördert wird, kann man nicht sagen.

In Frankfurt a. M. haben wir in der letzten Zeit eine Politik gesehen, die nicht unwiderprochen bleiben darf. Die Frankfurter Parteigenossen haben, um einige zum Katholikentag eingetroffene Horthy-Ungarn aus Frankfurt zu entfernen, die Einheitsfront bis zur KPD. hergestellt. Angesichts der Tatsache, daß ein Mann, der in Ungarn bei der Räteherrschaft eine merkwürdige Rolle spielte, auch bei der Inzenierung des mitteldeutschen Putsches als Beauftragter des Moskauer Zentralkomitees eine maßgebende Rolle gespielt hat, glaube ich, daß man solche Aktionen mit dieser Partei nicht gemeinsam machen kann, wenn wir uns nicht um unseren politischen Kredit bringen wollen.

Das Frankfurter Kommunistenblättchen ist verboten worden, weil es Beleidigungen des Reichspräsidenten, der Regierung und der republikanischen

Staatseinrichtungen enthielt. Unsere Frankfurter Parteio rganisation hat dagegen Protest eingelegt und verlangt die Freigabe. In einer Versammlung der Frankfurter Funktionäre hat ein Parteigenosse folgendes ausgeführt: „Wir haben uns zu fragen, was seit dem 31. August geschehen ist. Eine Anzahl rechtsstehender Heftblätter sind verboten worden. Unsere Partei steht grundsätzlich auf dem Boden der vollständigen Rede- und Schreibfreiheit und ist gegen Verbote. Der Ebertsche Erlaß hat auch die Parteien der Linken getroffen. Nach vierzehn Tagen wird das Verbot nur noch gegen links angewendet werden. Das Verbot ist eine Lorbeist, den Kommunisten könnte keine bessere Reklame gemacht werden. Wir haben wirklich Anderes zu tun, als immer den Beleidigten zu spielen.“ Wir haben schon bei Erlaß der Verordnung das Bedenken gehabt, daß die Kommunisten das Vorgehen auch gegen sich provozieren würden, um sagen zu können, der Kampf werde nur gegen links geführt. Es ist in Frankfurt gesagt worden, der Artikel sei ganz unschuldig und enthalte keine Beleidigungen. Er trägt die Ueberschrift: „Nieder mit dem schwarzweißroten Mördergesindel! Herunter mit dem schwarzweißroten Orgeßel-Abzeichen!“ In dem Artikel wird u. a. vom Reichstagsler Wirth als „Helfferich-Schergen“ gesprochen, der Staat wird eine Mörder- und Surengrube genannt, in der die Helfferich und Ludendorff die Regie haben und die Regierung der Zuhälter ist. Den Arbeitern müsse gesagt werden, daß die Machenschaften Höring-Eberts eine Schurkental sind, Ebert und Höring hätten ein gemeinsames Paktum abgeschlossen mit den uns anspringenden Bluthunden, sie werden „abtrünnige Gesellen“ genannt usw. Endlich heißt es in dem Artikel: „Kampf gilt die Lösung! Fort mit jedem Struppel!“

Man kann über das Verbot verschiedener Meinung sein, obwohl nicht zu bestreiten ist, daß die Reaktion zur Befruchtung ihrer Machenschaften derartige Artikel geradezu braucht. (Sehr richtig!) Aber es ist eine politische Geschmackslosigkeit, wenn unsere Parteio rganisationen mobilgemacht werden, um solch ein Drecksblatt vor dem Verbot zu schützen. (Sehr wahr!)

In einer Besprechung des Verbots schreibt die „Frankfurter Volksstimme“: „Von allen Sozialdemokraten ist zu verlangen, daß sie sich nach unserem Parteiprogramm richten. Sozialdemokraten dürfen ihre Hand nicht dazu bieten, daß irgend jemand die Versammlungs- oder Pressfreiheit beschränkt, auch nicht den Reaktionsären. Freilich darf es nicht heißen: Das Parteiprogramm über alles, und wenn die Welt darüber zugrunde geht! Das Parteiprogramm ist um des Proletariats willen und damit um der Menschheit willen da, nicht das Proletariat um des Parteiprogramms willen.“

Ich glaube, daß man den schönen Ausdruck „Eiertanz“ auf diesen Artikel sehr gut anwenden kann. Zuerst heißt es: Wir haben ein Parteiprogramm, in dem nichts von Verboten steht, also Hand weg von Verboten; und dann heißt es, wenn uns das nützt, können wir das Parteiprogramm in die Ecke werfen.

An einer anderen Stelle des Artikels wird begründet, daß man solche Verbote zwar gegen die Reaktion aussprechen kann, weil die reaktionären Machenschaften nicht hart genug bestraft werden, daß solche Verbote aber nicht gegen die Kommunisten ausgesprochen werden dürfen, weil diese schon von den Gerichten genügend bestraft werden.

Wir müssen mit Entschiedenheit aussprechen, daß eine solche Politik nicht im Interesse der Parteientwicklung liegt. Alle Erfahrungen haben gelehrt, daß durch solche schwammige Politik nur Haltlosigkeit und Unklarheit in unsere Reihen getragen werden. (Sehr wahr!)

Wenn die Frage der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung eine der wichtigsten Streitfragen bei der Einigung mit den Unabhängigen ist, so bildet sie geradezu das Kernproblem der deutschen Politik insgesamt. Es ist heute keine Phrase mehr, daß ohne oder gar gegen die Sozial-

demokratie ernsthaft und positiv nicht regiert werden kann, wenn man im Ausland das Vertrauen gegen Deutschland nicht gefährden und die innere Ruhe nicht in schwerster Weise in Frage stellen will.

Als der Parteitag in Kassel zur Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung Stellung nahm und die Bedingungen dafür aufstellte, waren wir aus der Reichsregierung bereits ausgetreten. Die Haltung, die damals die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand eingenommen hatten, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, war fast einmütig vom Parteitag genehmigt worden, und die Bedingungen waren Bedingungen für einen eventuellen neuen Eintritt in die Reichsregierung. Die Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum in der Nationalversammlung war in den neuen Reichstag nicht wieder mit einer Mehrheit eingerückt. Maßgebend für unseren Austritt aus der neu zu bildenden Regierung war, daß wir es nicht übernehmen wollten, den Parteien, deren strupellose Agitation ihnen den Wahlerfolg gebracht hatte, die Verantwortung dafür abzunehmen, was sie bisher in der Hege gegen die Sozialdemokratie im Volke verschuldet hatten. Sie sollten jetzt zeigen, was sie können.

Wenn sich die Bedingungen des Kasseler Parteitages, in denen der Name einer Partei nicht genannt ist, in der praktischen Politik in dem Grundsatze vereinigte, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierungscoalition abzulehnen, so geschah es deshalb, weil die von dieser Partei vertretenen Grundätze ungeeignet waren, für eine Durchführung unserer Grundätze und des von uns aufgestellten Regierungsprogramms zu wirken. Es war eine Konsequenz der tatsächlichen Bedingungen, die in der Praxis von der Deutschen Volkspartei nicht nur nicht anerkannt, sondern bekämpft wurden, daß dieses politische Schlagwort in unsere praktische Politik hineingetragen wurde.

Bald nach dem Kasseler Parteitag trat an den Parteivorstand die Frage heran, inwieweit die Kasseler Bedingungen auch auf die Bildung der Regierung eines einzelnen Landes Anwendung zu finden haben. Es bestand kein Zweifel, daß formell der Kasseler Beschluß nur für die Reichsregierung gefaßt war. Aber wenn wir auch eine schematische Uebertragung dieser Bedingungen auf die Länder unbedingt ablehnen mußten, weil sie rein sachlich unmöglich war und weil auch schon die politische Bedeutung der einzelnen Länder so überaus verschieden ist, daß eine schematische Uebertragung unmöglich war, so mußte doch die Stellungnahme des Kasseler Parteitages eine gewisse Rückwirkung auf die Regierungsbildung in den Ländern ausüben, um so mehr, wenn die Politik der einzelnen Parteien in den Ländern im Einklang mit ihrer Politik im Reiche stand.

Die erste Frage, die an uns herantrat, war die der Regierungsbildung in Lippe. Es bestand für uns kein Zweifel, daß man ein Ländchen wie Lippe doch etwas anders behandeln muß wie das Reich und andere größere Länder. In Lippe hatten wir bis zu den letzten Wahlen eine sozialistische Mehrheit von einer Stimme. Diese Mehrheit ging verloren. Unsere Fraktion hatte 8 Sitze gegenüber 13 Sitzen aller anderen Parteien. Da sich diese Sitze zum Teil zu ein oder zwei Sitzen auf die verschiedensten Parteien verteilten und neben den Deutschen Nationalen die Deutsche Volkspartei die einzige nennenswerte Fraktion war, mußten wir uns entscheiden, ob wir in diesem Ländchen unseren Genossen empfehlen sollten, aus der Landesregierung herauszugehen oder mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen. Da unsere Genossen bis dahin im Landtag eine Reihe von Aufgaben bereits in Angriff genommen hatten, die noch durchgeführt werden mußten, und da wir die stärkste Fraktion waren, waren wir der Meinung, daß es unerantwortlich gewesen wäre, die vielfach zersplitterten bürgerlichen Parteien zur Bildung eines Bürgerblocks geradezu zu zwingen. Wir haben daher erklärt, daß der Parteivorstand mit dem Eintritt in die Re-

gierung mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten einverstanden und der Meinung ist, daß dieser Beschluß nicht dem Kasseler Parteitagbeschuß widerspricht, wenn für diese Regierung ein Programm vereinbart werden kann, das gewissen Mindestforderungen entspricht. Das war möglich, und jene Regierung ist auf dieser Grundlage gebildet worden.

Der zweite Fall war die Bildung der Regierung in Mecklenburg. Dort hatten wir nach der Revolution eine sozialistisch-demokratische Mehrheit, die auch die Regierung bildete. Später schrumpften die Demokraten so weit zusammen, daß mit ihnen allein eine Mehrheit nicht gebildet werden konnte. Die Kommunisten sind in Mecklenburg ein so besonderes Gewächs, daß sie für eine bestimmte Regierungskoalition dort noch weniger in Betracht kommen als anderswo. Das hatte zur Folge, daß eine Zeitlang eine rein bürgerliche Regierung und nach deren Sturz für kurze Zeit eine rein sozialistische Minderheitsregierung gebildet wurde. Die Neuwahlen brachten unserer Partei Stimmen- und Mandatszuwachs. Unsere Fraktion allein hatte im mecklenburgischen Landtag 27 Mandate gegenüber 36 aller anderen Parteien. Besonders die ländliche Bevölkerung hat im ausgedehnten Maß der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgesprochen. Bei der Neubildung der Regierung mußten die Kommunisten auscheiden, die Demokraten allein waren zu schwach, um eine Mehrheit mit uns zusammen zu bilden; Unabhängige gibt es in Mecklenburg nicht. Man hat dort zwei Mittelstandsparteien, die aber zweifellos viel reaktionärer sind als etwa die Deutsche Volkspartei. Die Mittelstandsparteien hatten sich außerdem gebunden, ohne die Deutsche Volkspartei nicht in die Regierung einzutreten. Wir wurden also auch hier vor die Frage gestellt, ob wir mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung bilden wollten oder auf die Teilnahme an der mecklenburgischen Regierung verzichteten und den bürgerlichen Parteien allein die Herrschaft überlassen wollten. Die Bürgerlichen hätten das letztere am liebsten gesehen. Es handelte sich nun um die Frage, ob wir mit der Volkspartei ein für uns annehmbares Arbeitsprogramm vereinbaren konnten. Es kam hinzu, daß Mecklenburg bis zur Revolution keine Verfassung und kein Parlament hatte. Dort herrschten noch stärker als in Preußen der Grundbesitz und der Adel. Diese Herrschaften warteten sehnsüchtig darauf, den alten Zustand möglichst wieder herbeizuführen. Unsere Aufgabe war es, diese Bestrebungen entgegenzutreten. Die mecklenburgische Bevölkerung und unsere Anhängerenschaft besteht zum größten Teil aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung, und es war gerade für die Erhaltung und Entwicklung eines freien Menschentums unter den Landarbeitern eine Voraussetzung, daß die Sozialdemokratische Partei maßgebenden Einfluß hatte. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei wurde uns durch die Tatsache erleichtert, daß die mecklenburgische Volkspartei nicht die schwerindustrielle Partei wie in Preußen und im Reich ist, sondern mehr eine Partei des kleinen Bürgers, der Beamten und der Intellektuellen, ähnlich wie sonst die Demokratische Partei.

Unsere mecklenburgische Landestkonferenz hat damals neun Bedingungen aufgestellt, die in das Regierungsprogramm aufgenommen werden sollten, und das Zusammengehen unserer Partei mit der Deutschen Volkspartei von der Anerkennung dieser Bedingungen abhängig gemacht. Diese Bedingungen lauteten:

1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaats und der deutschen Republik.
2. Demokratisierung der Verwaltung.
3. Ausbau der Selbstverwaltung der Ämter.
4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angeestellten und Beamten.

5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Rechtspflege.

6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Erwerbslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit.

7. Förderung des Siedlungswesens.

8. Durchführung der Trennung von Staat und Kirche.

9. Durchführung der Einheitschule.

Nachdem die Deutsche Volkspartei und die anderen Koalitionsparteien, die dann in die Regierung eintraten, diese Bedingungen ins Regierungsprogramm aufgenommen hatten, wäre es ein Verbrechen gegen die mecklenburgische Arbeitererschaft gewesen, nun nicht den starken Einfluß der Sozialdemokratie geltend zu machen, um diese Regierung zu einer möglichst schnellen Durchführung dieser Forderungen zu bringen.

Faßt gleichzeitig mit der Frage der mecklenburgischen Regierungsbildung wurde auch in Preußen die Regierungsbildung akut. Während im Reich bereits im vergangenen Jahre eine rein bürgerliche Regierung, an der die Deutsche Volkspartei beteiligt war, die durch die wohlwollende Neutralität unserer Partei am Leben erhalten wurde, amtierte, hatten wir in Preußen noch eine Regierung der alten Koalition, in der vier Sozialdemokraten neben vier Bürgerlichen saßen. Die politischen Reibungen zwischen der rein bürgerlichen Reichsregierung und der sozialdemokratisch beeinflussten preußischen Regierung konnten nicht ausbleiben. Diese Reibungen führten auch zu Reibungen innerhalb der preußischen Regierung, weil die bürgerlichen Mitglieder dieses Kabinetts bemüht waren, ihren Parteifreunden im Reich bei Durchsetzung ihrer Anschauungen zu Hilfe zu kommen. Deshalb gingen schon seit Monaten vor den preußischen Wahlen Bemühungen, die preußische Regierung der Reichsregierung anzupassen. Der Kampf um die Entfernung der Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung bildete den Kernpunkt des preußischen Landtagswahlkampfes. Aber der Ausgang der preußischen Landtagswahlen war ein ganz anderer. Brachten die Reichstagswahlen der alten Koalition eine klare Niederlage, brachten die Reichstagswahlen einen klaren Erfolg der Rechtsparteien und der Unabhängigen, so brachten die preußischen Landtagswahlen zwar auch einen Rückgang der alten Koalition, aber der alten Koalition doch eine arbeitsfähige Mehrheit, und insbesondere der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Reichstagswahl einen Stimmenzuwachs von fast einer Million. Das war ein ausdrückliches Vertrauensvotum für die Politik der besonders angegriffenen sozialdemokratischen Minister.

Wir haben uns nach dem Zusammentritt des Landtags in der Fraktion und im Parteivorstand einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß wir bereit sind, in eine Regierung der alten Koalition einzutreten, daß wir aber nicht bereit sind, eine neue Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu bilden. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der preußischen Regierung ist daran gescheitert, daß wir ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnten. Nun kommen eine Reihe von sehr staatsmännischen und weisen Genossen und sagen: Wenn ihr dort nicht so tollschallig ungeschickt gewesen wäret, wäre es möglich gewesen, eine Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokratie auch in Preußen zu bilden. Ich habe bisher vermist, daß diese Genossen irgendeinen Anhalt dafür geben, der für die Richtigkeit ihrer Ansicht spricht. (Sehr richtig!) Weshalb haben wir das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt? Wir wissen, welche Unterschiede und Uebereinstimmungen zwischen der Deutschen Volkspartei und anderen bürgerlichen Parteien bestehen. Aber die Aufgabe der Genossen in der neuen preußischen Regierung mußte sein: Fortsetzung der Demokratisierung der Verwaltung, Aufbringung der Mittel zur Dedung des

Defizits im Staatshaushalt durch eine entschiedene und wirksame Grundsteuer, entscheidender Einfluß auf die Reichspolitik im demokratisch-republikanischen Sinne. Wir mußten uns fragen, ob bei der Art, wie die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf geführt und programmatisch ihre Anschauungen vertreten hatte, dieses Programm mit der Deutschen Volkspartei zusammen durchgeführt werden konnte. Man hat der Deutschen Volkspartei vier Fragen vorgelegt, und sie hat in ihrer Fraktion beschlossen, daß diese vier Fragen für sie nicht einmal diskutationswert sind. (Hört! hört!) Wenn die Deutsche Volkspartei die vier Punkte für zu weitgehend hielt, wäre es ihre Aufgabe gewesen, andere Vorschläge zu machen. Wenn man nicht auf dem Standpunkt steht, daß wir unter allen Umständen in einer Regierung bleiben müssen, ganz gleich wie sie aussieht und welches Programm sie hat, dann kann man nicht behaupten, daß unter den Verhältnissen, wie sie im Mai dieses Jahres in Preußen bestanden, eine andere Stellung möglich war, als sie Parteivorstand und Landtagsfraktion eingenommen haben.

Man hat gesagt, es wäre ein politisches Verbrechen, Machtpositionen, die wir hätten, aus der Hand zu geben. Es ist richtig, daß die Beteiligung an einer Regierung eine Machtposition sein kann. Aber nicht jede Beteiligung an jeder Regierung ist eine Machtposition. (Zustimmung.) Wenn wir in eine Regierung eintreten, in der bürgerliche Parteien die Mehrheit haben, in der eine Partei mit der Politik sitzt, wie sie von der Deutschen Volkspartei noch im Mai dieses Jahres vertreten wurde, dann müssen wir uns vorher Garantien über die Politik schaffen, die eine solche Regierung treiben will. Sonst bilden unsere Genossen das sechste oder siebente Rad am Wagen und haben lediglich das zu verantworten, was von den anderen geschieht, ohne die Möglichkeit zu haben, eine Politik in ihrem eigenen Sinne zu treiben. (Sehr richtig!) Man soll, wenn man diese Taktik, die damals eingeschlagen wurde, so gut kritisieren kann, uns auch ein klein wenig tatsächliche Winke geben, wie wir in Zukunft solche Fragen klüger und staatsmännischer erledigen können. (Sehr richtig!)

Aber die Frage der Regierungsbildung in Preußen wie die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an den Regierungen überhaupt ist durch diese Entscheidungen nur vorübergehend erledigt worden. Sie ist heute aktueller denn je. Die ungeheuren Ausgaben, die Deutschland und seine Länder zu erfüllen haben, zwingen die Sozialdemokratie, sich nicht einfach absetzt zu stellen, sondern mit aller Kraft zu versuchen, Einfluß und Macht zu gewinnen. Die Vorgänge, wie wir sie in den letzten Wochen in dem Gegensatz zwischen dem Reich und dem von Preußen unterstützten Bayern erlebt haben, müssen dazu führen, daß wir versuchen, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, mit uns Vereinbarungen zu treffen. (Sehr richtig!) Wenn heute noch manche Parteigenossen die Frage des Eintritts in eine Regierung von dem Gesichtspunkte aus betrachten, daß die Sozialdemokratie nur in eine Regierung hineingehen kann, um bestimmte Forderungen durchzusetzen, daß sie wieder aus der Regierung austreten kann, wenn die Voraussetzungen nicht mehr bestehen, so war das vielleicht früher gerechtfertigt, wo die Regierung vollkommen unabhängig vom Parlament war. Aber heute, wo nach der republikanisch-demokratischen Verfassung jede Regierungsmacht vom Volke ausgeht, ist diese Einstellung nicht mehr möglich. (Zustimmung.) Die größte Partei des deutschen Volkes kann es sich nicht leisten, etwa grundsätzlich die Beteiligung an einer Koalition abzulehnen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist heute ein politischer Faktor allerersten Ranges in Deutschland. Sie vertritt in den arbeitenden Schichten die Grundlage unseres ganzen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Sie vertritt den Kreis der Bevölkerung, der zur Mitarbeit im und am Staate herangezogen

werden muß, wenn wir zu gesunden politischen Verhältnissen kommen wollen. Damit haben wir als Sozialdemokratische Partei eine Verantwortung gegenüber dem Volke übernommen, der wir uns stets bewußt sein müssen. Wir haben diese Verantwortung auch gegenüber der Republik und den demokratischen Volksrechten, die durch die Revolution geschaffen worden sind, die unter der Führung der Sozialdemokratie von der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt worden ist. Unsere Errungenschaft ist die Republik, ist das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Für diese Forderungen hat die Sozialdemokratie am 9. November alles eingesetzt, und für diese Forderungen hat sie 60 Jahre lang gekämpft. Heute dürfen wir die Führung in der Verteidigung dieser Errungenschaft nicht aus der Hand geben, um so weniger, als die Feinde dieser Errungenschaft immer stärker werden.

Da wir nun heute nicht allein die Macht übernehmen können und da wir aus den angeführten Gründen nicht warten können, bis wir die Macht allein übernehmen, bis die Weltrevolution zur Diktatur des Proletariats führt, und da wir auch in der Zwischenzeit nicht den Schutz der Republik und der Demokratie ihren Gagnern oder den zweifelhaften Freunden überlassen können, ist es unsere Pflicht, zu versuchen, in den Regierungen Deutschlands einen führenden Einfluß zu gewinnen. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß diejenigen Parteien, die in der Regierung sitzen, dadurch noch eine besondere Stärkung gegenüber den anderen, die draußen stehen, erfahren, weil sie ja die Machtmittel des Staates handhaben und die Möglichkeit besitzen, durch diese Machtmittel des Staates (Verwaltung, Polizei usw.) von ihren politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen aus zu dirigieren.

Es wird vielleicht, wie das schon geschehen ist, gegen diese Begründung der unbedingten Notwendigkeit unserer Koalitionsbereitschaft eingewendet werden, daß die Arbeiterschaft beim Kapp-Putsch und bei anderen Gelegenheiten gezeigt hat, daß sie allein imstande ist, die Republik zu schützen. Auch ich bin der Meinung, daß die einzige zuverlässige Stütze der Republik und der Demokratie heute die deutsche Arbeiterschaft ist. (Zustimmung.) Ich bin überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft, wenn es notwendig ist, bereit sein wird, nicht nur mit Fahnen und Schildern zu demonstrieren, sondern auch ihr Blut in dem Kampfe für die Republik einzusetzen. Aber wenn wir nicht aus den bürgerlichen Kreisen diejenigen Elemente, die bereit sind, ehrlich für die Republik und die Demokratie einzutreten, mit uns in eine Kampfreihe bringen, dann ist allerdings der Schutz der Republik nur möglich auf dem Wege der gewalttätigen Auseinandersetzung, auf dem Wege des Bürgerkriegs. Ich bin nicht der Meinung, daß wir diesem Kampfe aus dem Wege gehen sollen, wenn er uns aufgezwungen wird; aber wir sollen ihn auch nicht leichtfertig herbeiführen, wenn wir dem deutschen Volke die ungeheuren Leiden und Opfer eines solchen Bürgerkrieges ersparen können. Das zu tun, muß die Aufgabe unserer Politik sein.

Wenn wir uns heute grundsätzlich bereit erklären, auch weiterhin an Koalitionsregierungen gemeinsam mit bürgerlichen Parteien teilzunehmen, so können wir weniger denn je diese Koalitionsbereitschaft auf bestimmte Parteien beschränken. Wir können heute weniger denn je sagen: Wir sind bereit, mit dieser Partei zusammenzugehen, wir sind nicht bereit, mit jener Partei zusammenzugehen. Wir können weder sagen: „Unter allen Umständen“, noch dürfen wir sagen: „Unter keinen Umständen“. (Sehr richtig!) Wir haben nicht nach dem Namen einer Partei zu gehen, sondern wir haben zu fragen: Welche Politik können wir mit dieser Partei in einer Regierung treiben? (Sehr richtig!) Es kann sogar vorkommen, daß wir ein und dieselbe Partei ganz verschiedenartig in den einzelnen Ländern behandeln müssen, und zwar je nach der sozialen Zusammensetzung und Schichtung, die eine Partei in ihrer Anhängerenschaft aufweist.

Es kommt weiter hinzu, daß ja die Parteien in Deutschland nichts Feststehendes sind, daß die Entwicklung des deutschen Parteiwesens durchaus noch nicht abgeschlossen ist. In der Nationalversammlung hatten wir es verhältnismäßig leicht, Stellung zur Koalitionspolitik zu nehmen. Im alten Reichstag hatten wir die Friedenskoalition zwischen Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum gehabt, und es lag in der Nationalversammlung und in Preußen nichts näher, als diese Koalition fortzusetzen, um so mehr, als Zentrum und Demokraten sich nach der Revolution sehr stark nach links auch in der Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Fraktionen entwickelt hatten. Daß die Deutsche Volkspartei damals nicht schon eine Rolle bei dieser Koalitionsfrage spielte, ist in der Hauptsache dem Umstande zuzuschreiben, daß die Deutsche Volkspartei im Jahre 1919 kaum in der Entstehung begriffen war, daß sie den Wahlkampf mit einer ungenügenden Organisation geführt hatte, und daß sie nur die rechtsstehenden Elemente der Nationalliberalen Partei zu sich herübergezogen hatte, während die anderen zur Demokratischen Partei gegangen waren. Die Entwicklung, die die Parteien in den letzten Jahren genommen haben, muß uns zu manchem Nachdenken Veranlassung geben, und sie zeigt uns, daß auch unsere Politik die Entwicklung der bürgerlichen Parteien beeinflussen kann. Wir sehen, wie im Zentrum die verschiedensten Einflüsse miteinander ringen und wie die Entwicklung, die nach der Revolution einsetzte und die dem Arbeiterflügel auf Kosten des agrarisch-aristokratischen Flügels einen starken Einfluß gegeben hatte, heute bereits wieder erheblich zurückgedrängt wird. Wir sehen, daß die Demokraten, von denen man gehofft hatte, daß sie die große republikanisch-bürgerliche Partei sein würden, auf dem besten Wege sind, wieder die alte vernichtete Fortschrittspartei zu werden. Ich kann mir vorstellen, daß ich mich mit Herrn Stresemann über Fragen der Sozialisierung und über Besitzsteuern leichter einigen werde als vielleicht mit Herrn Gothein, mit dem über derartige Dinge überhaupt nicht zu reden ist. Wir müssen auch mit in Rechnung stellen, daß die Demokraten heute eine bedeutungslose Partei sind, daß der größte Teil der Demokraten, die im Jahre 1919 für uns bündnisfähig waren, heute bei der Deutschen Volkspartei sind. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß dieselben Gärungen in der Deutschen Volkspartei vorhanden sind; daß ein großer Teil der Deutschen Volkspartei sich sehr unwohl dabei fühlt, in einen Topf mit den Deutschnationalen geworfen zu werden, die mit dem Stigma der Mörderpartei behaftet sind, als Rechtspartei, als reaktionäre Partei betrachtet zu werden. Hinzu kommt, daß neben dem Teil der Deutschen Volkspartei, der Anschluß an die Deutschnationalen sucht, ein anderer Teil vorhanden ist, der gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Mittelparteien und der Sozialdemokratie an der Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten will.

Wir haben bisher die Frage der Regierungskoalition gewöhnlich nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet und bei der politischen Konstellation auch nur so betrachten können, ob diese Koalition eine Mehrheit im Parlament hat. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß das auf die Dauer nicht genügt, daß wir für eine arbeitsfähige und starke Regierung nicht nur eine Mehrheit im Parlament brauchen, sondern daß die Regierung sich auf alle produktiv wirkenden Kräfte im Volke stützen muß, wenn diese produktiv wirkenden Kräfte sich ehrlich auf den Boden unserer heutigen Staatsordnung, auf den Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger stellen wollen. Deshalb müssen wir heute, wo alle Welt auf die Entscheidung der Sozialdemokratie wartet, ein klares Programm aufstellen, nach welchem wir bereit sind, in eine Regierung einzutreten. Wir werden bei diesem Programm alles ausscheiden müssen, von dem wir wissen, daß es durch ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien nicht durchgeführt werden kann. Wir werden also in einer solchen Regierung keine

rein sozialistische Politik treiben können. Das von vornherein auszusprechen, ist ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiterschaft und ein Gebot der Notwendigkeit gegenüber der Partei, um zu verhindern, daß Hoffnungen an eine solche Regierung geknüpft werden, die sich niemals erfüllen können. Wir werden also dieses Programm auf Forderungen einschränken müssen, die notwendig sind, um den Schutz der Republik und der Volksrechte zu erreichen und den Ausbau unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens in demokratischem und republikanischem Sinne sicherzustellen. Da steht für uns in erster Linie der Schutz der Republik. Wir haben in Deutschland zwei Parteien, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, die grundsätzlich auf monarchistischem Boden stehen, die allerdings erklären, daß sie nicht gewaltsam die Monarchie wieder einführen und die Republik stürzen wollen. Die Deutsche Volkspartei hat bei den letzten Verhandlungen im Reichstag noch eine weitergehende Erklärung abgegeben und gesagt, sie stelle sich nicht nur auf den Boden der Verfassung, sondern sei auch bereit, die Verfassung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen. Man hat schon im Blätterwald rauschen hören, daß durch diese Erklärung die Deutsche Volkspartei auch für die Sozialdemokratie nunmehr bündnisfähig geworden ist. Wir haben auch bei den Demokraten und im Zentrum Leute, die zwar Republikaner in ihrer Politik, aber Monarchisten in ihrer Ueberzeugung sind. Es genügt nicht, daß eine Partei, die auf dem Boden der Monarchie steht, sich bereit erklärt, die republikanische Verfassung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen, wenn dieselbe Partei durch eine monarchistische Propaganda im Lande solche gewalttätigen Angriffe gegen die republikanische Verfassung geradezu erzieht und provoziert. Wenn deshalb eine Partei — mag sie nun auch in ihrem Herzen monarchistisch gesinnt sein — als Schützerin der Republik in eine republikanische Regierung eintreten will, dann muß sie auch bereit sein, alles zu tun, um gewalttätige Angriffe gar nicht erst aufkommen zu lassen; dann muß sie vor allem darauf verzichten, monarchistische Propaganda zu treiben und durch diese Propaganda allen Desperados Vorschub zu leisten, die bestrebt sind, die Republik zu beseitigen. (Sehr richtig.) Genau so, wie wir mit keiner Partei in eine Regierung hineingehen können, die die Diktatur des Proletariats propagiert, genau so können wir mit keiner Partei in die Regierung hineingehen, die die Monarchie propagiert. (Sehr richtig!)

Eine weitere Forderung, die wir aufstellen müssen, bezieht sich auf die Frage der Erfüllung des Friedensvertrages und des Ultimatums. Die jetzige Regierung setzt sich zusammen aus Parteien, die das Ultimatum angenommen haben und zu seiner Erfüllung bereit sind. Wir haben in der letzten Woche gesehen, daß die Kreise des Kapitals in geradezu landesverräterischer Weise das deutsche Volk um viele Millionen durch gewissenlose Devisenspekulation betrogen haben. Wir müssen den Parteien, die diese Kreise des Kapitals vertreten — und dazu gehört auch die Deutsche Volkspartei — sagen: Wenn ihr bereit seid, die Republik zu schützen, die großen Aufgaben zu erfüllen, die jetzt dem deutschen Volke gestellt sind, dann ist es eure erste Pflicht, diesen Leuten einmal klarzumachen, daß man sich auch nicht durch Kreditgewährungen an das Reich von sehr zweifelhaftem Wert um die unbedingt notwendige Beschaffung, die Abgabe von den sogenannten Goldwerten, herumdrücken kann. (Sehr gut!)

Die Frage der Vereinbarung über ein Steuerprogramm zur Erfüllung der Friedensvertragsverpflichtungen, ein Steuerprogramm, das den Besitz und die großen Vermögen und Einkommen vorweg heranzieht, das die Belastung durch indirekte Steuern auf das notwendigste Maß beschränkt, ist eine weitere Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in einer Regierung. Wir müssen weiter verlangen, daß als Grundforderung für eine solche Koalitionsregierung die Demokratisierung der Verwaltung gestellt wird, und es wird dann

Sache der speziellen Vereinbarungen im einzelnen Falle sein, vorher festzustellen, in welcher Weise diese Demokratisierung der Verwaltung durchgeführt werden soll. Es wird notwendig sein, die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, die Umgestaltung der heutigen monarchistisch gesinnten Reichswehr zu einem wirklichen Werkzeug der Republik zu verlangen. Ebensovienig, wie wir würden könnten, daß eine Regierungspartei rote Armeen propagiert und aufstellt, ebensovienig kann es zulässig sein, daß eine Regierungspartei sich bemüht, die Tradition des alten militärischen Heeres in Deutschland hochzuhalten und wieder zu erwecken. (Sehr richtig!) Wir müssen heute mit allem Nachdruck erklären, daß wir nicht zulassen werden, daß eine Partei, die mit uns zusammen in eine Regierung hineingehen will, diese Grundforderungen eines Regierungsprogramms annimmt mit dem Michaelis'schen Vorbehalt: „Wie ich sie auffasse.“ Wir stellen ein klares Programm auf, das nach unserer Meinung jede Regierung im Reich und in den Ländern ausführen muß, wenn das deutsche Volk leben soll, und wir verlangen ein klares rückhaltloses Bekenntnis zu diesem Programm und seiner Durchführung. Es wird im einzelnen Falle zu prüfen sein, welche Parteien dieses rückhaltlose Bekenntnis ablegen und die Sicherungen dafür schaffen, daß dieses Programm ausgeführt wird.

Die Frage der Regierungsbildung ist die wichtigste Frage, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen wird, eine Frage, von der nicht nur die Entwicklung des deutschen Volkes, sondern auch die Stellung unserer Partei im deutschen Volk abhängt. Wir haben heute zu zeigen, daß wir nicht Schlagworte, sondern nur die Interessen des Proletariats für unsere Politik leitend sein lassen, daß wir teilnehmen wollen an der Macht, an der Herrschaft, an der Gestaltung der Geschichte unseres Volkes, nicht unter allen Umständen, nicht um jeden Preis, nicht als Anhängel einer Regierung, die sich von rein bürgerlichen Gesichtspunkten leiten läßt, sondern in jeder Regierung, in der es uns gelingt, unser Mindestprogramm zur Durchführung zu bringen. Die Sozialdemokratie als die größte Partei des deutschen Volkes muß zeigen, daß sie wirklich imstande ist, die Führung des Volkes zu übernehmen, daß sie wirklich das Bestreben hat, sich durch alle Hindernisse hindurchzuarbeiten, die der Erreichung des Endzieles, des Sozialismus, entgegenstehen. Das Vertrauen der Massen gilt nicht unserem Programm als einem Stück Papier, sondern dem Willen zu seiner Bewirklichung.

Parteigenossen, ich hoffe, daß dieser Parteitag auch in seiner Stellungnahme zur Frage unserer Beteiligung an der Regierung den Beweis liefern wird, daß in unserer Partei ein klares Erkennen der Möglichkeiten besteht, die heute in der Politik vorhanden sind, ein klares Erkennen der Pflichten, die die Bedeutung unserer Partei uns gegenüber dem Volke auferlegt. Damit wird unsere Partei den Beweis dafür liefern, daß sie heute mehr denn je ist die Partei des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Taubadel:** Zur Berichterstattung über Organisation und Kasse erteile ich das Wort dem Genossen Bartels.

**Bartels-Berlin:** Als die „Partei des Volkes“ bezeichnete der „Vorwärts“ unsere Partei, als der Bericht des Vorstandes erschienen war. Wir haben ein Recht, uns so zu nennen! Die Ziffern unseres Organisationsstandes wie die Zahl unserer Wählerstimmen zeigen, daß das Vertrauen der breiten Volksmassen in die Sozialdemokratische Partei unerschütterter ist. Die schweren politischen Kämpfe, an denen auch das letzte Jahr nicht arm war, haben unsere Partei nicht schwächen können; im Gegenteil, die Festigkeit des Organisationskörpers unserer Partei hat sich dabei voll erwiesen.

Die Steigerung unserer Mitgliederziffern gegen das Vorjahr ist nicht befriedigend. Wir schlossen am 31. März d. J. ab mit 1 028 574 männlichen und 192 485 weiblichen Mitgliedern, die sich auf etwa 10 000 Ortsvereine verteilen, also eine Mitgliederzahl von zusammen 1 221 059 in ganz Deutschland. Gegen das Vorjahr ist das eine Steigerung von 40 851 oder 3,4 Proz. Das ist nur eine mäßige Zunahme, für die es verschiedene Erklärungen gibt. Sicher hat die wirtschaftliche Notlage eines großen Teiles der arbeitenden Bevölkerung dazu beigetragen. Teuerung, Arbeitslosigkeit usw. haben ein gut Teil Schuld daran. In den besetzten Gebieten hat der Druck der Besatzungsbehörden lähmend auf die Organisationsfähigkeit gewirkt und ist ein Hemmnis für unsere Agitation gewesen. Die Verluste der links von uns stehenden Parteien sind uns nur zum Teil zugute gekommen. Die Organisation der Unabhängigen und Kommunisten ist darauf eingestellt, die Sozialdemokratie als eine verbürgerlichte Partei hinzustellen, die den Klassenkampf abgeschworen hat und der darum kein Arbeiter angehören dürfe. Diese Agitationsphrasen sind mit Schuld daran, daß viele, die des Scheinradikalismus müde geworden sind, der Indifferenz verfallen. Erst allmählich werden die Folgen dieser Verwirrung wieder ausgeglichen werden können.

An männlichen Mitgliedern hat die Partei gewonnen 55 373. Günstige Zunahmen sind zu verzeichnen in den Bezirken Mecklenburg-Lübeck (10 853), Chemnitz-Zwickau (10 423), Görlitz (7115), Breslau (über 7000), Schleswig-Holstein (6843), südliches Westfalen (über 6000) usw. Die Bezirke Schleswig-Holstein, Hamburg und Hannover stellten zusammen allein etwa ein Fünftel unserer gesamten Mitgliederzahl. In verschiedenen weiteren Bezirken sind gut durchgeführte Organisationen vorhanden. Zehn Bezirke haben einen Verlust an männlichen Mitgliedern gehabt. Besonders hoch war dieser in Württemberg mit 9961, im Bezirk Oberrhein mit mehr als 7000 und in Ostpreußen ebenso viel. Die Verlustziffern bei den männlichen Mitgliedern sind jedoch klein gegenüber dem Zuwachs, den wir in den meisten Bezirken zu verzeichnen haben. Bei den weiblichen Mitgliedern ist leider anderes zu berichten. Wir haben in 18 Bezirken eine mäßige Zunahme der Zahl unserer weiblichen Mitglieder, dagegen in 14 Bezirken zum Teil recht erhebliche Verluste. Magdeburg verlor 4576, Ostpreußen 3960 weibliche Mitglieder, das ist mehr als die Hälfte des vorjährigen Bestandes, Pommern 3000, auch fast 50 Proz., Hannover 2775, Südbayern 1840. Insgesamt müssen wir einen Verlust von 14 522 weiblichen Mitgliedern buchen. Da auch das Vorjahr einen solchen von über 16 000 verzeichnete, haben wir in den beiden letzten Jahren etwa 30 000 organisierte Genossinnen verloren. Der Verlust ist heute weit höher zu bemerten als früher in den Zeiten der politischen Rechtlosigkeit der Frau. Der Mißerfolg der beiden letzten Jahre läßt auf Mängel in der Art und im Umfang der Agitation schließen. Der Parteivorstand wird in nächster Zeit Gelegenheit zu einer Aussprache geben, um Maßnahmen zu treffen, die zur Steigerung der Zahl der weiblichen Anhängererschaft geeignet sind.

Die Jugendbewegung hat sich günstig entwickelt; sie hat eine Mitgliederzahl von etwa 80- bis 90 000 zu verzeichnen und ist doppelt so stark wie die der Unabhängigen und Kommunisten zusammengenommen. (Hört, hört!) Der vorjährigen großen Veranstaltung in Weimar ist in diesem Jahre eine noch imposantere in Bielefeld gefolgt, die durch Teilnahme ausländischer Freunde einen internationalen Charakter trug. Der frische Geist und fröhliche Kampfesmut, der sie beherrschte, berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Der Kasseler Parteitag hat im vorigen Jahre beschlossen, den Wünschen der Jungsozialisten, d. h. der jungen Parteigenossen von 18 bis 25 Jahren, insoweit Rechnung zu tragen, daß ihnen die Möglichkeit zur Bildung jungsozia-

listischer Gruppen im Rahmen der Parteiorganisation gegeben wurde. Das ist in einer Reihe von Orten geschehen. Die Jungsozialisten hatten eine Konferenz in Bielefeld, in der über Form und Inhalt der Bewegung diskutiert wurde, und in der ausgesprochen wurde, daß die Partei nicht genügend idealistischen Zug habe. Manche der dort erörterten kühnen Theorien können nicht den Beifall der durch lange Erfahrungen mehr kühl abwägenden älteren Genossen finden, da sie aber von dem Willen getragen sind, der großen Sache des Sozialismus zu dienen, wird eine Verständigung nicht schwierig sein.

Eine besondere Sektion in der Partei haben auch die Taubstummen gebildet. Ihr Wunsch sowie mehrere hier gestellten Anträge gehen dahin, möglichst von den Parteigenossen unterstützt zu werden. Der Parteivorstand befürwortet das.

Auf dem letzten Parteitag ist eine Verdoppelung unserer Mindestbeiträge beschlossen worden. Wir haben heute einen Mindestwochenbeitrag von 40 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder. Obgleich die Geldentwertung eine weitere Erhöhung rechtfertigen würde, will der Parteivorstand von dahingehenden Anträgen für dieses Jahr absehen. Da wir aber der Meinung sind, daß eine Erhöhung der Beiträge für die Erfüllung unserer Aufgaben nötig ist, erwarten wir von den Bezirken, daß sie die erforderlichen Erhöhungen durchführen.

Die Anträge 60 und 61 wollen die Herabsetzung der Beiträge für weibliche Mitglieder. Wir ersuchen Sie, diese Anträge abzulehnen.

Antrag 49 will, daß für die ländliche Bevölkerung niedrigere Beiträge festgesetzt werden sollen. Wir halten das nicht für angängig, zumal der Begriff „ländliche Bevölkerung“ nicht festumschrieben ist. Die Begründung, daß es dem ländlichen Proletariat schlechter gehe als dem Industrieproletariat, scheint auch nicht überall zutreffend zu sein. Wir bitten, auch diesen Antrag abzulehnen.

Das gleiche möchte ich von dem Antrag 58 sagen, der verlangt, daß Extrabeiträge den Bezirken voll verbleiben sollen. Der Parteivorstand kann dem nicht zustimmen. Von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen ist abzuführen. Nur in besonderen Fällen kann davon abgesehen werden.

Antrag 57 will einen einheitlichen Monatsbeitrag in einer Höhe, die über den gegenwärtigen Mindestbeitrag noch hinausgeht. Wir können einen einheitlichen Beitrag generell nicht beschließen, sondern müssen uns auf den Mindestbeitrag festlegen. Der gegenwärtige Mindestwochenbeitrag hat sich bewährt, und wir empfehlen daher, in diesem Jahre nichts daran zu ändern.

Zur Zusammensetzung des Parteivorstandes möchte ich bemerken, daß seit kurzem der Genosse Otto Braun, wieder in den Parteivorstand eingetreten ist. Er wurde im vorigen Jahre nicht wieder gewählt, weil er ein Staatsamt bekleidete. Nachdem das Staatsamt aufgehört hat, ist er zu unserer Freude wiederum in den Parteivorstand eingetreten. Die Möglichkeit dazu war im vorjährigen Beschluß ausdrücklich offengehalten.

Der Genosse Stellung, der im vorigen Jahre in den Parteivorstand gewählt wurde, mußte vorübergehend beurlaubt werden, weil er für einen Ministerposten in Mecklenburg benötigt wurde. — Die Wünsche, daß die Mitglieder des Parteivorstandes sich an der Außenagitation mehr beteiligen möchten, werden kaum noch laut werden, denn gerade im letzten Jahre haben sich die Mitglieder des Parteivorstandes stark an der Agitation im Lande beteiligt.

Ueber die Wirksamkeit der Zentrale für Beamtenorganisation, der Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Lehrer und des Bildungsausschusses teilt der schriftliche Bericht die notwendigen Einzelheiten mit. Diese Institute verursachen erhebliche Kosten, die aber getragen werden müssen.

Nicht geringe Aufwendungen erfordern auch die Presseorgane, die für diese verschiedenen Abteilungen notwendig sind. „Der freie Lehrer“ erforderte einen Zuschuß von 65 000 Mk., der aber in Zukunft geringer sein wird, weil das Blatt jetzt monatlich statt wöchentlich herausgegeben wird. Ebenso erfordern die „Arbeiterbildung“ und die „Neue Zeit“ Zuschüsse, die letztere sehr erhebliche. Wenn unsere wissenschaftliche Zeitschrift nur eine Auflage von 4000 hat, ist das nicht sehr befriedigend, es muß mehr Agitation für diese Zeitschrift entfaltet werden. Das gleiche gilt für die „Kommunale Praxis“, die eine Auflage von etwa 4000 hat. Bei der Zahl unserer im Kommunalleben tätigen Genossen ist das beschämend. Wir haben in den Stadtverordnetenversammlungen, Magistraten usw. etwa 45 000 Genossen und Genossinnen. Eine größere Verbreitung dieses Blattes ist eine zwingende Notwendigkeit. — Erheblich gesteigert, aber immer noch nicht zufriedenstellend, ist die Auflage der „Gleichheit“. Ihre Auflage hat sich seit dem letzten Jahre mehr als verdoppelt, aber trotzdem waren noch erhebliche Zuschüsse erforderlich. Auch hier ist eine intensivere Agitation nötig. Wenn unter den Mitgliedern das Bestreben besteht, die „Gleichheit“ obligatorisch einzuführen, so unterstützt der Parteivorstand das Bestreben durchaus. Er ist jedoch der Meinung, daß es nicht angebracht ist, für die Gesamtpartei den obligatorischen Bezug der „Gleichheit“ zu beschließen. Vielmehr empfiehlt es sich, in den einzelnen Bezirken oder für bestimmte Orte dieses durchzuführen; das sollte man aber den Bezirken überlassen.

Die „Arbeiter-Jugend“ hat sich entsprechend dem Aufschwung der Jugendbewegung ebenfalls günstig entwickelt. Für die Beamten wird seit der letzten Reichstagswahl ein Blatt herausgegeben, „Der freie Beamte“, das ebenfalls einen Zuschuß erfordert, aber für die Förderung der Beamtenagitation gute Dienste tut.

Ueber die Parteipresse im allgemeinen ist zu berichten, daß die Zahl unserer Presseorgane ungefähr die gleiche geblieben ist wie im Vorjahre. Mehrere Blätter mußten ihr Erscheinen einstellen; bei Neugründungen ist in den Vorjahren nicht immer mit der nötigen Vorsicht vorgegangen worden. Manches Blatt wurde mit großen Hoffnungen ins Leben gerufen, die aber später ins Gegenteil umschlugen.

Wir haben noch manches Sorgenkind unter den erscheinenden Blättern, das über Wasser gehalten werden muß.

Die Lage eines großen Teils unserer Druckereigeschäfte kann nicht als ungünstig bezeichnet werden. Soweit die notwendigen Existenzgrundlagen vorhanden sind und sie durch Neuanschaffungen und Vergrößerungen nicht zu sehr belastet waren, sind die Abschüsse unserer Betriebe als leidlich gut zu bezeichnen. Die Zeitungsverlage arbeiten meist nicht so günstig. Die hohen Papier- und sonstigen Untkosten werden durch die gesteigerten Abonnements- und Inseratenpreise meist nicht ausgeglichen. Es muß damit gerechnet werden, daß eine weitere Verschlechterung des Wirtschaftslebens die Lage der nicht besonders gut fundierten Geschäfte recht schwierig gestalten kann und daß deshalb, wo diese Möglichkeit irgend gegeben ist, für die notwendigen Rücklagen gesorgt werden muß.

Eine reifliche Uebersicht über die Zahl der Leser unserer Presse haben wir leider nicht. 11 Zeitungsunternehmen haben keine Auskunft darüber gegeben. Die verbleibenden 133 Zeitungen hatten am Jahreschluß eine Leserschaft von 1 238 608. Gegenüber dem Vorjahre kann man leider nicht von einer wesentlichen Steigerung sprechen.



### Nachmittagsführung.

Schriftführer sind: Broßwig-Frankfurt/Main, Bethge-Berlin, Pintert-Bresden.

Der Vorsitzende teilt den Eingang folgenden Telegramms mit:

Die besten Wünsche zu den Verhandlungen senden die treu zu der Republik stehenden Post- und Telegraphenbediensteten des Deutschen Reichsbundes. (Bravo!)

Zum

Bericht der Mandatsprüfungskommission erhält das Wort:

Kirchner-Altona: Es sind keinerlei Wahlproteste eingegangen. Deshalb konnte sich die Arbeit der Mandatsprüfungskommission lediglich auf die Feststellung der Anzahl der Mandate erstrecken. Eine Anzahl Parteigenossen, Vorstandsmitglieder und Mitglieder der Reichstagsfraktion haben ihr Mandat der Kommission bis jetzt noch nicht eingehändigt. Da wir aber über ihre Anwesenheit unterrichtet sind, haben wir sie als anwesend aufgeführt.

Nach unserem Organisationsstatut würden insgesamt 314 Delegierte auf dem Parteitag anwesend sein. Gemeldet sind nur 279, weil eine Reihe Organisationen ihr Delegationsrecht nicht in vollem Umfange ausnützten. Bisher sind 277 Delegierte eingetroffen. Von der Reichstagsfraktion sind von den 22 Gemeldeten 20 anwesend. Vom Parteivorstand sind von 17 16 anwesend, Genosse Heinrich ist durch Krankheit verhindert. Die Kontrollkommission ist in voller Stärke mit 9 Genossen vertreten. Vom Parteiausschuß sind von 41 Mitgliedern 39 anwesend. Von der Programmkommission sind von 5 Gemeldeten 4 anwesend, von der Redaktion, Referenten und sonstigen teilnahmeberechtigten Mitgliedern sind 11 anwesend, so daß der Parteitag insgesamt 376 Teilnehmer zählt. Da keine Proteste vorlagen, bitten wir, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Sämtliche Mandate werden hierauf gemäß dem Vorschlage des Berichterstatters für gültig erklärt.

Die Anträge Nr. 20 bis 27 werden genügend unterstützt.

Antrag 28 wird nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge Nr. 29 bis 32, Nr. 33, 36, 37 und 71 sowie die Anträge Nr. 34, 35, 38 und 39 werden ausreichend unterstützt.

Die Anträge 40 bis 56 werden gleichfalls genügend unterstützt, ebenso die Anträge 271, 274 bis 278, desgleichen die Anträge 283 und 284.

Die Unterstützung für die Anträge 300 und 301 reicht nicht aus.

Die Anträge 279 und 280 werden unterstützt.

Die Anträge 57 bis 61 werden nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 62 und 63 finden genügende Unterstützung. Die Anträge 64, 65, 66 und 68 werden nicht genügend unterstützt.

Antrag 69 findet genügende Unterstützung.

Antrag 70 wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 72, 80 bis 92 und 94 bis 99 finden genügende Unterstützung. Vorsitzender Wels: Wir kommen nunmehr zur Diskussion. Das Wort als erster Diskussionsredner hat Genosse Heinrich Schulz.

Heinrich Schulz-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte einiges zu dem kulturellen Aufgabentreis der Partei, besonders über unsere Bildungs- und Jugendbewegung sagen. Diese Aufgaben werden von den dafür geschaffenen Organen der Partei tatkräftig und sachgemäß erledigt. Die Anträge, die sich auf dieses Gebiet unserer Parteiarbeit beziehen, sprechen nicht gegen diese Auffassung. Der Zentralbildungsausschuß als die älteste organisatorische Ein-

richtung der Partei auf diesem Gebiet gibt der örtlichen Bildungsarbeit Richtlinien und bildet zugleich das organisatorische Zentrum für diese Arbeiten. Daneben hält er die Verbindung unserer Bildungsarbeit mit den bürgerlichen Bildungsorganisationen, soweit eine solche Verbindung zweckmäßig ist, aufrecht. Im übrigen herrscht in unserer Bildungsarbeit Mannigfaltigkeit und Bewegungsfreiheit. Sie richtet sich an den einzelnen Orten wesentlich nach den örtlichen Bedingungen.

In einer Reihe von Anträgen wird die Errichtung von Volkshochschulheimen verlangt. Unsere Parteigenossen beteiligen sich an den städtischen Volkshochschulen bereits in ausreichendem Maße, ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß sie bei diesen städtischen Volkshochschulen auch immer mit der nötigen Kritik dabei sind. Mit den Volkshochschulheimen, die wir nach dem nordischen Vorbild einzurichten haben, die also auch eine weltanschauliche Einstellung haben sollen oder haben können, hat die Partei jetzt auch einen Anfang gemacht. Seit einigen Wochen sind in einem kleinen Heim in Upland ungefähr 30 junge Genossen versammelt, die ganz im Sinne der nordischen Volkshochschulheime mit weltanschaulicher Einstellung unterwiesen werden. Der Wunsch, der in den Anträgen zum Ausdruck kommt, ist also bereits erfüllt. Ich möchte bitten, die dahingehenden Anträge zusammen mit den Anträgen, die sich auf die Wiedererrichtung der Parteischule beziehen, dem Zentralbildungsausschuß zu überweisen. Die Frage einer etwaigen Wiedererrichtung der Parteischule kann nicht von heute auf morgen durch einen Parteibeschluß beantwortet werden; sie hängt von einer Reihe von Neben Umständen ab; sie ist im Zentralbildungsausschuß sachgemäß aufgehoben.

Im vorigen Jahr machte sich eine Zusammenberufung der Bezirksbildungsausschüsse notwendig, um uns wieder einmal in diesen engeren Kreisen von Funktionären über organisatorische Maßnahmen zu verständigen. Da gleichzeitig aus den Kreisen der parteigenösslichen Lehrer der Wunsch laut wurde, sich einmal auf einem sozialdemokratischen Lehrertag zu treffen und dadurch das innere Zusammengehörigkeitsgefühl und die Kampfraft der sozialdemokratischen Lehrer zu stärken, da außerdem auch in den Reihen unserer Jugendlichen der Wunsch laut wurde, sich in einer Führerausprache über wichtige Probleme unserer Jugendbewegung zu verständigen, entschlossen wir uns unter Zustimmung des Parteivorstandes, nach Dresden einen sozialdemokratischen Kulturtag einzuberufen, der in den Ostertagen stattgefunden hat. Er war der erste seiner Art. Alle Teilnehmer waren darin einig, daß es eine außerordentlich gelungene und nützliche Veranstaltung gewesen ist, sowohl in ihrem äußerlichen Verlauf, als auch in den inneren Ergebnissen, daß diese Veranstaltung unsere Arbeitsfreudigkeit auf kulturellem Gebiet wesentlich gesteigert hat. Es ist durchaus zu erwägen, zu passender Zeit eine Wiederholung dieses Kulturtages vorzunehmen und dabei vielleicht eine bestimmte, besonders zeitgemäße Aufgabe unserer kulturellen Betätigung in den Mittelpunkt zu stellen. Hauptächlich war diese Zusammenkunft für unsere parteigenösslichen Lehrer wertvoll, die in einer Zahl von über 400 auf eigene Kosten nach Dresden geeilt waren und dort an innerer Kraft zur Überwindung innerer und äußerer Widerstände gewonnen haben. Es ist ein Sonderfall in der Partei, daß eine Berufsgruppe besonders organisiert wird. Eine solche Organisation von Parteigenossen nach Berufen wäre — besonders in diesem Falle — unerträglich, wenn sie dazu dienen würde, etwa die besonderen Interessen der Lehrer innerhalb der Sozialdemokratie zu vertreten. Ein parteigenösslicher Lehrer hat in diesen Tagen hilfesuchend zu mir gesagt, die Partei müsse sich mehr um die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer kümmern. Umgekehrt muß es heißen: die

Sozialdemokratische

Deutschlands

Partei Vorstand

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer muß an allen Orten, wo sie existiert, sich gründlich um die Partei kümmern. (Sehr richtig!) Eine Sonderorganisation sozialdemokratischer Lehrer hat nur ein Daseinsrecht innerhalb der Partei, wenn sich die Lehrer auf Grund ihrer besonderen Berufseignung in besonderem Maße um bestimmte Parteaufgaben, um die Bildungs- und Jugendbewegung, um die schulpolitischen Aufgaben der Partei verdient machen. Durchweg hat sich die Arbeitsgemeinschaft in diesem Sinne entwickelt, wenn auch nicht überall. Das Problem für die Lehrer muß nach meiner Auffassung heißen, daß sie nicht zuerst Lehrer sein müssen und daneben Sozialdemokraten, weil sie glauben, daß ihre Lehrerinteressen in der Sozialdemokratie am besten gefördert werden, sondern die Lehrer in der Partei müssen wie alle übrigen Mitglieder zuerst grundsätzlich und aus Ueberzeugung und ohne Vorbehalt Sozialdemokraten sein. (Lebhafte Zustimmung.) Um so mehr werden sie damit ihren besonderen Schul- und Lehrerinteressen nützen.

Das Herz wird einem warm, wenn man den Blick auf unsere Jugendbewegung lenkt. Unsere Jugendbewegung ist durch mancherlei Irrungen und Wirrungen hindurch jetzt auf einen guten und soliden Weg gekommen. Sie war in den ersten Jahren vielleicht mehr Arbeiter- als Jugendbewegung; jetzt aber ist sie durch inneres Ringen und äußere Erfahrungen zum Kern des Jugendproblems durchgedrungen; jetzt ist sie bewußt Jugendbewegung und ebenso bewußt, was uns besonders freut, Arbeiterjugendbewegung. Das große Vertrauen, das wir unserer Jugendbewegung aussprechen konnten, ist, wie mir scheint, besonders augenfällig auf der letzten Tagung in Bielefeld dadurch zum Ausdruck gekommen, daß der bisherige erwachsene Vorhänger des Verbandes der Arbeiterjugendvereine den Vorsitz getrost in die Hände eines Jugendlichen legen konnte, eines Mannes, von dem ich glaube, daß er so eigentlich der Ausdruck unserer jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Unsere Arbeiterjugendbewegung hat eine klare Stellung nach rechts und nach links. Nach rechts zieht sie die Scheidelinie dadurch, daß unsere Arbeiterjugend bewußt und gewollt auf dem Boden der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Weltanschauung steht. Nach links zieht sie die Scheidelinie dadurch, daß sie wiederum bewußt erzieherische Jugendbewegung ist. Sie hat den Willen zur Selbsterziehung. Das bitte ich die erwachsenen Parteigenossen genügend zu beachten. Das heißt nicht, daß der Erwachsene aus dem Kreise unserer Jugendlichen verschwinden soll; der Jugendliche sucht den erfahrenen älteren Freund; oder der Erwachsene darf nicht als ein Aufsichtsbeamter oder ein Schulmeister bei den Jugendlichen erscheinen. Schwierigkeiten, die wir früher auf diesem Gebiet hatten, werden erfreulicherweise von Jahr zu Jahr dadurch geringer, daß immer mehr die Erwachsenen, die den Jugendlichen helfen, ehemalige Jugendliche sind, die die seelische Verfassung der Jugendlichen kennen. Weimar hat im vorigen Jahr die Pforte zu einer neuen Phase unserer Jugendbewegung eröffnet, und Bielefeld war der lebendige Beweis dafür, daß der neue Weg der rechte war. Im Geiste waren die über zehntausend Jugendlichen, die in Bielefeld versammelt waren, vollkommen einig. Ich würde eine Unterlassungssünde begehen, wenn ich nicht mit kurzen Worten der geradezu rührenden, opferfreudigen Gastfreundschaft unserer Bielefelder Parteigenossen und -genossinnen gedenken würde, die diese zehntausend Jugendlichen in der fürsorglichsten Weise verpflegt und beherbergt haben. (Bravo!) Wenn dieser Tage von Dänemark die Anregung kam, ob nicht auch gelegentlich einmal dänische Kinder und Jugendliche nach Deutschland kommen könnten, so können wir nach diesem schönen Beweis der Bielefelder Solidarität und Gastfreundschaft ruhig unseren dänischen Freunden sagen: es wird uns eine Ehre und Freude sein, wenn wir auch dänische Kinder in Deutschland begrüßen können. Unsere Jugendbewegung

ist Jugendbewegung und nicht eine Rekrutenbewegung für die Sozialdemokratie. Früher waren wir durch Gesetze gezwungen, unpolitisch zu sein. Heute liegt dieses Hindernis nicht mehr vor, aber heute wie damals sagt uns pädagogische Einsicht, daß der Weg zu freier, parteipolitisch nicht gebundener Entwicklung für unsere Jugendlichen der einzig richtige ist. Wir sollen nicht Sorge haben um unsere Jugend, sondern Vertrauen zur Jugend ist das Entscheidende. Wir dürfen unsere Jugend nicht in organisatorische Fesseln schnüren und ihr nicht mit erkältendem Mißtrauen begegnen, sondern Vertrauen müssen wir haben, Vertrauen auf die Werbekraft des Sozialismus und Vertrauen auf unsere Jugend.

Dieses Vertrauen erbitte ich auch für unsere Jungsozialisten. Hier liegt das Problem schwieriger. Während wir in unserer Arbeiterjugendbewegung durch die Krisen des Anfanges hindurch sind, steckt unsere jungsozialistische Bewegung mitten darin. Sie ist nicht mehr eine Jugendbewegung; aber die Jungsozialisten wollen sich auch noch nicht so recht in das Geschirr der politischen Organisation der Erwachsenen einfügen. Der Sinn unserer Jungsozialisten und Jungsozialistinnen schweift suchend in die Weite und verliert dabei oft ein bißchen den Blick für die Realitäten des Tages. Der Jungsozialismus mag hier und da dem älteren Parteigenossen unbequem werden; aber eine Partei wie die Sozialdemokratie, die um die Zukunft ringt, darf vor solchen Unbequemlichkeiten nicht erschrecken. Das Problem des Jungsozialismus hat ein doppeltes Gesicht: handelt es sich dabei um junge Sozialisten oder um jungen Sozialismus? Vielleicht oder wahrscheinlich um beides. Die Jungsozialisten wollen sich zusammensuchen, weil sie glauben, in ihrem engeren Zusammenschluß bei ihrer inneren seelischen und geistigen Struktur sich besser zu verstehen und sich vertrauensvoller über die großen weltanschaulichen Fragen des Sozialismus auszusprechen zu können. Aber wenn so ernst um wertvolle sachliche Probleme gerungen wird, dann müßte es doch sonderbar sein, wenn ein derart ernstes und wertvolles Ringen nicht auch wiederum dem Sozialismus zugute kommen und ihn erfrischen und ergänzen sollte. Die Partei soll sich freuen, wenn sie ständig eine Auffrischung von unten her, von der Jugend, hat.

Eine Lücke in der Organisation unserer kulturellen Arbeiten soll jetzt geschlossen werden. Es ist beabsichtigt, die Sorge um die Kinderfürsorge zu einer gemeinsamen Angelegenheit der Bildungsausschüsse, Jugendvereinigungen, der Lehrer und der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zu machen. Die Gesamtorganisation soll den Namen „Kinderwohl“ führen.

Eine Lücke scheint mir noch vorhanden zu sein, die aber auch geschlossen werden müßte. Die wissenschaftliche Forschung haben wir stets geschützt und das freie künstlerische Schaffen gefördert, wo immer es in unserer Macht lag. Wir haben aber auch die Verpflichtung, für die wissenschaftliche Vertiefung und Auswertung des Sozialismus selbst zu arbeiten. Jetzt ist diese Aufgabe mehr oder weniger dem Zufall überlassen, der einzelne muß neben seiner sonstigen Arbeit wissenschaftliche Arbeit leisten, und für viele derartige Arbeiten fehlt das Geld. Alle wissenschaftlich arbeitenden Persönlichkeiten innerhalb der Sozialdemokratie sollten sich deshalb zu einer Gemeinschaft zum Studium und zur Anwendung des Sozialismus zusammensuchen. Es müßte sich um eine Art Gelehrtenrepublik mit Selbstverwaltung innerhalb der Partei handeln. Für wissenschaftliche Forschung stellt auch der Staat Mittel zur Verfügung, für notwendige wissenschaftliche Arbeiten für den Sozialismus fehlt dafür aber noch die organisatorische Voraussetzung, wie sie sich z. B. der Katholizismus in der Görresgesellschaft geschaffen hat. In Hamburg hat ein Parteigenosse eine wertvolle Arbeit über das Recht der Revolution als Doktorarbeit verfaßt, deren außergewöhnlich hoher wissenschaftlicher Wert von der rechts- und der

staatswissenschaftlichen Fakultät der Hamburger Universität dadurch anerkannt worden ist, daß sie die Mittel zur Verfügung gestellt hat, um die Arbeit zu drucken. Andernfalls hätte sie nicht veröffentlicht werden können. Es gibt eine Fülle solcher Aufgaben, die nach wissenschaftlicher Behandlung drängen. Ich würde mich freuen, wenn meine Anregung verwirklicht werden könnte.

Wir stehen am Anfang einer politischen Aussprache, deren Verlauf und Ergebnisse für unsere Partei und das deutsche Volk und weit darüber hinaus von großer Bedeutung sind. Es will mir scheinen, als müßten wir auf diesem Parteitag endlich entschlossen den Schritt von der resolutionsfreundigen Theorie zur revolutionsichernden Praxis machen. Diese Praxis darf aber nicht wieder in dröhnenden Worten, sondern sie muß in Taten, oft vielleicht recht unscheinbaren und nüchternen Taten, bestehen. Aber mit solchen Taten, mit denen wir die Demokratie sichern, sichern und fördern wir auch die deutsche Kultur. Nicht als ob Kultur erst möglich wäre durch Demokratie und Sozialismus! Wir stehen voller Achtung, Freude und Andacht vor den Ergebnissen der Kultur früherer Zeiten, wenn uns ihr Ideengehalt auch oft fremd gemorden ist. Die bisherige Kultur ist aber auf einen kleinen Bruchteil des Volkes beschränkt geblieben, die Aufgabe der Demokratie und des Sozialismus besteht darin, den Kreis derjenigen, die die Kultur schöpferisch fördern und die sie bewußt und freudig genießen können, zu erweitern. Gerade weil Deutschland auf Machtpolitik und kriegerischen Ehrgeiz verzichten muß, sollte es um so freudiger am Wettkampf der Kultur teilnehmen, der alle, die dabei mitwirken, bereichert und erfrischt. (Lebhafter Beifall.)

**Marxwald-Frankfurt a. M.:** Ich habe gehört, daß Genosse Krüger die „Frankfurter Volksstimme“ heftig angegriffen haben soll, während ich in der Programmrevisionskommission zu tun hatte. Er soll uns als altmodisch und schwammig bezeichnet haben, weil wir uns gegen das Verbot kommunistischer Blätter gewandt haben. Wir sind stolz darauf, so altmodisch zu sein, gestützt auf das Vertrauen der gesamten Frankfurter Arbeiterschaft. (Krüger: Ich habe davon gar nicht gesprochen!) Zu den Grundsätzen der Partei gehört nicht, daß man Zeitungen verbietet. Ich bin für den schärfsten Klassenkampf gegen die Reaktion. Wenn man aber nur dafür sorgt, daß der „Miesbacher Anzeiger“ nunmehr in sämtlichen Zeitungskiosken der Welt zu haben ist, kann ich darin einen besonders wirkungsvollen Kampf gegen die Reaktion nicht erblicken. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß man das Verbot der deutschnationalen Hefepresse vielleicht rechtfertigen kann, weil diese Presse jede Gewalttätigkeit anstiften kann, da die Klassenjustiz ihr nichts tut. Wenn man einen Kampf gegen die Reaktion führt, verbietet man nicht ein kommunistisches Winkelblättchen, das in Frankfurt unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint und von der Klassenjustiz hart bestraft wird, wenn es die Preßgesetze verletzt. Die Regierung muß prüfen, was im Interesse des Proletariats liegt. Wenn wir verhindert haben, daß die Kommunisten auf eigene Faust vorgehen, und wenn dann in demselben Augenblick Klame für solche Blättchen gemacht wird, kann man das vom Standpunkt eines verständigen Kampfes weder gegen die Reaktion noch gegen die Kommunisten rechtfertigen.

Dann soll die „Volksstimme“ schwammig sein. Da muß sie doch das Wohlgefallen des Genossen Krüger erregen, denn wer uns solche Resolution vorschlägt, wie die über die Regierungsbildung, muß für schwammige Dinge eine besondere Vorliebe haben. Die Resolution ist nur eine geschickt in Szene gesetzte Vorbereitung für die Regierung mit der Volkspartei. Wir haben seit der Revolution sehr schöne Regierungsprogramme erlebt und wären dankbar, wenn die zum Teil sehr sozialen Forderungen der schlechtesten Regierung, die wir hatten, auch nur der Regierung Fehrenbach, durchgeführt worden wären. Man erzählt hier,

es sei ein Irrtum, das Stinnes zum rechten Flügel der Volkspartei gehört; er gehöre zum linken Flügel. Ich glaube, daß er klug genug ist, sich zum linken Flügel zu rechnen, weil er weiß, daß er auf Grund seiner Macht dafür sorgt, daß die Volkspartei alle arbeiterfreundlichen Forderungen sabotieren wird, die sie unterschreibt. Der Gedanke, auch mit dem Zentrum und Demokraten keine Regierung zu bilden, scheint mir sehr diskutabel zu sein. Aber Zentrum und Demokraten können so und auch anders. Die Volkspartei kann aber nicht anders, als absolut arbeiterfeindlich regieren. Was soll es heißen: Aufbringung der durch den Friedensvertrag bebängten Lasten, in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes? Die Herren haben uns wiederholt dargelegt, daß der Besitz schon so weitgehend wie möglich herangezogen wird. Sie können also die sogenannte „Bebingung“ der Resolution annehmen.

Genosse Krüger hat sich theoretisch für die Einigung mit den Unabhängigen erklärt und gemeint, diese Einigung würde kommen, wenn die Unabhängigen dazu durch ihre Parteigenossen gezwungen werden. Es ist die Frage, ob wirklich nur die Unabhängigen an dem Streit schuld sind. Wir müssen ihnen einen Weg zeigen, auf dem die Einigung möglich ist, dabei darf aber kein Opfer der Überzeugung seitens unserer Partei gebracht werden. Der Frankfurter Antrag ist der einzige, der zeigt, wie die Einigung mit den Unabhängigen möglich ist. Wir verlangen nichts weiter, als was in unserer Partei stets von jedem Parteigenossen verlangt worden ist und verlangt wird. Wir verlangen das Recht der freien Meinungsäußerung und unterwerfen uns dem Beschlusse der Mehrheit. Der Alb, der auf den Herzen unserer Parteigenossen lastet infolge des Streites mit der U.S.P., muß beseitigt werden (Sehr richtig!), so daß sie mit Begeisterung an die Arbeit gehen können.

Ich komme nun zur Begründung unseres Antrages bezüglich der Volksabstimmung. Am 17. Juli hat der sozialdemokratische Bezirksvorstand für Hessen-Nassau denselben Antrag an den Parteivorstand gestellt, wurde aber einer Erwiderung nicht gewürdigt. Fast an jedem Tage wurden durch irgendein sozialdemokratisches Blatt Fälle standalöfester Klassenjustiz gebrandmarkt. Entwürfskanonaden haben keinen Sinn, so lange wir nicht die Macht haben, Gesetze zur Anwendung zu bringen, die diese Klassenjustiz beseitigen. Die Beseitigung der Klassenjustiz ist reif für die Volksabstimmung. Ich bin schon zufrieden, wenn diejenigen Forderungen, über die wir alle einig sein werden, ein Knoten, das die schlimmsten Mißstände beseitigt, der Volksabstimmung unterworfen wird. Vor allem verlangen wir die direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen. Der Reichsjustizminister hat sich für die Wahl von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen ausgesprochen, er hat aber gar keinen Einfluß darauf. Er hat die Richter aufgefordert, dafür zu stimmen, die Richter sind aber keinem Befehl unterworfen. In einem Brief eines aufsichtführenden Amtsrichters an den Frankfurter Magistrat wurde u. a. gesagt: „Bei der Auslösung der Schöffen und Geschworenen ist keine Person in Vorschlag gebracht worden, die der aderbaureibenden Bevölkerung angehört. Dagegen wurde von einzelnen Vertrauensmännern eine große Anzahl Fabrikarbeiter benannt. Diese einseitige Behandlung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe entspricht nicht dem Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes.“ Weiter heißt es: „Bei der Auswahl des Vertrauensmännerausschusses für das nächste Jahr erjuche ich auf Abstellung dieses Mangels hinzuwirken zu wollen.“ Der Magistrat Frankfurt wird diesen unverschämten Brief mit Verachtung strafen, aber Arbeiter als Schöffen und Geschworene bekommen wir damit noch lange nicht. Nur ganz vereinzelt waren Arbeiter in Frankfurt als Schöffen und Geschworene gewählt worden.

Die Zivilgerichtsbarkeit ist nicht ganz so schlimm. Aber erst in den letzten Tagen ist es in Reuß vorgekommen, daß durch zivilrichterlichen Befehl Streit-

posten stehen verboten wurde. Wir müssen also verlangen: Wahl von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen, Abschaffung der Strafkammern, große Schöffengerichte, Beteiligung der Geschworenen bei der Straffestsetzung, Verweisung aller Zivilprozesse, die den Arbeiter im Arbeiterverhältnis berühren, vor das Gewerbegericht. Hier müssen wir uns an das Volk wenden.

Wir verlangen auch die restlose Enteignung des Hohenzollernvermögens. Wenn die preussische Regierung gar nichts bewilligt, wird Wilhelm II. das preussische Land verklagen, und die Richter des Kaisers beim Reichsgericht werden festsetzen, wieviel Hunderte von Millionen zu zahlen sind. Gegenüber den monarchistischen Bestrebungen in Deutschland scheint es mir nötig zu sein, ein deutliches Wort gegen die Monarchie zu sprechen und die Massen gegen den Monarchismus aufzujagen, indem wir ihnen zurufen: Keinen Pfennig mehr für die Hohenzollern! Wir halten es für nötig nicht nur deshalb, damit nicht Wilhelm II. übermäßig Geld verbubeln kann. Wir haben ja im „Vorwärts“ gelesen, daß jetzt noch der Ertrag zahlreicher Güter, die früher dem Hohenzollernhause gehörten, steuerfrei nach Holland wandert. Wir müssen alle gesetzlichen Mittel dagegen in Anwendung bringen, damit nicht noch mehr Geld ausgegeben werden kann, um deutsche nationale Mörder zu bingen. (Beifall.)

**Essen-Breslau:** Die Breslauer Parteigenossen teilen den Standpunkt der Frankfurter in der Frage der Regierungskoalition. Sie können es nicht verstehen, wenn mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei von der Sozialdemokratie eine Koalition eingegangen würde. Sie sind der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen ist. (Sehr richtig!) Es genügt uns nicht, wenn die Volkspartei erklärt, daß sie auf dem Boden der Demokratie und der Verfassung steht. Auch Kapp hat erklärt, daß er die Weimarer Verfassung respektiere, und es hat außer Sinnig keinen Sozialdemokraten gegeben, der sich deswegen mit Kapp in eine Koalition eingelassen hätte. Ich glaube nicht, daß es möglich wäre, mit der Deutschen Volkspartei die Grundforderungen durchzusetzen, die für eine Regierungsbildung von Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiausschuß in der vorliegenden Resolution vorgeschlagen worden sind. Man kann die Volkspartei dazu bringen, daß sie sich zur Republik bekennt. Sie würde auch erklären, daß sie sich verpflichtet, die Republik zu verteidigen. Aber im Innern muß sie monarchistisch sein, weil ihre Wähler sonst davonlaufen würden. Die Deutsche Volkspartei würde ihre eigene Existenz verleugnen, wenn sie republikanisch würde. (Zuruf: Wie ist es denn mit dem Zentrum?) — Das Zentrum hat seit der Revolution doch wohl, das sagt der Name Erzberger, durch die Tat bewiesen, daß es republikanisch zu handeln versteht. (Widerspruch.) Zentrum und Demokraten sind uns gleichfalls nicht sympathisch, wir haben aber nicht die Wahl, ob wir das Zentrum oder die Deutsche Volkspartei haben wollen. Sonst flehe sich vielleicht über die Koalition mit ihr streiten. So verbreitern wir die bürgerliche Fronde gegen uns. Selbst als wir im Preußencabinet den Genossen Severing als Innenminister hatten und bloß mit Zentrum und Demokraten zusammenjagen, entbrannte über jede Personalangelegenheit ein schwerer Kampf. Severing hat uns damals — das soll kein Angriff gegen ihn sein — nach Breslau einen Polizeipräsidenten von so reaktionärem Kaliber schicken müssen, daß ihn sogar Dominicus jetzt beseitigen mußte. Wenn wir mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung sitzen, wird die Demokratisierung der Verwaltung schon gar nicht durchzuführen sein.

Glauben Sie, daß mit der Deutschen Volkspartei zusammen die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane durchzuführen ist? (Zurufe: Niemals!) In der Deutschen Volkspartei sind der General von Schoch und der

Admiral von Brüninghaus, Leute, die sich in nichts von einem waschechten Deutschnationalen unterscheiden. Wollen Sie mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Politik der Völkerverständigung treiben? Ist nicht Herr Stresemann der Typus eines Mannes vom Jahre 1914? Diese Leute werden sagen: Wir sind für eine Politik der Völkerverständigung, aber tatsächlich werden sie uns das unmöglich machen, was in dieser Richtung getan werden muß. Wenn die Deutsche Volkspartei ehrlich an die Erfüllung dieser Forderungen ginge, würde sie jedenfalls viele Wähler verlieren, die weiter nach rechts gehen würden. Wir würden eine viel stärkere Deutschnationale Partei bekommen und würden uns nach den nächsten Wahlen unterhalten müssen, ob man nicht mit dem linken Flügel der Deutschnationalen zusammen in einer Regierung sitzen will. (Heiterkeit.)

Es ist gesagt worden, die Unabhängigen würden uns keine Schwierigkeiten machen, wenn wir uns mit der Deutschen Volkspartei zusammensehen, daß keine Gefahr bestände, daß die sich anbahnende Einigung der Arbeiterklasse irgendwie dadurch gestört würde. Ich kann das nicht kontrollieren. Aber ich weiß, daß es den Unabhängigen, wenn sie das machen, mit ihren Wählern so gehen wird, wie es der Deutschen Volkspartei mit ihren Wählern gehen wird. Die Massen der Unabhängigen werden nach links abwandern. Wir werden eine Radikalisierung der Arbeiterschaft bekommen, die eine gedeihliche Politik hindert und eine organische Einigung überhaupt unmöglich macht. (Sehr richtig!) Da gerade der Gedanke der Einigung ausschlaggebend für unsere gesamte Politik sein muß, bitte ich Sie, den Änderungsanschlägen zur Resolution 304 die Zustimmung zu geben. (Bravo!)

**Elfenbarth-Hamburg:** Wenn wir mit so taktischem Geschick wie der letzte Redner über die Regierungsbildung weiter reden, werden wir der Sache wohl nicht näher kommen. (Sehr gut!) Notwendig ist, daß wir als größte politische Partei so viel Macht in der Reichsregierung und in den Gliedstaaten erringen, wie wir erreichen können. Man soll nicht so viel darum herumreden, sondern handeln und sehen, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben.

Seit den letzten drei Jahren haben wir einen einzigen Gedanken auf den Parteitag immer wieder erörtert: Wie sichern wir den Schutz der Republik und der Verfassung? Wie ist es möglich, das Staatswesen so zu festigen, daß wir die Angriffe der Rechtsparteien abwehren und das herbeiführen können, was in Weimar gesagt worden ist: Wenn sie einmal wieder das Haupt erheben, werden wir sie abfertigen, daß sie das Wiederkehren für alle Zeiten vergessen! Es steht aber nicht danach aus, daß eine solche Abfertigung vorgenommen werden könnte.

Zwei Gründe sind für unsere Schwäche maßgebend: die unselbige Zersplitterung der Arbeiterschaft und unsere Vertrauenslosigkeit, unsere Duldbarkeit, unsere jämmerliche Schwachheit. (Sehr gut!) Nicht Entschließungen, sondern nur Taten können uns weiterhelfen. Die Schiffe auf Erzberger haben es fertig gebracht, daß die Republikaner sich am 31. August in großer Erregung in allen Gauen zusammengefunden haben. Man hat Entschließungen gefaßt und die Demokratisierung, die Entfernung der reaktionären Beamten, die Säuberung der Justiz usw. gefordert. Wenn es aber nicht gelingt, den Willen der Massen in die richtigen Kanäle zu leiten, dann verpufft die Aktion. Auch nach dem Kapp-Putsch wurde viel versprochen, und in Wirklichkeit sind die militärischen Führer die Treppe heraufgefallen. (Sehr richtig!) Wir haben damals den Rückschlag bei den Reichstagswahlen erlebt, nicht zuletzt bei dem Teil unserer Wählerschaft, der sich nur nach der Macht richtet, bei den Beamten.

Müller hat uns gestern in seiner Kampfansage gegen die Deutschnationalen einige Sätze entgegengeschleudert, wie wir uns die weiteren Verhältnisse

denken. Freilich, wenn die Reichs- und Landesregierungen die Sache so auffassen, daß es nur mit dem Befehlen irgendeines Postens geschehen ist, um den Bestand der Republik zu sichern, dann gehen wir einer trostlosen Zeit entgegen. Zur Sicherung der Republik müßte noch viel mehr geschehen.

Vor zehn Tagen haben die drei Hansestädte den Generalstaatsanwalt Dr. Schön in den Ruhestand versetzt, der durch seine Handlungen kundgegeben hat, daß für ihn die republikanischen Organe ein öffentliches Vergernis sind. Zweifellos besteht das Recht aller Landesregierungen, Oberpräsidenten, Landräte, Staatsanwälte usw. als politische Beamte in den Ruhestand zu versetzen. Wenn das öfter geschieht, können wir sicher sein, daß man allmählich Vertrauen zu uns gewinnt. Zweifellos ist es schwer, Regierungsräte und Oberregierungsräte zu entfernern. Kann man das nicht, ist es Pflicht unserer Genossen in den Ministerien und Landesregierungen, sie so unterzubringen, daß sie kein Unheil anrichten können.

Müller und Krüger haben von der höchsten Marmbereitschaft gesprochen. Nach meinem Dafürhalten gehört aber dazu eine gewisse Organisation und ein Zusammenfassen der republikanischen Kräfte. Wir haben nach dem Kapp-Putsch in unheilvoller Weise auf unseren Vorbeeren uns ausgeruht, länger als es nötig war. Wir müssen alle Gegenmaßnahmen treffen und den Ereignissen voraus-eilen. Wir müssen Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Provinzen bilden, in denen sich diejenigen tatkräftigen Genossen befinden, die willens sind, mit allen Mitteln sich für die Republik einzusetzen. Es müßte bei dieser Tagung möglich gemacht werden, daß die Landsmannschaften einmal zusammenkommen und darüber beraten. Wir wissen gar nicht, wie schwach oder wie stark wir sind. Wir glauben immer: Wenn die Sache an uns herantritt, dann haben wir wieder das berühmte Schwein wie beim Kapp-Putsch. Auf dieses Glück dürfen wir uns nicht verlassen. (Sehr richtig!) Die Marmbereitschaft kann auch im entscheidenden Augenblick versagen, wenn in den einzelnen Ländern nicht das Nötige getan wird, um dafür zu sorgen, daß jeder Mann an die richtige Stelle kommt. (Sehr richtig!)

Den Lieferungsstreik kann man nicht in der Weise abtun, wie es gestern abend geschah. Gewiß werden die Deutschnationalen in den Großstädten auch hungern. Aber wir müssen die Abwehr des Lieferungsstreiks in den agrarischen Provinzen vorbereiten, mit den Städten in Verbindung treten, müssen mindestens dafür sorgen, daß gewisse Kreise in der Partei davon Kenntnis haben. Wenn wir in Bayern den Kahr-Saufall reinigen wollen, dann kann das nicht allein durch die bayerischen Genossen geschehen, sondern zu dieser ungeheuren Arbeit bedürfen sie der moralischen Unterstützung der gesamten Parteigenossen Deutschlands. (Bravo!)

**Brohmig-Frankfurt a. M.:** Die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands wartet darauf, daß der Görlicher Parteitag nicht ein Parteitag der Rede, sondern der Tat sein wird. Unsere Vorbereitung für die Partei hängt aufs engste mit der Politik zusammen, die unsere Partei treibt.

Wenn heute vormittag Genosse Krüger scharfe Worte gegen Frankfurt am Main gesprochen hat, so möchte ich folgendes sagen: Wenn es wahr ist, daß der Erfolg einer Vorbereitung zum Teil von der Politik abhängig ist, so kann die Politik in Frankfurt schon deshalb nicht schlecht sein, weil das verfloßene Jahr ein außerordentlicher Erfolg für Frankfurt war. Wir haben einen Mitgliederzuwachs von 3000 gehabt. Ein lebhaft pulsierendes Parteileben ist in Frankfurt am Main vorhanden. Es gibt in Frankfurt keine Parteigenossen, der auch nur einen Finger breit von den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus abweichen wollte. Es gibt aber eine Anzahl Genossen, die der Meinung sind, daß das von der Partei nicht immer eingehalten worden ist, was Genosse

Krüger heute in den Vordergrund stellte, nämlich eine klare, konsequente Politik zu treiben und dadurch innerhalb der leider gespaltenen Arbeiterbewegung den Gesundungsprozeß fördern zu helfen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Wir ist aufgefallen, daß Genosse Krüger Kritik für angebliches Ueber-schwemmen nach links, aber kein Wort der Verurteilung für die Art gefunden hat, wie unsere Parteigenossen immer wieder gegen den Willen der großen Mehrheit der Partei nach rechts hinüberschießen. (Beifall.) Die Parteigenossen im Lande haben sich mit gewaltiger Mehrheit im Laufe der letzten Monate gegen jedes Zusammengehen mit rechts ausgesprochen. Auch in bezug auf die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen hätte Genosse Krüger einmal einen eindeutigen Sirich machen und sagen müssen: hier kann der Parteivorstand nicht mehr mitmachen; wir wollen nicht nach links, aber auch nicht nach rechts. Unsere Agitation wird uns erschwert, wenn uns überall in den Betrieben vorgehalten wird: im „Generalanzeiger“ oder im „Tag“ oder in einem Stinnesblatt schreiben hervorragende Parteigenossen über taktische Parteifragen. Diese Dinge müssen natürlich verurteilt werden.

Krüger hat gesagt, daß die Schreibweise des verbotenen Frankfurter „Kommunist“ gebilligt worden wäre. Das muß ich berichtigen. Ich habe gesagt: gegen die Schreibweise der rechtsstehenden Heftblätter ist die Schreibweise dieses kommunistischen Organs das reine Kinderspiel, und daraus habe ich bestimmte Folgerungen gezogen.

Wir müssen zur Tat übergehen und einmal versuchen, das durchzuführen, was unbedingt zum Schutz der Republik notwendig ist. Soll die Sprache, die am 31. August fast in unserer gesamten Parteipresse gesprochen worden ist, heute schon vergehen sein? Dort wurde in der rabidesten Weise verlangt, daß wir nun zur Tat übergehen. Nach links einen Schritt zu tun, der übrigens niemals getan worden ist, das ist natürlich ein Vergehen; aber nach rechts scheint es erlaubt zu sein. Das ist ein Unrecht in der Beurteilung der ganzen Parteitaktik.

In der Frage der Einigung möchte ich warnen, etwa ein Rechenexempel aufzumachen. Die Sache steht uns viel zu hoch, als daß wir durch kleinliche Rechenexempel abwägen wollten, was wir durch die U.S.P. und K.P.D. zu verdienen hätten oder nicht. Nein, was in den Herzen der Arbeiter als Sehnsucht zum Ausdruck kommt, das ist die große, geschlossene Bilanz der Arbeiterklasse, das ist vor allen Dingen auch die Gewinnung der großen Masse der politisch Indifferenten, das ist die Tatsache, daß wir von 9 Millionen Gewerkschaftlern noch 7 Millionen haben, die keiner politischen Organisation angehören. Diese Millionen für den politischen Kampf zu gewinnen, darin liegt das Kernproblem. Ich bin selbstverständlich gegen jede Regierungsverbindung mit der Deutschen Volkspartei. Die vorgelegte Resolution ist ganz unannehmbar. Wir können vielleicht rechts ein wenig gewinnen, würden aber auf der anderen Seite sehr viel verlieren, so daß wir auf keinen Fall darauf eingehen könnten. Ich unterstreiche, was meine Vorredner in dieser Beziehung gesagt haben: wenn der Parteitag in diesem Sinne beschließen würde, dann könnten wir frohgemut nach Hause gehen, dann würde unsere ganze Agitation einen neuen Aufstakt bekommen. (Bravo!)

**Dr. Knack-Hamburg:** Ich begrüße es auf das lebhafteste, wenn Genosse Schulz hier die Forderung aufgestellt hat, daß wir baldmöglichst zu einem Zusammenschluß aller wissenschaftlichen Kreise in unserer Partei kommen zur Bearbeitung des Sozialismus und der Fragen des geistigen Lebens, die unerläßlich für die Weiterarbeit unserer Partei sind. Ich halte diese Forderung für das Gebot der Stunde. Dabei sollen wir nicht engherzig sein und uns

hermetisch abschließen. Wir sollen auch die freigeistigen Kräfte, die eng neben uns im bürgerlichen Lager stehen, in geeigneter Weise zur Mitarbeit heranziehen. Die Erschwerung des Kampfes, die wir immer wieder sehen, beruht darauf, daß unsere Gegner mit ruchlosen, verlogenen und vergifteten Waffen uns gegenüber arbeiten und daß diese Waffen ihnen zum nicht geringen Teil von den geistigen Arbeitern geliefert werden, die in ihren Reihen stehen. Diese gefährliche Waffe, die die Bourgeoisie aus den Reihen der Akademiker, Techniker, Verwaltungsbeamten, Offiziere, Finanzleute und sonstiger sogenannter Intellektueller hat, wirkt um so schlimmer als es nach außen vielfach zu erscheint, als seien diese Wissenschaftler objektiv. Eine Objektivität der Wissenschaft gibt es nur so lange, als die Wissenschaft in der Studierstube oder im Laboratorium geschaffen wird, sobald aber die Ergebnisse der Wissenschaft auf das praktische Leben Anwendung finden sollen, beginnt jeder Wissenschaftler, sich politisch einzustellen; und da er heute noch meist im großen ganzen dem kapitalistisch orientierten Bürgertum entstammt, stellt er sich in seinen Gutachten so ein, daß sie den Interessen des Sozialismus, der Arbeiter, Angestellten und Beamten ungünstig sein müssen. Wir haben so nicht nur eine Klassenjustiz, sondern auch eine Klassenwissenschaft im weitesten Sinne. Es ist geradezu eine Schmach für unsere Zeit, daß die geistigen Arbeiter unseres Volkes in so großer Zahl abseits der neuen Zeit stehen, daß sie aus dem Kriege wie der Revolution fast nichts gelernt haben. Alle neugeistigen Kulturforderungen ruhen auf den Schultern der Arbeiterschaft im weitesten Begriffe. Da wir diese bürgerlichen „Fachleute“ nicht ganz entbehren können, können sie ihren Einfluß um so mehr geltend machen, ohne daß manchmal selbst Politiker unserer Kreise in verantwortlichen Stellungen die Gefahr genügend erkennen.

Ich gebe ein paar Beispiele. Die Geschlechtskrankheiten verheeren das ganze Volk auf das schlimmste. Der Parteivorstandsbericht spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten noch nicht herausgekommen ist. Woran liegt das? Es ist die eigene Schuld unserer Kreise, daß sie immer noch auf die Gutachten der reaktionären Polizeibeamten, Gesundheits- und Verwaltungsbeamten und nicht auf die freigeistigen fachlich geschulten Kräfte hören, die längst auf dem Boden stehen, daß baldigst ein Reichsgesetz mit den Forderungen des vorliegenden Entwurfes als Mindestforderungen geschaffen werden muß.

Auch in der Frage der Bevölkerungspolitik geht unsere Partei außerordentlich zaghaft vor, obwohl die freigeistigen Wissenschaftler längst geschlossen auf dem Standpunkt stehen, daß eine planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel bewusster Geburtenregelung durchgeführt werden muß. Man hört aber noch zu stark auf die Petitionen aus reaktionären Ärzten- und Juristenkreisen, die demonstrierend überall aus dem Reiche bei den verantwortlichen Regierungsstellen einkaufen, statt sich entschlossen, unbekümmert um die weltfremden, nationalitätskapitalistisch eingestellten Phrasen dieser wissenschaftlichen Kreise, auf den Boden der modernen wissenschaftlichen Anschauung zu stellen, wie sie erst vorgestern von der 1. Internationalen Tagung für Sexualreform gesagt wurde.

Dann aber hat gestern Genosse Müller sehr richtig gesagt: wir sollen dafür sorgen, daß die deutschen nationalen Jünglinge, die jetzt auf den Universitäten als akademischer Nachwuchs herangebildet werden, von unseren Verwaltungsstellen fernbleiben. Ich frage: wie? Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, wenn nicht die genügende Sorge dafür getragen wird, daß aus den Kreisen des arbeitenden Volkes in breiter Zahl heraus die jungen Menschen ebenfalls die Universitäten besuchen können. Heute können im allgemeinen nur die Söhne und Töchter der neuen Reichen studieren (Sehr richtig!), die in Krieg und Revolution ihre guten Geschäfte gemacht hatten. Die Söhne der Arbeiter-

schaft sind auf den Universitäten lange nicht genügend vertreten. Wo haben die Länderregierungen genügend Geldmittel bisher zur Verfügung gestellt, um diesen Kreisen auch die Fortbildung zu ermöglichen? Hier ist eine große Lücke. Wir sollen uns klar darüber sein, daß die Forderungen der Volkshochschulkurse und der Volkshochschulbildung sehr gut sind, daß diese Einrichtungen aber nur der breiten Bildung des Volkes dienen, nicht der Fachbildung. Für diese Spezialbildung sind wir auf die Universitäten angewiesen. Ich begrüße in diesem Sinne den Antrag, daß man allgemein eine Hochschulreform in unserem Geiste als Grundlage der Forterziehung unserer neugeistigen Akademiker anstreben soll. Wir haben in Hamburg bereits einen Anfang gemacht. Ich hoffe, daß die Regierungen der Länder baldmöglichst ähnliche Reformen vornehmen werden.

Wenn wir so vor allem durch breite Volksaufklärung und Volksbildung unsere Kreise auf den Wert der Bildung hinweisen, wenn wir auch unsere Frauen, wie es in dem Antrag auf obligatorische Verbreitung der „Gleichheit“ oder eines ähnlichen Organs gefordert wird, weit mehr aufklärend heranziehen, dann glaube ich, brauchen wir nicht so ängstlich ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien zu fürchten, wie es aus den Reden der Vorredner, besonders aus Frankfurt und Breslau hervorlang. (Sehr richtig!) Haben wir denn so wenig Vertrauen zur eigenen Kraft, zu unseren eigenen Ideen? (Sehr wahr!) Ist es nicht geradezu beschämend für eine große Partei wie die Sozialdemokratie, daß sie Angst nach links und Angst nach rechts hat, statt ihren geraden Weg zu gehen? (Zustimmung.) Das Gebot der Stunde ist jetzt, nicht aus den Regierungen herauszugehen und in die Opposition zu treten, mag diese Opposition noch so trüb sein — wir haben ja erlebt, was wir bisher mit der Opposition in Bayern und in Preußen erreicht haben (Lebhafte Zustimmung) —, sondern wir müssen unter allen Umständen bis zum letzten Moment in den Regierungen bleiben; nur dann können wir praktisch weiterarbeiten, nur dann können wir das erfüllen, was unsere Wähler von uns fordern. Die Wähler wissen längst, daß mit der Opposition nichts getan ist. In diesem Sinne steht die Hamburger Delegation geschlossen auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes und befürwortet die Annahme dieser Resolution aufs wärmste. (Lebhafte Beifall.)

Eggerstedt-Kiel: Es ist aus der augenblicklichen Situation heraus verständlich, daß zur Einigungsfrage sehr viele Anträge vorliegen. Es ist auch verständlich, wenn man für die Einigung mehr oder weniger leidenschaftlich eintritt. Wir haben in der Partei nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir grundsätzlich immer für die Einigung zu haben sind. Aber es gehört dazu doch etwas mehr als unser guter Wille. Deshalb haben wir von Schleswig-Holstein auch nicht so viele Anträge zur Einigungsfrage gestellt. Wir sind überhaupt im Stellen von Anträgen und im Reden nicht so produktiv wie andere Bezirke. Trotzdem marschieren wir in bezug auf die Mitgliederzahl an zweiter Stelle. Ich glaube, daß das auch ein Weg wäre, der zur Einigung führen könnte, nämlich etwas weniger über die Einigung zu reden und etwas weniger Anträge zu stellen, aber etwas mehr für die Gewinnung neuer Mitglieder zu arbeiten. (Bravo!) Gerade die letzten Jahre und auch der letzte Metallarbeiterkongreß haben uns gezeigt: Je geschlossener wir dastehen, desto leichter lösen wir die Einigungsfrage.

Zur Erhaltung der Einigkeit innerhalb unserer Partei können allerdings auch unsere Führer ein wesentliches Stück beitragen. Ich unterschreibe das, was Genosse Broßwig aus Frankfurt gesagt hat. Es ist ein unerträglicher Zustand für die breiten Massen der Partei, daß unsere Führer in reaktionären Blättern zu parteiaktiven Fragen Stellung nehmen. Wenn wir von unseren Massen Disziplin verlangen, dann müssen wir sie auch von unseren Führern fordern.

Wenn wir so die innere Geschlossenheit in unserer Partei aufrechterhalten, dann wird das auch in unserer Politik zum Ausdruck kommen, und dann werden wir durch eine zielbewußte Politik auch zur Einigung beitragen. Genosse Krüger hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns nicht durch die linksradikale Agitation betreffs der Koalitionspolitik beirren lassen sollen. Die Unabhängigen haben uns immer vorgeworfen, daß es ein Arbeitervertreter wäre, wenn wir mit den Bürgerlichen zusammen in eine Regierung hineingingen. Auf Grund der letzten Ereignisse sind die Unabhängigen jetzt so weit, daß sie von uns fordern, wir sollen in die Regierung hineingehen und daß sie uns sogar ihre Unterstützung zusagen. Das ist ein Beweis für uns, daß wir auf dem richtigen Wege gewesen sind. Es hängt doch nicht von unserem guten Willen ab, mit welchen Parteien wir in die Regierung hineingehen wollen. Wenn es von unserem guten Willen abhängig wäre, dann würden wir viel lieber mit den Unabhängigen und vielleicht mit den Demokraten eine Regierung bilden. Wir müssen aber mit den Koalitionsparteien und mit einer Koalitionsregierung rechnen. Wir sollen dabei nicht das unterschätzen, was Genosse Broßwitz sagte. Draußen im Lande ist eine Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei durchaus nicht populär (Sehr richtig!), sondern durch unsere eigene Politik haben wir dazu beigetragen, daß die Massen dem vollständig ablehnend gegenübersehen. Wir müssen doch irgendwie einen Uebergang finden. Die Dinge liegen so, daß agitatorisch augenblicklich im Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ein Unterschied vorhanden ist; aber praktisch ist es doch wirklich kein Unterschied, mit welcher bürgerlichen Partei wir in die Regierung hineingehen. (Sehr richtig!) Bei den Fragen, die gerade in der heutigen Zeit erörtert werden müssen, finden wir keinen Unterschied von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen. Wir müssen einen Weg finden, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die wir durch den Beschluß in Kassel hineingeraten sind. (Zustimmung.)

Ich kann für unseren Bezirk Schleswig-Holstein erklären, daß wir mit der Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses einverstanden sind. (Bravo!)

Genosse Krüger hat weiter gesagt, daß wir eine Macht als Sozialdemokratische Partei bilden. Das stimmt. Wir sind die stärkste Partei in Deutschland. Aber ich habe das Gefühl, daß diese Macht in der praktischen Politik nicht richtig zum Ausdruck kommt. Das liegt nach meiner Auffassung auch daran, daß wir uns durch gutgemeinte Beschlüsse auf den Parteitag zu sehr die Beweglichkeit nehmen lassen. In diesen bewegten politischen Zeiten können wir uns nicht durch langfristige Beschlüsse der Parteitage die Taktik für ein Jahr vorschreiben lassen, sondern wir müssen freie Hand behalten. Wir müssen doch auch so viel Zutrauen zu uns selber und zu unseren Vertretern haben, daß im geeigneten Augenblick die Politik betrieben wird, die den Interessen unserer Parteimitglieder am besten entspricht. Dies gilt auch für die Regierungsbildung. Unsere erste Aufgabe ist es, zu versuchen, in Preußen jetzt in die Regierung hineinzukommen. Aber wir dürfen nicht nur einige Minister ernennen und es dabei bewenden lassen, sondern wir müssen auch der Personalpolitik mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Ich kann mir denken, daß es notwendig ist, in das Reichsfinanzministerium und in das Reichsjustizministerium einen Sozialdemokraten zu entsenden. Als in den letzten Wochen die Erregung über die Ermordung Erzbergers so außerordentlich hoch ging und als wir in den verschiedensten Städten Demonstrationen abhielten, sind da und dort auch schwarzweißrote Fahnen und sonstige monarchische Sinnbilder entfernt worden. Man mag zu den Dingen stehen wie man will; aber wir können feststellen, daß diese Uebergriffe erst durch die reaktionären Provokationen der Deutschnationalen ausgelöst worden sind. (Sehr wahr!) Es ist ein Skandal, wenn man sieht, wie schnell der Staatsanwalt

jetzt arbeiten kann, wie schnell er Prozesse gegen die Sünder anhängig macht, während er in den Kapp-Tagen so vollständig verlagert hat. In das Justizministerium gehören unsere Männer hinein, damit sie endlich einmal in der Justiz aufräumen können. Wir können in bezug auf die Personalpolitik sehr viel vom Zentrum lernen, das überall seine Leute in die Stellen schiebt und sich dadurch Einfluß im Staat und in der Verwaltung sichert.

Wir müssen alles tun, um die Politik, die wir in den letzten Wochen begonnen haben, konsequent durchzuführen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die radikale Politik, die dort eingeschlagen worden ist, wie eine Befreiung innerhalb der Arbeiterschaft gewirkt hat. Genosse Müller hat in seiner Begrüßungsrede das eine gute Wort geprägt, daß es unsere vornehmste Aufgabe sein muß, die Deutschnationalen nicht nur niederzuwerfen, sondern auch niederzuhalten. Derartige Enttäuschungen, wie wir sie nach den Kapp-Tagen erlebt haben, können wir unseren Parteimitgliedern nicht wieder zumuten, sondern wir müssen endlich daran gehen, endgültig die Republik zu sichern, damit wir den Boden haben, auf dem wir den Sozialismus verwirklichen können. (Lebhafter Beifall.)

Breiter-hoischüttel: Ganz richtig ist es nicht, daß unsere letzte Politik dahin geführt habe, wie der Genosse Eggerstedt sagte, nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, sondern wenn wir heute über die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung diskutieren, so ist das ein Urteil über die Politik, die wir in der Zeit von der Revolution bis jetzt getrieben haben. Es sind Unterlassungssünden begangen worden, deren größte in der mangelhaften Durchsetzung der Verwaltung mit sozialistischen Elementen besteht. Es ist nicht wahr, daß die Entscheidung in den Ministerien fällt. Die Entscheidung fällt im Verwaltungsapparat. (Sehr gut!) Nun sagt man uns: wir können den Verwaltungsapparat nicht umändern, wenn wir nicht in der Regierung sind. Wir sind lange genug in der Regierung gewesen und haben doch den Verwaltungsapparat nicht umgeändert. (Zustimmung.) Wir ist es gleichgültig, ob jemand der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Partei angehört, mir kommt es darauf an, daß die Machtmöglichkeiten der Gegenwart ausgenutzt werden. (Sehr richtig!) Ich verkenne durchaus nicht die Grenzen unserer Macht, aber es ist heute so, daß an manchen Stellen papierne Wände aufgerichtet werden und daß man sich selber vormacht, es handle sich um steinerne und eiserne Wände, aber ganz enttäuscht ist, wenn man sieht, daß andere diese Wände nicht als eiserne Wände ansehen. Wir haben auf dem Lande in den Kreisausschüssen darauf hingedräht, daß endlich einmal die Verwaltungsreform durchgeführt wird. Ich muß sagen, daß eine wesentliche Aenderung durch das Ausschleiden unserer Genossen sich noch nicht bemerkbar gemacht hat. Aus diesen Gründen sage ich: Die Resolution des Parteivorstandes kann nicht die Grundlage für eine Beteiligung an der Regierung sein; die Resolution ist derart weit gefaßt, daß sie die denkbar größten Möglichkeiten nach rechts hin bietet. Wir sind in dieser Beziehung etwas mißtrauisch geworden, und die Landbevölkerung wird bei uns so lange gegen eine Beteiligung der Volkspartei sein, als die Volkspartei ihre bisherige Tätigkeit weiter ausübt. Es nützt nichts, daß die Volkspartei ihre Erklärungen abgibt; denn sie ist doch nicht gewillt, sie zu halten. Es kommt für mich nicht auf die Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Regierung, sondern auf unsere Wirkungsmöglichkeit darin an. Und da muß ich sagen: Die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung bedeutet für mich eine größere Gefahr als unsere Nichtbeteiligung.

Ich empfinde es als außerordentlich gefährlich, daß wir zwar in der Partei unsere Spigen ausbauen, daß aber die Parteigenossen nicht mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt sind. Hier sehe ich einen Mangel in unserem Organisationsstatut. Ich bin mit Freude für die Zentralisierung der Partei eingetreten. Aber

die Voraussetzung für diese Zentralisation, nämlich die Auflösung der Länder im Reichsprovinzen, hat sich nicht vollzogen. Wir können z. B. erleben, daß die preußische Landtagsfraktion Landespolitik macht, ohne daß die Genossen des preußischen Landes zu dieser Politik Stellung nehmen können. Wir können ferner erleben, daß Kreisen, die die erste politische Organisation sind, nicht die Organisationsmittel zur Verfügung stehen, um unter den Genossen die Kreisarbeit zu organisieren. Wir kommen aus diesen Schwierigkeiten nur heraus, wenn es uns gelingt, in unseren Genossen das Verantwortungsgefühl und das der Mitbestimmung zu wecken. Jede Zentralisation gibt eine außerordentlich starke Machtzusammenfassung; aber diese Machtzusammenfassung ist hohl, wenn nicht in den unteren Organen das nötige demokratische Gegengewicht gegeben wird.

Wir sind über zwei Jahre in der Regierung gewesen. Ich lese heute im „Vorwärts“, daß nach der Besteuerung der Hohenzollern gefragt wird. Wir haben vor zwei Jahren an die preußische Landesorganisation von unserer Kreisorganisation aus eine Anfrage gerichtet, die heute noch nicht beantwortet worden ist. Diese Anfrage lautet: „Was geschieht mit dem Vermögen der Hohenzollern?“ (Heiterkeit.) Wollen wir wirklich die Machtmittel der Reaktion vernichten, dann müssen wir ihre Wirtschaftskraft vernichten.

Es sind hier starke Worte gefunden worden, Worte, bei denen ich nicht immer mitgehen kann. Wir sind verloren, wenn diese Worte leere Worte bleiben. (Beifall.)

Öde-Breslau: Werte Genossen! Gestatten Sie, daß ich Ihre Aufmerksamkeit einen Augenblick auf einen anderen Gegenstand lenke, und Sie bitte, dem Antrag 306 Ihre Zustimmung zu geben. Dieser Antrag betrifft das Tragen von Abzeichen der deutschen Republik. Seit über Jahresfrist haben sich die deutschen Arbeiter und überhaupt alle Anhänger der Republik auch äußerlich in die Defensive drängen lassen durch die Tatsache, daß Hakenkreuzer, daß Stahlhelmbündler, daß allerhand Anhänger von monarchistischen Vereinigungen, Antisemiten und Schutz- und Trugbündler mit ihren verschiedenen Abzeichen die Straßen, die Lokale, die Eisenbahnen beherrschen und sich so gebärden, als wären sie allein auf der Welt. Wo die Herren zu zweien oder mehreren sind, beherrschen sie bald die Unterhaltung, und wo es an Gegenwehr fehlt, sind sie schnell dabei, die Republik und ihre Träger in jeder Weise zu schmälern. Lange Zeit hindurch hat unsere Anhängerschaft diesem Treiben zugesehen. Als die Herren sich aber in einigen Städten gar zu aufdringlich gebärdeten und in Hamburg und anderwärts den Städten gewissermaßen einen schwarzweißroten Stempel aufdrucken wollten, ist aus der Arbeiterschaft heraus, die von Natur allen äußeren Dekorationen und Abzeichen abhold ist, doch der Wunsch hervorgetreten, den Herren einmal zu zeigen, daß es auch noch andere Leute in Deutschland gibt als die Spießgesellen des Hakenkreuzertums. So zeigten sich in Hamburg, Dessau, Chemnitz die schwarzrotgoldenen Bändchen der Republik bald an Zehntausenden von Arbeiterkleidern, aber auch am Rock von Beamten. Wenn die Gegner zum erstenmal bei der großen Demonstration am Beerdigungstage Erzbergers, dann aber täglich aufs neue sahen, welch erheblicher Teil des deutschen Volkes auf der anderen Front steht, dann ist in der Regel ihr Mut etwas kleiner und ihr Reden etwas gebämpfter geworden. Die Gegen-demonstration hat ganz gut gewirkt, und so ist an die Parteileitung der Wunsch gekommen, man möge doch den Genossen rings im Lande empfehlen, sich dieses Hilfsmittels zu bedienen, das die Republikaner einander kenntlich macht, sie zusammenführt, sie ermutigt, den Rückwärtsern entgegenzutreten. Ein Abzeichen, das mit Stolz getragen wird von dem Arbeiter, der die Republik errichtet hat, von dem Beamten, der ihr mit Ueberzeugung dient, von dem Bürger, der die

Zeichen der Zeit verstanden hat, von dem Angestellten, der Schulter an Schulter mit uns kämpfen will. Geschieht das allenthalben, dann wird bald erkennbar sein, wie verschwindend die Zahl der Anhänger der Monarchie und des Rück-schritts ist und wie groß die Zahl derjenigen ist, auf deren Schultern die neue Staatsform ruht.

Nun ist allerdings das Bedenken laut geworden, daß unser Rot neben dem Schwarz der dunklen Vergangenheit und dem Gold einer schöneren Zukunft etwas allzu sehr in den Hintergrund treten könnte. Das ist die Absicht der Freunde des Bedankens nicht. Unsere internationale Fahne, unsere Parteifahne bleibt die rote Fahne. Unter ihr kämpfen wir, bis die demokratische Republik vom sozialistischen Volksstaat abgelöst ist. Wir bitten in unserem Antrage den Parteivorstand, zu erwägen, ob nicht ein künstlerisches Abzeichen mit den Initialen der Partei für unsere Mitglieder entworfen werden kann. Heute aber handelt es sich darum, die Republik, unseren Kampfboden durch das gemeinsame republikanische Abzeichen zu heilen und alle Republikaner mit Mut, Festigkeit und Angriffslust zu erfüllen. Nicht in taktischem Sinne! Dem deutschen Arbeiter liegt Gewalt sehr wenig, und die Klagen der rechtsstehenden Presse darüber sind meist Heuchelei. In Kiel haben schwarzweißrote Jünglinge in der Nacht 16 Fahnen der Republik zerrissen, am 2. September ist in Celle ein Grundstück schwarzweißrot angestrichen worden, in München ist der Tempel mit eingemeißelten Hakenkreuzen versehen worden, und auch in Kassel haben deutsche Jünglinge meistens im Dunkeln ihre Art von Patriotismus gegen unseren Genossen Scheidemann bekundet. Aber nun soll die Welt innenwerden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes auf seiten der Republik steht. Wir wollen unter Hinweis auf das Heer, das das republikanische Abzeichen trägt, den Herren sagen: Irrt Euch nicht und suchet nicht den Tag, wo dieser Wald sich gegen Euch erhebt. (Lebhafter Beifall.)

Madge-Breslau: Der Appell des Parteigenossen Hermann Müller, allerhöchste Kampfbereitschaft zu wahren, ist dringend notwendig. Nur haben wir das Gefühl, daß der Parteivorstand diese Kampfbereitschaft der Parteigenossen-schaft nicht so auswertet, wie es erforderlich ist. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere wiederholten Hinweise auf die ungeheure Gefahr, die der deutschen Republik aus dem Anwachsen der Reaktion in Mittelschlesien und den unbesetzten Kreisen Oberschlesiens droht, nicht mit dem gehörigen Nachdruck verfolgt worden sind. Aus dem südlichen Teile unseres Vaterlandes droht ungeheure Gefahr. Die dortigen Zustände sehen denen in Ungarn sehr ähnlich. Hier hat sich unter dem Deckmantel des Selbstschutzes für Oberschlesien neben einem Teile von Idealisten, die polnische Banden abschlagen wollten, all das Gesindel zusammengefunden, das aus dem Baltikum und in der Kapp-Zeit ungeheures Elend über das deutsche Volk gebracht hat. Alle Verbrecher aus der Ehrhardt-Brigade und den bayerischen Formationen haben sich nach der Auflösung des Selbstschutzes in militärische Formationen verwandelt, in Arbeitsgemeinschaften, die über eine ungeheure bemannete Macht verfügen, so daß Schlesien von Waffen starrt. Auf diesem geringen Raume sind mehr als 100 000 Gewehre verborgen in den Händen der Reaktion. Und schon werden Ausschreitungen festgestellt, die für unseren Rechtszustand ungeheuerlich sind. Die Justiz aber versagt. Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei werden auf Schritt und Tritt verfolgt. In Breslau hat man aus Hotels heraus Personen verschleppt, politische Morde an ehemaligen Angehörigen dieser Arbeitsgemeinschaften, die uns Mitteilungen von diesen Zuständen machten, sind zu verzeichnen. In Bielau bei Reife wurde eine Mörderzentrale ausgehoben, deren Leiter der Privatdozent Ruge, der die Verbindung mit Bayern aufrechterhielt und festgenommen war, auf Anordnung der Oberstaatsanwaltschaft wieder entlassen wurde.

Durch ihn waren Kriminalausweise an die Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft ausgestellt und mit behördlichem Stempel des Breslauer Polizeipräsidenten versehen. Trotzdem hat die Oberstaatsanwaltschaft die Freilassung verfügt. In einem anderen Falle wurde der Herausgeber einer demokratischen Zeitung, der die Bestrebungen in der Arbeitsgemeinschaft kritisierte und deswegen mit dem Tode bedroht worden war, auf den Weg der Privatklage verwiesen. In diesen Zuständen trägt die preußische Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld. (Sehr richtig!) Sie hat den behördlichen Stellen den Rücken gesteuert und uns den Kampf sehr erschwert. Wir müssen nicht nur Einfluß auf die Regierung haben, sondern auch draußen im Lande die Verwaltungsstellen besitzen.

Die schlechten Parteigenossen richten eine Reihe von Forderungen an den Parteivorstand. Sie sind der Auffassung, im Gegensatz zu den vom Genossen Krüger zitierten Anschauungen der Frankfurter Genossen, daß Einschränkungen notwendig sind, daß die Regierung die Möglichkeit haben muß, gegen solche verfassungseindlichen Organisationen einzuschreiten. Die Verordnung des Reichspräsidenten muß erweitert werden, so daß die Möglichkeit besteht, diese Arbeitsgemeinschaften zu beseitigen. Bei der Durchführung dieser Anordnung müssen die Organisationen herangezogen werden. Es wird Aufgabe der gesamten Parteigenossenschaft sein, die Gefahren, die aus Schlesien drohen, zu bekämpfen, insbesondere verlangen wir die tatkräftige Unterstützung dieser Bestrebungen durch den Parteivorstand.

Kieß-Jena: Wer fest zu der Partei steht, muß auch Kritik an ihr üben können. Wir Thüringer treten nach siegreichem Wahlkampfe mit Fragen an die Partei heran, die kritische Äußerungen in sich bergen. Die Parteigenossen haben das ganze Jahr über gefragt: Wo bleiben die Massenaktionen? Wo bleibt der Parteivorstand mit großer Initiative? Wenn jetzt nicht die Erzberger-Aktion gewesen wäre, wäre so gut wie nichts geschehen. Die Lebensmittelsteuerung, der unsere Genossen im Parlament entgegengetreten sind, hätte agitatorisch mehr behandelt werden können. Hier hätte die SPD. sagen können, daß sie positiv mitzuarbeiten versucht hat, daß aber ihre positive Mitarbeit von den bürgerlichen Parteien sabotiert worden ist.

Es ist zur Erfassung der Substanz der Produktionsmittel zugunsten des notleidenden Reiches aufgerufen worden. Arbeiter, Angestellte und minderbemittelte Schichten sind schon seit sieben Jahren dazu herangezogen worden, haben von ihrer Substanz, ihrer Arbeitskraft, abgeben müssen. Das Kapital weigert sich aber, dieses Opfer zu bringen. Die Sozialisierung der Kohle, die Genosse Hoch im vorigen Jahre verlangt hat, könnte durch einen Volksentscheid gefördert werden. Wir fragen es weiter: Wie steht es mit dem Schuß der Republik? Hier auf haben schon Eckstein und Eizenbarth hingewiesen. Letzterer glaubt allerdings, ihn mit der Deutschen Volkspartei durchführen zu können. Wir sind der Ansicht, daß jetzt auch auf eine Organisation das größte Augenmerk gerichtet werden muß, auf den Jungdeutschen Orden, der alle Erfahrungen der Orgeßch verwertet. Was hat der Parteivorstand hier getan? Was gedenkt er zu tun?

Wenn der Parteivorstand die Einigung mit den Unabhängigen so wenig betreibt, so begeht er damit einen großen Fehler. Die Massen müssen in diesem Sinne für die Mehrheitssozialdemokratie in Bewegung gesetzt werden. Jetzt richten sich die Blicke aller Deutschen, vor allem die Blicke der deutschen Arbeiterklasse auf Görlich. Uns ist es gleichgültig, was das deutsche Bürgertum über Görlich denkt. Der Danziger Genosse hat uns gezeigt, wie das Bürgertum mit der Arbeiterschaft umspringt, wenn es in der Nacht ist. Darum fragen wir, ob es für den Parteitag eine wichtigere Tat geben kann als die Vorbereitung der Einigung mit der Unabhängigen Partei? Genosse Krüger hat vieles gegen

die USP. (sagte, die Deutsche Volkspartei hat er viel liebevoller behandelt. Die Frage der Diktatur, der Regierungskoalition, ist in weiten Kreisen kein größeres Trennungsmoment als im Vorjahre. Wir aber sind drauf und dran in Görlich, objektive Trennungsmomente zwischen uns und der Unabhängigen Partei aufzuführen, das ist das neue Programm und die Koalition mit der Deutschen Volkspartei.

Genosse Krüger hat den Unabhängigen manches gesagt, z. B. daß Hilferding die Parole ausgegeben hat: Mit Hörnern und Zähnen verteidigen sie die Republik. Beim Rapp-Butsch, hat Krüger gesagt, wollte die USP. nicht mit, aber er hat zugegeben, daß die USP.-Gewerkschaftsführer es waren, die doch für den Kampf eingetreten sind. Die Unabhängigen-Gewerkschaftsführer haben sehr viel dafür geleistet, daß die Einheit der Gewerkschaften gegenüber Moskau erhalten blieb. Es wäre hier leicht, die USP. zu schmähen, sie kann sich nicht wehren. (Lebhafter Widerspruch.) Wir, die wir wissen, daß die Mission der SPD. sein muß, die Einigkeit vorzubereiten, müssen auch dafür sorgen, daß der Boden für die Einigkeit bereitet wird.

Wenn behauptet worden ist, daß es für die Sozialdemokratie und die deutsche Republik gefährlich ist, daß wir in Sachsen eine rein sozialistische Regierung haben, so muß ich sagen: Ich wünsche, daß der Geist, der von dort ausgeht, Allgemeingeist der Partei wäre. In der Frage der Regierungsbildung haben wir gesehen, daß der Parteivorstand in Lippe, Mecklenburg und Sachsen gegenüber der Deutschen Volkspartei sehr freigebig war. Ich glaube, daß der Parteivorstand den Kasseler Beschluß nicht mit aller Loyalität ausgeführt hat, sonst müßte er sich sagen, daß eine zentrale Partei, wie die Deutsche Volkspartei, in den Ländern nicht anders handeln kann wie im Reich. Wenn sie im Reich nicht koalitionsfähig ist, muß sie auch in den Ländern von uns bekämpft werden. Wenn zur Koalition mit der USP. hier etwas zu sagen ist, dann ist es das: Sicherung der Republik auf weite Sicht. Die beste Sicherung der Republik liegt im Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen; das soll die Tat des Görlich'schen Parteitages sein, daß er die Einigung der beiden sozialistischen Parteien vorbereitet. (Beifall.)

Scholl-Breslau: Genosse Macho hat schon die Gefahren gezeigt, die in Schlesien bestehen, und er hat auch darauf hingewiesen, daß wir uns auf einem Vulkan befinden, der jeden Augenblick explodieren kann. Desto unbegreiflicher ist es, daß Genosse Eckstein manches gesagt hat, was den tatsächlichen Verhältnissen in Schlesien nicht entspricht. Es ist nicht richtig, daß die Breslauer Genossen auf dem Standpunkt Markwalds stehen. (Hört! hört!) In einer Mitgliederversammlung in Breslau war vielleicht eine Mehrheit gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. In der Enschließung, gegen die sich Eckstein gewandt hat, ist kein Wort von der Volkspartei enthalten. Daher war das unberechtigt. In einer Bezirkskonferenz in Mittelschlesien haben wir uns darüber ausgesprochen, haben es aber unterlassen, uns zu binden.

Auch Ecksteins Ausführungen über Severing muß ich richtigstellen. Es trifft zu, daß Severing den Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann ernannt hat. Eckstein hat aber nicht gesagt warum. In Breslau hatten wir nach der Revolution einen Sozialdemokraten als Polizeipräsidenten, der beim Rapp-Butsch verschwinden mußte. Der Genosse Ernst kam an seine Stelle, mußte aber wieder gehen, weil die Entente es wollte. Darauf hat Severing mich um Vorschläge gebeten und ich habe diese Anfrage an die Breslauer Parteigenossen weitergegeben. Es ist aber von Breslau kein einziger Vorschlag gemacht worden, den ich Severing hätte mitteilen können. (Hört! hört!) Alle Vorschlägen lehnten ab. Weil die Breslauer Parteigenossen kein niemand mehr vorschlugen, schickte Severing Liebermann nach Breslau.

Bei den Ausführungen der Genossen Markwald und Eckstein habe ich den Eindruck gehabt, als wenn ein gewisses Tier in den Porzellanladen hineinkommt. Wenn alles zertrümmert ist, ist es zu spät, darüber zu reden.

In der Frage der Regierungsbildung in Preußen haben wir im Landtag wiederholt hören müssen, daß wir dumme Luderer seien. Diejenigen, die uns den Vorwurf gemacht haben, haben uns im vorigen Jahr aus den bekanntesten Beschluß, daß wir mit der Volkspartei nicht zusammengehen dürften, ausdrücklich festgelegt. Wir haben uns in Preußen an diesen Beschluß gebunden gehalten. Keiner von denen, die uns Vorwürfe gemacht haben, hat uns gesagt, wie wir es anders machen sollten. Eine Möglichkeit gab es nicht. Zentrum und Demokraten waren nur mit der Volkspartei für eine Koalition mit uns. Da wir das nicht durften, mußten wir uns hinausmanövern. Mögen die, die uns einen Vorwurf machen, nur sagen, wie sie es anders gemacht hätten.

Ein Wort zur jetzigen Regierung. Minister Dominicus hat, als die Regierung gebildet wurde, nicht das Vertrauen der Rechten gehabt. Damals haben sich die Deutschnationalen aufs schärfste gegen ihn erklärt. Als aber die Wahl zwischen ihm und Schiffer kam, wurde er als der weiter rechtsstehende genommen. Dominicus hat sich Mühe gegeben, das Vertrauen der Rechten zu erlangen, und zwar mit vollem Erfolg. Davon können wir in Schlesien ein Lied singen. Sozialdemokraten und selbst Demokraten wurden hinweggejagt. Wir haben in Schlesien wirklich zusammenzustehen und es uns zu verbitten, daß Schlesien die Schuttabbestelle für reaktionäre Elemente wird. Wir können aber nur etwas erreichen, wenn wir versuchen, auf alle Fälle in die Regierung hineinzukommen. Wir müssen auch in der Verwaltung, in der Justiz und auf den Universitäten aufräumen. Der Weg, den Severing beschritten hat, muß bis zu Ende rücksichtslos gegangen werden. Dazu müssen wir in die Regierung, und die Entschließung gibt uns ein Mittel dazu. Es handelt sich nicht um die Volkspartei, sondern um die Bedingungen, die wir stellen. Die es mit der Republik ehrlich meinen, müssen sich auf den Standpunkt stellen: keine Konzeptionen.

Ich bitte Sie, für die Resolution zu stimmen. (Bravo!)

**Scheidemann-Kassel:** Genossinnen und Genossen! Unser Freund Ebert, der von uns allen die schwerste Verantwortung trägt, hat uns in seinem Begrüßungs-telegramm eine Mahnung Lassalles ins Gedächtnis gerufen, und ich wünsche, daß wir sie beherzigen: Jederzeit alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren, und zwar auf den wichtigsten. Die Sicherung der Republik unter allen Umständen herbeizuführen, ist dieser wichtigste Punkt. (Sehr richtig!) Die Republik ist, war und bleibt in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. (Sehr richtig!) Bewundernd schauen alle Reaktionäre Europas zu dem internationalen Schutzheiligen der Reaktion, zu dem Ungarn Horthy, und das Streben aller derer, die ähnliche Zustände einführen möchten, ist, die Macht in die Hand zu bekommen, damit sie aus ganz Deutschland, nicht etwa nur ein Bayern, sondern womöglich ein Ungarn machen können. (Sehr richtig!)

Einer der Redner wies darauf hin, daß die auf der äußersten Rechten stehenden Politiker den Anschein zu erwecken suchen, als sei nur der Mann, der monarchistisch sei, vaterlandsliebend. Das soll heißen, daß diejenigen, die republikanisch denken und handeln, von Vaterlandsliebe nichts in sich spüren. Eine derartige Argumentation weisen wir ganz entschieden zurück. (Lebhafter Beifall.) Wir lassen uns an Liebe zu unserem Vaterland und zu unserem Volke von niemand übertreffen. (Erneuter Beifall.) Wir führen aber die Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern haben sie im Herzen; wir reden nicht davon, sondern handeln danach. (Bravo!)

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Hergt, hat neulich zu verstehen gegeben, wie er sich die Zukunft unseres Landes denkt. Für uns, so führte er aus, ist die Weimarer Verfassung nur eine Epizode, das Ziel bleibt die Wiederherstellung des Kaisertums. Wir wissen also genau, was auf dem Spiele steht: Die Republik muß geschützt und gesichert werden. Wir haben jetzt eine Verordnung des Reichspräsidenten, die ein Palliativmittel ist, und wenn weiter nichts kommen sollte als diese Verordnung, vermag sie die Republik nicht zu sichern. (Sehr gut!) Die Verordnung bedeutet, daß man von den tausenden Kanälen, durch die jeden Tag die reaktionäre Verheerung unseres Volkes getrieben wird, ein paar für wenige Tage verstopft. Wenn nichts weiter kommt als diese Verordnung, dann hätten die Deutschnationalen alle Ursache, sich darüber zu freuen. Dann wäre es für sie ein außerordentlich gutes Agitationsmittel. Wir brauchen also mehr. Wir brauchen ganze Arbeit, um die Republik zu sichern. (Beifall.) Wir brauchen eine Reform unserer Justiz. Wir brauchen die ganz entschiedene Demokratisierung der Verwaltung. Wir brauchen auch eine Reform unseres Schulwesens und der Universitäten. Die Universitäten wollen wir wieder zu Stätten der Wissenschaft machen; wir wollen nicht, daß sie Brutstätten der Reaktion sind. (Sehr gut!) Das Volk in seiner großen Mehrheit will, daß wir in dieser Weise arbeiten. Diesen Willen des Volkes müssen wir dadurch auch zum Ausdruck bringen, daß eine Regierung, die entschlossen ist, unsere Forderungen durchzuführen, begründet wird. (Sehr richtig!) Im Reich und in allen Gliedstaaten müssen Regierungen gebildet werden, deren Mitglieder nur solchen Parteien angehören, die die Verfassung anerkennen und bereit sind, zu ihrem Schutz alle Machtmittel des Staates zur Anwendung zu bringen. (Sehr richtig!) Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß im Reich mit Wirth gegen rechts, in Preußen mit Stegerwald gegen links regiert wird. Es ist geradezu grotesk, wenn in Bayern eine deutschnational gerichtete Regierung eine auf Grund der Reichsverfassung erlassene Verordnung sabotieren kann und Landesrecht über Reichsrecht stellen will. — Ueber alle diese Dinge kann zwar leichter geredet werden, als daß man sie ändert. Aber eine Änderung ist nur dann möglich — ich sage das mit reiflicher Ueberlegung —, wenn wir Sozialdemokraten uns freimachen von allen Schlagworten, wenn wir gewillt sind, ausschließlich mit realen Tatsachen zu rechnen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende unserer Partei, unser Freund Wels, hat in einer Rede am 21. August unter Hinweis auf das Versailler Diktat gesagt: Wir sind gebunden und können Politik nur von einem Tag zum anderen treiben. Bis zu einem gewissen Grade ist das zweifellos richtig. Aber wenn das der Fall ist, dann dürfen wir auch unsere Taktik nicht durch Parolen auf lange Dauer festlegen wollen. (Bravo!) Dann darf z. B. nicht gesagt werden: Wir gehen unter keinen Umständen mit dieser oder jener Partei in eine Regierung. (Sehr gut!) Wenn wir nur von Tag zu Tag Politik machen können, dann kann eine Partei — ich denke dabei nicht an die unsere — auch von einem Tag zum andern sich schließlich eines Besseren besinnen. Daß wir nur mit Parteien in eine Regierung gehen können, die die Verfassung respektieren, ist selbstverständlich. Aber heißt das, daß wir nur mit Parteien in eine Regierung gehen können, die der Verfassung zugehörig sind? Ich sage: Nein. Denn sonst wäre ja auch ein Zusammengehen mit der USP. unmöglich, und doch haben wir ihr wiederholt aus ehrlicher Ueberzeugung angeboten, mit in die Regierung hineinzugehen. Wie die Unabhängigen, so hat auch die Deutsche Volkspartei die Verfassung abgelehnt. Für uns darf nicht maßgebend sein, was eine Partei früher getan hat, sondern das, was sie zu tun bereit ist. Von einer Theorie der politischen Erbünden müssen wir uns freimachen. (Bravo!)

Zu der Zeit, als die Parole ausgegeben wurde: Unter keinen Umständen mit der Volkspartei —, war sie zweifellos richtig. Wir konnten nicht mit einer Partei in die Regierung, die die Monarchie propagiert. (Sehr gut!) Wir können nicht in eine Regierung mit einer Partei, von der wir annehmen mußten, daß sie bestimmte Geldquellen, die zu erschließen wir für unerlässlich halten, ablehnt.

Wir müssen also bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufstellen. Parteien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen und bestimmte Ministerien uns zu überlassen, können nicht dauernd von der Teilnahme an der Regierung zurückgewiesen werden. (Sehr wahr!) Ein Mindestprogramm auf Vorrat aufzustellen, halte ich für falsch. Daß immer bestimmte Forderungen an der Spitze stehen werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Eine Partei wie die sozialdemokratische braucht aber Selbstverständlichkeiten nicht erst in feierlicher Form zu beschließen.

Bei einer jeden Koalitionsregierung ist zu beachten, daß es sich dabei nicht um eine Bestimmungsgemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. (Sehr richtig!) Andernfalls wäre ein Zusammenarbeiten mit der Zentrumspartei in einer Koalition wahrscheinlich mindestens ebenso schwer wie mit anderen. (Sehr wahr!)

Um mich Mißverständnissen nicht auszusetzen, will ich zum neunundneunzigstenmal öffentlich erklären: Als Sozialdemokrat halte ich die sozialdemokratische Politik für die beste, die ein jedes Land treiben kann. Deshalb wollen wir ja auch die politische Macht, d. h. die Mehrheit des Volkes für uns erobern. Solange wir aber eine sozialdemokratische Regierung nicht bilden können, weil wir nicht die Mehrheit im Volke haben, solange sind wir auch darauf angewiesen, mit anderen Parteien zu arbeiten, es sei denn, daß wir auf jede Mitwirkung in der Regierung des Reichs, der Staaten und der Gemeinden verzichten wollen; und ich glaube, über den Standpunkt sind wir hinaus. (Zustimmung.)

Wir müssen uns noch auf lange Zeit auf Koalitionsregierungen einrichten. Tun wir es mit Klugheit und in bester Wahrnehmung der Interessen unseres Landes im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen. Wie sich die Koalitionsverhältnisse in der nächsten Zeit entwickeln werden, weiß keiner von uns. Aber das weiß ich: Alle Koalitionen sind das Vergänglichste. Unvergänglich bleibt die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.) Diese Einigkeit ist das Ziel, das wir erstreben. Sie allein macht uns stark gegen die Reaktion im Innern und gegen den Imperialismus draußen. Das bitte ich alle zu beachten, die hier Bedenken geäußert und Ablehnungen angekündigt haben. Das möchte ich namentlich auch meinen engeren Freunden in unserem Bezirk zu bedenken geben. Es ist kein leichter Beschluß, den wir zu fassen bereit sind, aber wir müssen ihn fassen, weil es einen anderen Weg für uns nicht gibt.

Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit. Nur wissen sehr viele nicht den Weg zu finden, auf dem sie zur Einigkeit gelangen sollten. Ihnen fehlt der Mut, sich zu einem Entschluß durchzuringen. Deshalb rufe ich allen diesen Jügendern, den geistig und körperlich Schaffenden, den Arbeitern und Angestellten, den Männern sowohl wie den Frauen zu: Rafft euch durch zu diesem Entschluß, seid überzeugt, alle Gefahren sind gebannt, wenn die Einigkeit herbeigeführt wird; und am schnellsten kann sie herbeigeführt werden, wenn die Arbeitermassen meinen Schlußmahnruf befolgen wollen: Kommt alle zu uns, zu der großen deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende Wels eröffnet die Sitzung. Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

**Ruben-Braunschweig:** Wir alle werden draußen für unsere Partei nicht allein deswegen, damit die Zahl der Mitglieder sich erhöht, sondern damit im entscheidenden Augenblick unsere Macht in die Waagschale geworfen werden kann. Ein solcher entscheidender Augenblick ist nach meiner Meinung jetzt vorhanden. Wir fühlen in den letzten Monaten und Wochen immer deutlicher, daß sich planmäßig etwas vorbereitet. Wenn man hier eine Fahnenweihe des Stahlhelmbundes, dort einen Regimentsappell, dort einen Heimatbundtag sieht, dann muß man doch in der Zentrale fühlen, daß einem die Zügel zu entgleiten drohen. Deshalb heißt es in diesem Augenblick: Wollen wir als die größte deutsche Partei unsere Macht in die Waagschale werfen, um diesen Stahlhelmjünglingen den Garaus zu machen? Wir können ganz offen sagen, daß die Ausnahmeverordnung Eberts Dinge enthält, die leicht im Verwaltungswege, wie es ja auch schon geschehen ist, in das Gegenteil verkehrt werden können. Es ist erforderlich, daß wir im entscheidenden Augenblick die Polizeigewalt in der Hand haben. Es droht ein Bürgerkrieg. Wir haben die Macht, ihn zu verhindern. Ich frage Sie, wollen wir diese Macht, die wir durch die unblutige der Revolutionen erungen haben, benutzen, um ihn zu verhindern? Wenn wir aber dies wollen, dann müssen wir in diesem Augenblick unser Augenmerk darauf richten, was taktisch richtig ist. Denn es handelt sich nur um eine taktische Frage.

In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist das Bewußtsein des Parlamentarismus noch nicht so stark, daß die Genossen zwischen Partei- und Regierungsprogramm unterscheiden. Ein Regierungsprogramm zu bilden, ist lebendig eine taktische Frage. Die Situation hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen und der Mobilisierung von rechts ist uns allen bekannt. Wir haben in Braunschweig die Stahlhelmjünglinge restlos aus der Schutzpolizei entfernt. (Hört! hört!) Wir haben die Hergt-Versammlung, die in provokatorischer Weise angekündigt war, um den kommunistischen Teil der Arbeiterschaft zur Unruhe aufzureizen, verboten, und wir haben von der Reichsregierung ein allgemeines Verbot des Stahlhelmbundes für ganz Deutschland auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 verlangt. Von Herrn Gewalt haben wir die Antwort bekommen, nach dem vorliegenden Material sei er der Meinung, der Stahlhelmbund verfolge kulturelle Zwecke. Wir haben in Mitteldeutschland ähnlich wie die sogenannte Ordnungszelle in Bayern und in Danzig bestrebt, bewußt eine republikanische Zelle gebildet. Aber das Eintreten in die Regierung nützt solange nichts, als wir nicht die konstruktive, planmäßige Arbeit leisten, von der der Genosse Remer aus Prag vorgeföhrt gesprochen hat. Diese planmäßige Arbeit muß vorbereitet werden. Dazu dient auch der Antrag Nr. 305.

Wir haben mit den Unabhängigen in Braunschweig gute Erfahrungen gemacht, weil sie sich der Gewalt der Entwicklung beugen mußten. Wir sind der Meinung, daß die Verärgerungspolitik gegenüber links besser unterbliebe und an ihre Stelle die planmäßige Kleinarbeit trete, wodurch wir den Unabhängigen die Idee, die notwendig ist, um eine Partei zusammenzuhalten, entziehen. Genosse Stauning hat uns erzählt, daß in Dänemark eine Spaltung deshalb nicht eingetreten sei, weil von jeher auch der linke Flügel an der politischen Arbeit unmittelbar beteiligt gewesen sei. Wir haben dadurch, daß wir in der Koalition uns nicht mit einem Lippenbekenntnis der Unabhängigen begnügten, das erreicht, was wir erstrebten. Ich bitte Sie, auch die Resolution, die der Parteivorstand zur Frage der Koalitionsbildung vorgelegt hat, dahin zu werten,

daß sie uns nicht nur Begleiter für die Politik in Preußen, für die Politik nach rechts sein soll, sondern daß auch die sozialistischen Regierungen dabei nicht erschüttert werden. Sie haben sich bewährt und sollen sich weiter bewähren. Dort allein, wo wir die Macht in der Hand haben, können wir planmäßig arbeiten, vor allem auch an das Zentralproblem, an die Erziehungsfrage, herangehen.

Wir sind uns darüber klar, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Keiner wird verlangen können, daß es innerhalb einer so großen Partei wie der Sozialdemokraten, nicht Leute gibt, die verschiedener Meinung sind. Die Hauptfrage ist, daß wir im entscheidenden Augenblick eine große innere Geschlossenheit der Partei dokumentieren und die Macht der größten deutschen Partei in die Waagschale werfen.

Hermann Müller: Ehe ich mich dem Kernproblem zuwende, einige Worte zu dem Antrag 34, der wieder einmal verlangt, daß über die Abgeordneten Anwesenheitslisten ausgegeben werden sollen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen. Die Kreise haben die Möglichkeit, sich auch so um ihre Abgeordneten zu kümmern. Die Anwesenheitslisten, die über die Motive der Abwesenheit keine Auskunft geben, sind nicht das Mittel, um hier Nachforschungen zu halten. (Sehr richtig!) Es gibt auch eine entschuldigte Abwesenheit.

Nun zum Kernproblem. Nicht nur die deutsche Öffentlichkeit des Auslandes beschäftigt sich mit diesem Problem. Es handelt sich hier tatsächlich um die Frage der Stabilisierung der republikanischen Einrichtungen und um die Fernhaltung schwerer politischer und ökonomischer Erschütterungen in Deutschland. Nun wird bei der Gelegenheit sehr oft auf meine Nürnberger Äußerung vom Jahre 1920 Bezug genommen. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß diese Äußerung damals richtig war. Sie wurde übrigens damals auch von fast der gesamten Partei geteilt. Wir gingen nach dem Ergebnis der Wahlen tatsächlich aus der Reichsregierung heraus, und ich möchte den sehen, der hier behaupten wollte, daß uns das schlecht bekommen wäre. Die Wahlen wurden damals mit dem Schlagwort der Fachminister gegen uns geführt. Mit diesem Schlagwort ist bei künftigen Wahlen ein für allemal aufgeräumt, und das ist ein Verdienst unserer Taktik. Aber dieses Wort von mir in Nürnberg war nur für die Zeit bestimmt. Ich muß es mir doch verbitten, daß solche goldenen Worte einfach kanonisiert werden. Solche Worte haben keinen Ewigkeitswert, wie es überhaupt in der Politik keine Ewigkeitswerte und keine allgemein gültigen Grundsätze gibt. Die Politik ist keine Wissenschaft, sie ist eine Kunst. Aber solche Reden zu halten, wie sie der Genosse Rief gestern gehalten hat, ist keine Kunst. (Sehr gut und Heiterkeit.) Solche Reden habe ich früher in meiner Jugend auch gehalten. (Erneute Heiterkeit.) Damals lebten wir aber in einem Obrigkeitstaat, von dem August Bebel erklärt hat, daß er sein Todfeind ist. Heute leben wir in der Republik, und wir haben dieser Republik gegenüber eine ganz andere Staatsgesinnung zu betätigen. (Sehr wahr!) Das vergessen Leute wie Rief. Ich möchte Sie deshalb bitten, endlich die Manuskripte zu verbrennen, die Sie für die Versammlungen vor der Revolution angefertigt haben. (Große Heiterkeit.)

Genosse Rief hat uns von dem Sieg in Thüringen gesprochen, und wir haben uns alle über die Erfolge in Thüringen gefreut. Aber ich habe in der Rede des Genossen Rief eine Auskunft darüber vermißt, was er mit dem Sieg anfangen will. Diese Frage ist noch nicht beantwortet worden. Genosse Rief weiß heute noch nicht, was die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Thüringen tun wird, wenn es sich um die Frage der Regierungsbildung handelt.

Nun möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß niemand im Parteivorstand, im Parteiausschuß und in der Kontrollkommission jemals auf dem Stand-

punkt gestanden hat, daß wir unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung hineingehen sollen. (Sehr wahr!) Soweit ich die Verhältnisse in Thüringen übersehen kann, glaube ich, daß im Augenblick dazu die Voraussetzungen unter keinen Umständen gegeben sind. Die ganze Debatte hat sich auf unser Verhältnis zur Deutschen Volkspartei zugespielt. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Name der Deutschen Volkspartei bisher in keiner Resolution irgendeines Parteitages erwähnt worden ist. (Zustimmung.) Es handelt sich lediglich um die Festsetzung eines Regierungsprogramms, mit dem die Republik geschützt werden soll. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Deutsche Volkspartei nichts Einheitsliches ist. Ich überschätze die verschiedenen Tendenzen innerhalb der Partei nicht. Aber der aufmerksame und ehrliche Politiker muß doch zugeben, daß in der letzten Zeit in der Deutschen Volkspartei sich Zeichen der Besserung bemerkbar gemacht haben. Ich erinnere beispielsweise an den Artikel der Frau von Dheim in der „Vossischen Zeitung“, die sich rückhaltlos auf den Boden der Republik gestellt und verlangt hat, daß diese Republik zur vollkommensten Republik der Welt gemacht wird, daß im Gegensatz zur Deutschen nationalen Partei die Deutsche Volkspartei zur republikanischen Mittelpartei werden soll. Nun wird mir vielleicht entgegengehalten werden: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Aber wir können uns doch über diese Schwalbe freuen, die aus den Reihen der Deutschen Volkspartei aufgetreten ist.

Dann ein Wort über die Stimmung in den Arbeiterkreisen. Ich verkenne diese Stimmung nicht, und ich weiß, daß sie vielfach an den Namen Stinnes anknüpft. Ich habe Stinnes niemals für einen Politiker gehalten, und ich habe es außerordentlich bedauerlich gefunden, daß er damals von der Regierung Fehrenbach-Simons in Spa losgelassen worden ist. Den Schaden davon hat Deutschland zu tragen gehabt. Wir würden uns mit aller Energie dagegen wenden, wenn er jemals wieder außenpolitisch in dieser Weise verwendet werden sollte. Aber wir müssen uns auf der anderen Seite auch hüten, nun sozusagen Stinnes zum schwarzen Mann zu machen. Es handelt sich zunächst darum, festzustellen, daß Stinnes in den Verhandlungen über Arbeiter- und Lohnfragen lange nicht der schlimmste in der Arbeitsgemeinschaft gewesen ist. Wenn die Behauptung aufgestellt worden ist, daß man mit der Deutschen Volkspartei nur arbeiterfeindlich regieren kann, so hängt das einfach davon ab, welche Macht die Partei und die Gewerkschaften aufbringen. (Sehr gut!) Es heißt einfach an der eigenen Kraft verzweifeln, wenn man eine solche Behauptung ohne weiteres aufstellt.

Sehr wichtig ist aber noch folgendes. Die Deutsche Volkspartei hat sich nach Annahme des Ultimatums für die Erfüllung des Ultimatums ausgesprochen, soweit das in den Kräften Deutschlands steht. Es war doch kein Zufall, daß gerade die Deutschen Volksparteiler im Kabinett, die Minister Heinze und v. Kaumer, schon vor dem 10. Mai für die Annahme des Ultimatums eingetreten sind. Das ist im Auslande beachtet worden, und ich werfe zunächst einmal rein theoretisch die Frage auf: Würden diese Politiker unvernünftiger sein, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem auch Sozialdemokraten sitzen? Darum handelt es sich zunächst aber gar nicht. Die Frage der Umbildung der Reichsregierung hängt von der Findung eines Steuerprogramms ab, und ich sehe in dieser Beziehung noch ziemlich schwarz.

Es ist bemängelt worden, daß in der Resolution 304 die Steuerfrage nicht genügend behandelt worden ist. Das, was in dieser Resolution steht, genügt; denn wir haben uns ja bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, bei der Debatte über den Reichstagsbericht noch im einzelnen mit der Steuerfrage zu beschäftigen.

Es ist gesagt worden, wenn die Deutsche Volkspartei eine solche Politik betreibt, wird sie ihre Wähler an die Deutschnationalen verlieren. Ist das unsere Sorge? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist gesagt worden: die Deutsche Volkspartei wird dann die Gunst des Kapitalismus verlieren. Ist das unsere Sorge? Ueberlassen Sie das doch der Deutschen Volkspartei. Im übrigen ist auch das Großkapital in seinen Auffassungen nicht einig. (Sehr richtig!) Ich habe vielfach während und nach meiner Amstättigkeit mit den Industrietapitänen über die politischen und wirtschaftlichen Probleme der deutschen Republik zu sprechen Gelegenheit gehabt und habe dabei gefunden, daß alle Einsichtigen unter ihnen sich gegen militäristische und putschistische Abenteuer ganz entschieden gewandt haben, daß sie der Ueberzeugung waren, sie würden zu Erschütterungen führen, die die deutsche Republik nicht aushalten könne. Alle diese Leute sehen ein, daß in absehbarer Zeit schon aus außenpolitischen Gründen nicht an eine Rückkehr der Monarchie in Deutschland gedacht werden kann. Leider sprechen sie es nicht öffentlich aus. Das haben sie mit der U.S.P. gemeinsam, daß sie nicht alles das aussprechen, was sie denken. (Sehr gut!) Ich frage: Wie kann es denn in der Agitation uns irgendwie schaden, wenn Auseinandersetzungen über den Eintritt in die Regierung mit mehr oder weniger begabten Führern der U.S.P. in den Versammlungen stattfinden? Die U.S.P. hat uns ja am 10. Mai geradezu animiert, in die Regierung einzutreten. Aber das Entscheidende ist zunächst: Was hat in den Ländern zu geschehen? Genosse Kieß hat hier die Behauptung aufgestellt, daß wir den Kasseler Beschluß in den Verhandlungen mit den mecklenburgischen, lippischen und sächsischen Parteigenossen nicht loyal ausgelegt hätten. Davon kann gar keine Rede sein. Niemand von uns hat daran gedacht, diesen für die Reichspolitik im Anschluß an die Reichstagswahlen gefaßten Beschluß auf die Länder auszudehnen. Das geht schon wegen der Hansstädte nicht. Sie haben gektern von einem Hamburger Delegierten gehört, daß dort der Oberstaatsanwalt wegen seiner antirepublikanischen Haltung gemäßregelt worden ist. Das ist durch Senate und Regierungen geschehen, in denen die Deutschen Volksparteiler heute schon sitzen. Auch das ist ein Beweis dafür, daß es von der Haltung der Republikaner abhängt, was in einem solchen Falle geschieht.

Wo liegt der Kern des Problems? Die Republik hat uns leider in Deutschland den Einheitsstaat nicht gebracht. Eisner in München und Merkel in Braunschweig haben genau so gut ihre partikularistische Politik getrieben wie einige Genossen in anderen Ländern. (Zustimmung.) Jetzt ist unsere einheitliche Republik in Gefahr. In Bayern wird ganz offen in den Kreisen der höheren Beamten davon geredet, daß in diesem Winter die Weimarsche Verfassung geschmissen werden soll. Und wie die Dinge in Schlesien liegen, haben die mittelschlesischen Delegierten dargelegt. Sie haben gesehen, wie bis in die letzte Zeit hinein die energische republikanische Politik der Reichsregierung von den Ländern sabotiert worden ist. Ich erinnere an die Verhandlungen im Reichsrat, wo die preussischen Delegierten der Dominicus-Regierung dem Reich mit Bayern zusammen in den Rücken gefallen sind und die Maßnahmen aufgehoben haben, die die Reichsregierung für notwendig hielt.

Daraus geht doch hervor, daß wir Einfluß auf die Länder bekommen müssen. Hier unterhält man sich darüber, wie notwendig es ist, daß die Reichswehr republikanisert wird, zur selben Zeit wollen Sie dafür sorgen, daß die Schutzpolizei monarchisirt wird. Ist das überhaupt noch Politik? Es handelt sich also erstens um die Vorbereitung zur akuten Abwehr und zweitens um die dauernde Festigung der demokratischen Einrichtungen in Deutschland. Dazu würden verschiedene Maßnahmen durchzuführen sein. Von uns wird nur verlangt, daß wir erklären sollen, daß wir mit allen den Parteien zusammen-

arbeiten wollen, die die republikanische Verfassung anerkennen und mit allen staatslichen Nachmitteln bereit sind, zu ihrer Verteidigung beizutragen.

Es ist gefragt worden, ob die Arbeiterschaft allein die Verfassung verteidigen kann. Ich habe die Frage immer bejaht. Aber ich erinnere Sie an den Kapp-Putsch und die auf ihn folgenden Revolten im Ruhrgebiet und die daraus entstandenen Erschütterungen. Wir haben alle Ursache, solche Krisen zu vermeiden. Die Kundgebungen am 31. August haben gezeigt, welche Macht die Arbeiterklasse bedeutet. Aber alle acht Tage kann man solche Demonstrationen nicht machen, wenn man die Massen nicht einschläfern will. Die großen Energien müssen angesammelt und in politische Kraft umgesetzt werden. Ich bitte Sie daher, alle Abänderungsanträge abzulehnen und die Resolution 304 mit großer Mehrheit anzunehmen. So werden Sie dem deutschen Volke die Arme freimachen, um der Reaktion bei jeder Gelegenheit das Handwerk legen zu können. (Lebhafte Beifall.)

**Bauern-Oldestoe:** Daß Genosse Müller sagte, wir müßten auf jeden Fall wieder in die Regierung hinein, ist zu begrüßen. Man sollte sich einmal überlegen, woher die Energie gegen die Deutsche Volkspartei kommt. In der Resolution wird ihr Name gar nicht genannt. Es ist eigentümlich, daß wir nur die Deutsche Volkspartei und nicht auch die anderen bürgerlichen Parteien bekämpfen. Da möchte ich fragen: Was schadet uns mehr, der Einfluß des Zentrums innerhalb der Regierung, das die von uns geforderte Schulpolitik verhindert, oder die Deutsche Volkspartei, die die Monarchie propagiert? Im Zentrum ist die Reaktion genau so vertreten wie in der Deutschen Volkspartei, das beweist der Uebertritt Spahns. Wir müssen daher alle bürgerlichen Parteien gleichmäßig behandeln und uns nicht einseitig auf die Deutsche Volkspartei festlegen. Ich bitte daher, daß Sie der Resolution zustimmen.

Genosse Eisenbarth hat recht, wenn er endlich Laten zu sehen wünscht. Er hat angeführt, daß der Generalsstaatsanwalt Schön in Hamburg entlassen ist. Aber was ist damit geschaffen? Er kann jetzt seine freie Zeit dazu verwenden, die Republik noch entschiedener zu bekämpfen als vorher und wird noch dafür bezahlt. So etwas darf nicht vorkommen. Man hat Gesetze geschaffen für die Erwerbslosenunterstützung. Wenn dem Arbeiter nachgewiesen wird, daß er die Arbeit nicht annimmt, wird ihm die Unterstützung entzogen. Die Landarbeiter bekommen die Unterstützung nur 13 Wochen, aber entlassene Offiziere erhalten Pension auf Lebenszeit und benutzen ihre freie Zeit, um die Republik zu bekämpfen. Das Tragen der Uniform ist verboten worden, man hat aber wieder gestattet, daß sie bei Beerdigungen getragen werden kann. Damit ist wieder eine Möglichkeit geschaffen, Bestimmungen zu umgehen. Wenn man Verordnungen herausgibt, muß man sie aufrechterhalten und darf nicht immer Hintertüren schaffen. Ebenso sind Frontkämpfertage und Regimentsappelle verboten worden. Trotzdem hat kürzlich ein Regimentsappell in Oldenburg stattgefunden, wozu auch Hindenburg erschienen war. Die Republik muß gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um solche Dinge unmöglich zu machen. Deshalb ist es notwendig, daß wir in der Regierung vertreten sind, und der Parteitag muß die hierfür aufgestellten Richtlinien unterstützen.

**Bernstein-Berlin:** Wenn man eine folgenschwere Entscheidung zu treffen hat, muß man sich vor Augen halten, welche Folgen eintreten, sofern man das Entgegengesetzte tut. Wenn wir anstatt des Antrages des Parteivorstandes die Anträge annehmen, die der Partei bei den Regierungsbildungen die Freiheit der Entscheidung nehmen, dann wird die Aenderung der Regierung in Preußen sehr unwahrscheinlich, dann werden wir sie nur schwer mit solchen Mitteln erzwingen, die nicht in der Folgewirkung schlimmer sind als das Resultat. Die größere Wahrscheinlichkeit bei der Lage der Dinge in Deutschland ist nicht, daß

wir in eine Regierung in Preußen eintreten, sondern daß der Tag kommt, wo wir im Reiche aus der Regierung heraus sind. Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung im Reiche und in Preußen würde für die Republik eine Katastrophe bedeuten. Die ganze Arbeiterbewegung würde sich anders zur Republik stellen als heute, und die Gegensätze würden sich in unerwünschter Weise verschärfen. Genosse Haenisch hat vor einigen Tagen einen Artikel über die Schwierigkeiten veröffentlicht, die er als Unterrichtsminister bei seinen Reformen in der Verwaltung gehabt hat. Er sah sich bei seinen Bestrebungen einer Wand gegenüber, das war das obere Beamtentum.

Genosse Müller hat schon darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur um die innere, sondern um die äußere Politik handelt, die Stellung der deutschen Republik in der großen Republik der Völker. Wenn die Sozialdemokratie zu dieser Regierung in Opposition tritt, sinkt das Ansehen der Republik gerade bei den Demokratien, die es mit Deutschland gut meinen. Die SPD. ist die Partei der Republik in Deutschland, das hat man jetzt erkannt. Selbst die bürgerlichen Parteien der Gegner haben sie als notwendig erkannt. Die USP. steht auf dem Boden der Republik und ist bereit, sie zu verteidigen, wenn ihr das Messer an der Kehle sitzt. Aber ihr die Mittel zum Leben zu bewilligen, dazu hat sie sich noch heute nicht entschlossen. Wir würden agitatorisch gewinnen, wenn wir in der Opposition sitzen, aber wir bringen das Opfer dieses Vorteils. Das erkennen auch die Parteien im Ausland an. Eine wirklich bürgerliche Demokratie haben wir leider nicht. Die Demokratische Partei sehen wir infolge ihrer Halbheiten und großen Schwäche zusammenschmelzen, nicht nur der Zahl, sondern auch der inneren Kraft nach. Welcher Unterschied ist denn überhaupt zwischen der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei?

Wenn die Deutsche Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, dann steht unsere Partei 1:3, wir gegen die drei Bürgerlichen. Das wird unsere Position nicht erleichtern. Diese Lage wäre zu verbessern, wenn die USP. sich endlich entscheiden würde, das zu tun, wozu die Einsicht ihrer intelligentesten Mitglieder neigt. (Sehr richtig!) Sie sollte in diese Koalition eintreten, ohne die Deutschland unmöglich ist, dann stünden 169 sozialdemokratische Abgeordnete etwa ebensoviel bürgerlichen gegenüber, und wir würden viel mehr durchsetzen können. Und ehe die USP. diesen Entschluß nicht faßt und nicht die Politik der Unverantwortlichkeit aufgibt, sehe ich keine Möglichkeit der Vereinigung. Erst eine Einheitlichkeit in der Politik kann die beiden Parteien zusammenbringen.

Die Republik hat große Aufgaben zu erfüllen. Die Deutsche Volkspartei hat eine soziale Macht, sie ist eigentlich die Partei der deutschen Bourgeoisie. Hinter ihr steht die deutsche Finanz, die deutsche Großindustrie und die Intelligenz in Deutschland. Wir müssen versuchen, diese Partei an den Wagen der Republik zu spannen.

Vor einiger Zeit hat ein Mitglied der Demokratischen Partei, als bei uns Stimmung war, für die Auflösung des Reichstages einzutreten, gesagt: Welches Interesse haben Sie daran, daß wir, die Demokratische Partei, vollständig zerrieben werden? So gering ist das Selbstvertrauen in den Reihen dieser Partei. Wenn wir eine starke Regierung haben wollen, müssen wir uns die Hand freihalten, unter bestimmten Bedingungen zu sagen: Gut, kommt herein! Dann werden wir das durchsetzen, was nötig ist. Unsere Macht in der Arbeiterschaft ist ein großes Pfund. Wir wollen unser Pfund nicht vergraben, sondern wuchern lassen im Interesse der Republik und damit im Interesse des Friedens der Völker überhaupt.

Wiesbaden-Breslau: Ich habe den Auftrag, Ihnen im Namen der schlesischen Delegation die Annahme des Antrages 318 zu empfehlen. Unsere Aufgabe als Parteitag ist, durch die Beschlussfassung den Weg zum Sozialismus zu finden.

Wir sind überzeugt, daß wir nur auf dem Wege über die Demokratie, über die republikanische Staatsform den Sozialismus aufbauen können. Mit Recht haben die Genossen Müller und Krüger gesagt: Das Gebot der Stunde ist die Niederhaltung der Reaktion. In diesen Ruf stimmt auch die USP. ein. Das ist auf drei Wegen möglich, und zwar nicht zum mindesten auf dem Wege, den uns Joeben Genosse Bernstein geschildert hat, auf dem Wege der Völkerveröhnung. Deswegen wende ich mich zunächst an die Vertreter unserer ausländischen Bruderorganisationen. Wir haben von ihnen den Rat erhalten, für eine Koalition zu stimmen, in die Regierung einzutreten, um die demokratische Republik zu halten und damit die Grundlagen des internationalen Sozialismus nicht zu gefährden. Wir erkennen diese Ratsschläge an, machen sie aber darauf aufmerksam, daß auch sie eine ernste Verpflichtung für den Sozialismus haben. Sie dürfen nicht erlahmen die Bewegung zu forcieren, daß nicht der Haß die Reaktion in Deutschland wachsen läßt. Das ist die größte Gefahr für die demokratische Republik. Wenn wir jetzt nicht Gerechtigkeit empfangen und Ober-schleifen erhalten, verlieren wir die Möglichkeit der Wiedergutmachung, dann wächst die nationale Welle, und damit wird der Felsen gebaut, auf dem die Kirche steht, in der die nationalistische Erhebung, der Haßgedanke und der Revanchekrieg zum Dogma wird. Ein neuer Krieg und ein neuer Frieden bedeuten ein Horst-Europa!

Der zweite Weg ist die Einigung des Proletariats. Wir wollen die Einigung, aber nicht eine Einigung auf jeden Fall, weil der Sozialismus Sache der Ueberzeugung und Sache der Klugheit ist. Mit der SPD. und den Nationalsozialisten können wir keine Gemeinschaft haben. Wenn wir die wirtschaftlichen Fragen lösen wollen, brauchen wir den Sozialismus. Wer sich weigert, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, den Sozialismus zu sichern, begebt den Kreislauf des Scheitens, der sich in den Schwanz beißen will. Dazu zähle ich diejenigen, die auf jeden Fall die Resolution des Parteivorstandes ablehnen wollen. Ich erblicke in dieser Resolution die Möglichkeit, eine Regierung zu bilden, in der wir uns noch bewegen können.

Wir müssen dem Parteivorstand Bewegungsfreiheit schaffen, aber wir müssen auch klug und taktisch richtig handeln, damit wir nicht den geringen Gewinn, der uns durch die Beteiligung an der Regierung erwächst, dadurch wettmachen, daß wir die Gunst der Massen völlig verlieren. Wir schwächen unsere Position, wenn wir sagen: Eintritt in die Regierung auf jeden Fall. Wir würden es gern sehen, wenn noch weitere Forderungen, z. B. die, die Sozialisierungsfragen betreffen, aufgestellt werden könnten. Aber das erscheint zweifelhaft. Wenn die Volkspartei die Forderungen unseres Parteivorstandes anerkennt, so handelt es sich ja gar nicht mehr um Leute der Volkspartei von heute, sondern das sind einmal Volksparteiler gewesen, so gut wie die Anhänger des Zentrums und die Demokraten einmal Monarchisten gewesen sind und sich durch Annahme der Verfassung zu Republikanern bekannt haben.

Der letzte Absatz der Resolution des Parteivorstandes ist nicht klar und bestimmt, sondern dehnbar. Wir brauchen die Aufstellung eines Minimums an Forderungen, und dieses Minimum müssen die Forderungen sein, die in der Resolution des Parteivorstandes enthalten sind. Ich bitte den Parteivorstand, einmal daran zu denken, ob es für unsere Partei nicht richtiger ist, diese Kundgebung möglichst einmütig herauszubringen. Es ist unpraktisch und vom parteipolitischen Standpunkt aus unrentabel, wenn wir benen, die gern für die Sozialdemokratische Partei tätig sind, unnötig Steine in den Weg rollen. Es wird Kreise in der Partei geben, die schließlich sagen: hier will sich der Parteivorstand die Möglichkeit sichern, einmal unter diese Forderungen zu geben und auf jeden Fall eine Koalition einzugehen.

Deswegen bitte ich den Parteivorstand: sorgen Sie dafür, daß diese Brücke gebaut wird, damit es der Minorität wenigstens ermöglicht wird, für die Gesamtresolution zu stimmen. Lehnen Sie unseren Antrag ab, der diese Mindestforderung aufstellt, dann werde ich für meine Person gegen die Gesamtresolution stimmen. Ich bitte doch, zu beachten, ob das in Anbetracht der Größe der Organisation, die ich zu vertreten habe und die durch ihre Taktik einen Wahlsieg ermöglicht hat, der auch die Grundlage zur ferneren Regierungsbildung und zum Sozialismus mit schafft, praktisch ist.

Wir wollen die Reaktion niederhalten. In Dels war schon die Wohnung für den Kronprinzen hergerichtet. Wenn es uns nicht gelingt, die Forderungen durchzudrücken, deren Erfüllung wir nach der Kapp-Zeit dem Volke versprochen haben, so wäre mir um die Zukunft bange.

Frau Juchacz-Berlin: Wenn wir uns die stolzen Zahlen der Partei im Geschäftsbericht ansehen, so führen wir den Erfolg, den wir seit 1918 an unsere Fahnen heften, auf den wissenschaftlichen und ideellen Gehalt unserer Anschauungen und auf die Richtigkeit der Politik zurück, die wir verfolgt haben. Zu denken aber muß uns geben, wenn nun schon seit zwei Jahren eine erhebliche Abnahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen ist. Wir kommen zu dem Schluß: die großen Linien unserer Politik finden wohl die Billigung der deutschen Arbeiterschaft, aber wir müssen uns überlegen, warum es noch nicht gelungen ist, daß die Frauen im politischen Kampf so kameradschaftlich neben den Männern stehen, wie wir es nach der von den Massen der Arbeiter anerkannten Richtigkeit unserer Anschauungen und Politik erwarten müßten. Nach unserer Beobachtung im Ausland, z. B. in Dänemark, wo die Frauen schon länger das Wahlrecht haben, kann ich konstatieren, daß da nicht soviel von Frauenfragen und besonderen Fraueninteressen gesprochen wird, sondern daß die Frauen sich dort viel mehr in das allgemeine politische Leben einrangieren. Das ist auch für uns die Notwendigkeit. Die Frauen müssen zu den politischen Tagesfragen Stellung nehmen, die uns in immerwährender Spannung erhalten. Wir müssen in den Bezirken in der nächsten Zeit in kleineren Zirkeln von sachverständigen und interessierten Männern und Frauen einmal die wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Frauenrückgangs zu ergründen versuchen und auf Abhilfe sinnen. Auch im Parteivorstand werden wir uns mit dieser Spezialfrage beschäftigen, damit wir im nächsten Jahre mit Fug und Recht sagen können, daß auch die Frauen der Arbeiterklasse den Boden für die Mitarbeit im politischen Leben gefunden haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt heute ihre Betrachtungen über den ihr allem Anschein nach recht unbequemen Parteitag unserer Partei: Futtertruppe oder Opposition? — Man sollte nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt oder mindestens früher darin gefessen hat. Mit diesen Motiven aber wird draußen im Lande viel Propaganda getrieben. Man macht sich die Unkenntnis der politisch ungeschulden Frauen zunutze, die die ganze Hohlheit einer solchen Agitation nicht durchschauen können. Dieser Art von politischer Agitation muß ein Gegengewicht entgegengesetzt werden, indem wir weite Kreise der Frauen aus der Arbeiterschaft für den politischen Kampf schulen. Überall fällt man über die Politik der Sozialisten her. In der Eisenbahn, in der Straßenbahn, in Geschäften und Lokalen kann man es hören, und Leute mit sozialdemokratischer oder auch nur demokratischer Weltanschauung sitzen dabei und sind ganz still. Wir müssen den Mut haben, gerade in der gegenwärtigen kritischen Zeit unsere Anschauungen öffentlich zu zeigen. (Sehr richtig!) Ich bin früher nicht dafür gewesen, daß wir Sozialisten uns mit Abzeichen schmückten. Aber die gegenwärtige Zeit um die Erhaltung der Republik zwingt uns dazu, auch durch unser äußerliches Verhalten immer

wieder den Gedanken der Republik zu betonen und öffentlich zu zeigen, wieviel Anhänger der demokratische, republikanische und sozialistische Gedanke in Deutschland gefunden hat. (Zustimmung.) Das wird auch die Jagen und die Beiseitestehenden zweifellos mitreißen. Wenn wir erst über die Krisenzeit hinausgekommen sind, wenn wir erst Sozialpolitik und Volkswohlfahrtspolitik in wünschenswertem Umfang treiben können, dann werden wir durch diese positive Arbeit weite Schichten der weiblichen Bevölkerung auch veranlassen, zu uns zu kommen und mit uns zu arbeiten.

Aus all diesen Gründen heraus sollten wir heute versuchen, uns die Frauen zu Kameraden zu erziehen im Kampf für die Freiheit, im Kampf für die Republik. (Lebhafter Beifall.)

Gödelinger-Köln: Der Parteitag in Görlitz wird zweifellos für unsere Parteibewegung eine überragende Bedeutung haben. Wir sind heute dabei, die Linie unserer Politik für das Reich nach einer Seite abzubiegen, die ich für verhängnisvoll halte. Dieses Vorgehen wird in unserer Partei geradezu katastrophal wirken. Im Rheintand wissen wir, daß der Ausdruck: das Zentrum ist genau so schlimm wie die Deutsche Volkspartei, nicht richtig ist. Das Zentrum muß unter allen Umständen auf den starken Flügel der Christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die heute in den Betrieben und Werkstätten von uns in einem Maße beeinflusst sind, wovon Sie sich keinen Begriff machen können. Die christlichen Gewerkschaftler sind in allen wirtschaftlichen Fragen durchaus mit uns einig und gehen manchmal radikaler vor als unsere Parteigenossen. Darauf muß das Zentrum Rücksicht nehmen, und es kann deshalb eine Politik der Rechten nicht so hemmungslos mitmachen. Die Zukunft wird zeigen, daß das Zentrum wahrscheinlich eine Spaltung erleben wird, daß es seinen rechten Flügel an die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei abgeben wird.

Wir müssen beachten, daß wir bisher außerordentlich glücklich darin waren, daß sich die Erziehung der USPD in Deutschland nach der Linie bewegt hat, daß sie heute notgedrungen eine Regierung stützen muß, in der Bürgerliche vertreten sind. Diese Erkenntnis dringt durch bis in die Massen der USPD. Wenn Sie nun die Koalition in Preußen nach rechts erweitern, wird die Folge die Erweiterung im Reich sein, dann braucht diese Koalition die Unterstützung der USPD nicht mehr. Die Folge wird sein, daß die USPD in die schärfste Opposition getrieben und Angriffspunkte gegen unsere Partei genug bekommen wird, die sie in der Agitation ausschaltet. Dann kann es kommen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, wenn sie geschickt operiert, die Partei wird, die stärkere Anziehungskraft hat als die SPD. Jeder einzelne hat zu bedenken, ob er in der Richtung entscheiden will, daß die Politik nach rechts abgelenkt wird, oder ob er an der heutigen Linie festhalten will. Wahrscheinlich wird es wegen der Steuerfragen im Winter zu einer Reichstagsauflösung kommen. Wollen Sie in diesen Wahlkampf eintreten, belastet mit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei? Wir können uns keine günstigere Wahlparole denken als diejenige: es sind 100 Milliarden zu decken und ihr schaffenden Schichten in Stadt und Land habt zu entscheiden, wie sie gedeckt werden müssen.

Ich möchte noch den Antrag 320 begründen, worin verlangt wird, daß der Parteivorstand eine Einrichtung schaffen soll, die eine Uebersicht über die Genossen und Genossinnen gewährt, die geeignet und bereit sind, in die Verwaltungen der Kommunen, der Länder und des Reichs einzutreten. Es hat sich auch als eine Notwendigkeit herausgebildet, daß beim Parteivorstand eine Uebersicht über die Parteigenossen besteht, die heute im Verwaltungsdienst tätig sind, über Landräte, Beigeordnete, Ärzte, Juristen. Die Demokratisierung der Verwal-

tung kann nur in dem Maße durchgeführt werden, wie Sie Parteigenossen in die Verwaltung hineinschicken. Wir haben die Möglichkeit, Parteigenossen vor allem in der Verwaltung der Kommunen unterzubringen. In manchen Orten ist manchmal ein großer Mangel an geeigneten Kräften, während in anderen Orten Material zur Verfügung steht. Darüber fehlt jeder Ueberblick. Vor allem fehlt es heute an geeigneten Ärzten, Juristen, Wohlfahrtspflegerinnen und Beigeordneten. Biesfach werden die Posten mit ungeeigneten Kandidaten besetzt. Ich möchte deshalb bitten, daß Sie unserm Antrage zustimmen, damit wir eine solche Einrichtung haben, die auch den Verkehr mit den Parteigenossen von Stadt zu Stadt und den Austausch von Material und Erfahrungen erleichtert.

Zum Schluß bitte ich Sie noch einmal: vergessen Sie das eine nicht, daß eine gesunde Entwicklung im Interesse des Proletariats, das wir vertreten, nur darin liegen kann, daß die Vereinigung mit den Parteigenossen, die auf dem Boden der Demokratie stehen, angebahnt und nicht um Generationen hinausgeschoben wird, vielleicht zum Verhängnis der deutschen Arbeiterklasse.

**Frau Grünberg-Mürnberg:** Bei der Eröffnungsfeier am Sonntag brachten uns die ausländischen Delegierten die Grüße von fernem Landen, und wir hörten den Ruf, daß auch wir in Deutschland mitarbeiten sollten an allen Fragen, die das Volk interessieren; wir sollten uns auch dazu bequemen, unsere besten Köpfe in die Regierung zu entsenden. Es wäre gut, wenn die Resolution, die Parteivorstand und Parteiauschuß vorgelegt haben, einmütig angenommen würde. Wir haben auch von den meisten Diskussionsrednern gehört, daß sie für Annahme der Resolution sind, also für Eintritt in die Regierung. Nur einige Mißklänge waren vorhanden, und sie kamen besonders von Frankfurt, wo scheinbar eine Theoretikerfabrikation vorhanden ist, die sich gegen den Eintritt in die Regierung ausspricht. Diese graue Theorie hat uns schon vor dem Kriege in der Sozialdemokratie viel geschadet, und wir wollen hoffen, daß der gesunde Sinn der Delegierten am Parteitag sich durchsetzt.

Wir müssen unsere besten Köpfe in die Regierung hineinschicken, damit sie dort für uns wirken können. Das ist eine gesunde Lat. Nicht die Phrasologie bringt uns vorwärts. Millionen von tätigen Männern und Frauen sehnen sich danach, daß gesunde Politik betrieben wird. Wie wir auf Bebel zurückschauen können, so haben wir auch heute gesunde Männer. Wir haben unsern Auer in München, und wenn er leider auch zu einem Manne geworden ist, der nicht mehr so kräftig dasteht, so deshalb, weil er von Mörderhand verletzt worden ist. Wenn unser Auer in der gesunden Politik, die er verfolgt, nur überall die Unterstützung hätte und die graue Theorie mehr verschwinden würde, dann wäre es viel besser für die deutsche Sozialdemokratie.

Man macht uns Frauen den Vorwurf, daß wir den Stimmzettel nicht richtig ausgenutzt hätten. Der große Bruder schimpft auf die kleine Schwester. Wenn in den dreißig Jahren, die wir ungehindert arbeiten konnten, innerhalb der Familien mehr praktischer Sozialismus getrieben worden wäre, dann hätten auch die Frauen weit mehr Liebe und Verständnis für den Sozialismus, und dann würden sie auch den Stimmzettel, den sie durch die Revolution bekommen haben, besser ausnützen. (Zustimmung.) Die Schuld trifft den großen Bruder. Früher hat man die Frauen nicht für würdig gehalten, sie aufzuklären, jetzt müssen wir alle darunter leiden. Auch daraus sollten wir lernen. Wir sollten uns immer mehr verinnerlichen, nicht nur den Tagesfragen nachleben sondern auch einmal zurückschauen. Es wäre sehr gut, wenn die Erziehungsfrage etwas mehr behandelt würde. Dann kämen wir vorwärts.

Wenn jetzt Parteigenossen hierherkommen und einfach ablehnen, in den Regierungen mitzuarbeiten, wenn wir jetzt wieder die große Zeit verpassen, wenn wir unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen wieder veräumen,

die Sozialpolitik zu fördern und das, was bisher erreicht worden ist, zu sichern und zu erhalten, dann trifft uns eine schwere Schuld. Die meisten Redner haben heute für die Annahme der Resolution 304 gesprochen. Wenn die Durchführung dieser Resolution in den einzelnen Teilen nicht sofort möglich ist, dann muß man sich von Fall zu Fall entscheiden. Aber es muß eine gesunde Politik der Möglichkeit getrieben werden. Nur so kommen wir vorwärts, und nur so werden wir auch die Massen in unseren Reihen behalten. Darum möchte ich Ihnen zurufen: sorgen Sie dafür, daß Sie die Liebe des Volkes gewinnen, daß eine Erinnerungstag stattfindet, damit die Massen den Sozialismus vollständig begreifen lernen. - Dann werden wir zum Ziele kommen. (Lebhafte Beifall.)

**Cosereit-Chemnitz:** Die Ausführungen, die gestern hier nach der Richtung hin gemacht worden sind, daß sich eine besondere Chemnitzer Richtung bemerkbar gemacht habe, sind Schlagworte, nichts mehr. Wir bilden uns nicht ein, als Chemnitzer eine besondere Richtung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei darzustellen. Was wir wollen, ist, daß wir unseren Grundsätzen treu bleiben und eine wirklich sozialistische Politik treiben.

Nun komme ich auf die Ausführungen, die Genosse Franz Krüger machte. Soweit ich den Genossen Fellisch kenne, muß ich annehmen, daß das, was in dem Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ steht, nicht die wirkliche Meinung des Genossen Fellisch über diese Frage darstellt, sondern daß dem Berichterstatter bei der Fülle des Materials ein Fehler unterlaufen ist. Wir Chemnitzer stehen auf dem Boden der Amsterdamer Internationale, was sich auch aus den Wahlen zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiterverbandes unstreitig ergeben hat. Der Genosse Fellisch wird sich zu dem Artikel in Nr. 57 der „Volksstimme“ vom 9. März äußern müssen.

Nun zu der Frage der Regierungsbildung, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Debatte gezogen hat. In der Debatte hat man sich vornehmlich mit der Deutschen Volkspartei beschäftigt. Wir werden als Sozialdemokraten für die Resolution 304 stimmen können, wenn der letzte Absatz gestrichen oder gemäß den Abänderungsanträgen eine entsprechende Aenderung erfolgt. Wir haben heute nicht darüber zu entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei zu dieser Frage steht. Für mich ist es klar, daß bei der bisherigen Zusammensetzung der Deutschen Volkspartei die Annahme der Punkte, die in der Resolution enthalten sind, nicht in Frage kommt. Prominente Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei haben sie ja auch bereits als undiskutabel bezeichnet. Das geht aus einem Artikel in der „Kreuzzeitung“ hervor. Ich habe selbst mit dem Herrn Lizentiaten Dr. Everling in Greiz bei den Thüringer Landtagswahlen die Klänge zu kreuzen gehabt, und es war ganz charakteristisch, was er über die Anschauungen der Deutschen Volkspartei in dieser Beziehung sagte. Er erklärte: die Deutsche Volkspartei stellt sich jetzt auf den Boden der Republik; sie will nicht Putzhe und sie will die Republik gegen die äußerste Rechte und die äußerste Linke verteidigen. Aber — so führte er weiter aus —, wenn das Volk so entscheidet, daß wir die Macht bekommen, dann können Sie es uns nicht übel nehmen, wenn wir auf legalem Wege die Monarchie einführen. So lange prominente Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei derartige Ausführungen in öffentlichen Volksversammlungen machen, ist es ausgeschlossen, daß wir mit derartigen Personen in eine Koalition eintreten. (Sehr gut!)

Wir haben aber noch etwas anderes zu erwägen. Wir haben nachzuforschen, warum in Preußen, dem größten Bundesstaat, eine Regierungsbildung in unserem Sinne nicht möglich ist. Wir sind die stärkste Partei in Preußen und im Reich, und man verweigert uns die Mitarbeit an der Regierung. Siegerwald — ich kann nicht sagen, daß er darin ein kluger Politiker ist — will die Sozial-

demokratie nur unter der Bedingung in die Regierung hineinnehmen, wenn auch eine Verbreiterung nach rechts stattfindet. Dahinter stehen die Massen der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei, die die Reihen der Sozialdemokratie bezimern möchten. Wenn diese Parteien bei den späteren Wahlen die Mehrheit erringen werden, dann werden wir unser blaues Wunder erleben, dann wird das Geschehen, was in Danzig bereits geschehen ist. Daher ruht eine schwere Verantwortung auf uns. Wir dürfen uns nicht vom blinden Eifer und von blinder Leidenschaft leiten lassen. Wir müssen den Kopf klar halten. Die ganze Welt blickt auf den Börlitzer Parteitag. Wenn die Resolution in der Richtung abgeändert wird, die ich eben andeutete, dann vergibt sich kein Sozialdemokrat etwas, wenn er dieser Resolution zustimmt. Ich bin überzeugt, daß es dann vorwärts gehen wird, nicht nur im Sinne des deutschen Proletariats, sondern im Sinne des Weltproletariats. (Bravo!)

**Moltmann-Schwerin:** Von den Koalitionsgegnern und auch vom Parteivorstand ist gesagt worden: wir müssen zur Tat übergehen, wir müssen handeln. Wir haben in Mecklenburg-Schwerin eine Koalition mit der Volkspartei gebildet und glauben, damit zur Tat übergegangen zu sein. (Sehr richtig!) Wenn wir zur Tat schreiten sollen, wollen Sie dann zur Tat schreiten, wie es die Kommunisten und Unabhängigen uns bisher gepredigt haben? Wenn die Tat nur in Streiks und Demonstrationen besteht, dann werden uns die Massen langsam fortlaufen; der Weg zur Tat kann nur darin bestehen, daß wir in die Regierungen, in die Stadtparlamente und in alle öffentlichen Körperschaften hineingehen, um die Republik zu schützen. Ein Genosse aus Thüringen glaubte, uns hier auf dem Parteitag schmähen zu können. Ja, so leicht dürfen wir uns die Sache heute nicht machen. Wir hatten im verfassunggebenden Landtag 32 Sozialdemokraten und 32 Bürgerliche. Davon waren 17 Demokraten. Die Regierung bestand aus 3 Sozialdemokraten und 2 Demokraten. Als dann dieser verfassunggebende Landtag auseinanderging und diese Regierung aus 3 Sozialdemokraten und 2 Demokraten den Landtag eröffnete, da sagten uns die Unabhängigen: hinweg mit dieser Regierung. (Hört, hört!) Ja, wer sollte denn nun an die Stelle dieser Regierung treten? Wenn wir die Politik Marktwalds hätten unterstützen wollen, dann hätten wir damals der Volkspartei und den Deutschnationalen die Regierung überlassen müssen. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen wollten uns dazu zwingen. Die Landtagswahlen waren folgendermaßen ausgefallen: 26 Sozialdemokraten und 5 Unabhängige, dann 29 Bürgerliche, nämlich 14 Deutschnationale, 10 Volksparteiler und 5 vom Wirtschaftsbund. Dazwischen standen 4 Demokraten. Diese Demokraten lehnten es ab, mit uns eine Regierung zu bilden. Wir haben dann lange verhandelt. In Mecklenburg war auch ein großer Teil von Parteigenossen, die es nicht für nötig hielten, mit einer dieser bürgerlichen Parteien in die Regierung zu treten. In der Fraktion wurde abgestimmt und mit schwacher Mehrheit verlangt, auch mit der Volkspartei in eine Regierung hineinzugehen. Diese schwache Mehrheit sagte sich aber: wenn wir eine so große Strömung gegen uns haben, dann können wir die Verantwortung für die Regierung nicht übernehmen. Sie lehnte deshalb ab, unser größter Fehler, und es wurde eine deutschnationale-volksparteiliche Regierung gebildet. Nachher kamen die Demokraten und erklärten, daß die Politik dieser Regierung ihnen nicht passe. Sie fragten uns, ob wir nicht mit ihnen diese Rechtsregierung stürzen wollten. Wir antworteten ihnen: wir sind jeden Tag dazu bereit, wenn ihr Demokraten mit uns eine Regierung bilden wollt. Das lehnten sie ab. Schließlich kamen aber die Demokraten doch wieder zu uns und erklärten: jetzt geht es zu weit, jetzt sind wir bereit, diese Regierung zu stürzen und mit euch eine neue Regierung zu bilden. Wir haben uns dann sofort bereit erklärt. Als aber die Regierung gestürzt war, kamen die demokra-

tischen Größen aus Mecklenburg zusammen, und ihre vier Landtagsabgeordneten triegten so viel Hiebe, daß sie mit uns die Regierung nicht bilden durften. Was sollten wir nun machen? Wir haben Landtagswahlen bekommen, die dann folgenbermaßen ausfielen: 28 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, also wiederum 31 sozialistische Stimmen, 15 Deutschnationale, 12 Volksparteiler und 6 Wirtschaftsbündler. Die Bürgerlichen hatten also 33 und wir nur 31 Stimmen. Dazwischen standen 3 Demokraten. Sollten wir nun wieder dieselbe Politik betreiben wie vorher? Wir haben uns gesagt: nein, wir müssen hinein in die Regierung, wir überlassen den Deutschnationalen und Volksparteilern nicht wieder die Regierungsgeschäfte. Wir haben den Ministerpräsidenten gestellt. Die Regierung besteht aus 2 Sozialdemokraten, einem Volksparteiler, einem Wirtschaftsbündler und einem Demokraten. So ist heute die Regierung zusammengesetzt. Wir betreiben diese Politik nicht, und wir betreten auch ganz entschieden, daß wir den Kasseler Beschluß gehandelt haben sollten; denn dieser Beschluß ging nicht auf die Reichsregierung und nicht auf die Regierungen in den anderen Ländern. Der Thüringer Genosse hat es leicht, hier zu reden; denn dort ist eine sozialistische Mehrheit. Der Weg zur Tat kann nur darin bestehen, daß wir wie früher für unsere Ueberzeugung arbeiten, daß wir nicht Phrasen sagen, wie es die Unabhängigen und Kommunisten bisher getan haben. Die Unabhängigen und Kommunisten sind ja heute innerlich gar nicht mehr der Meinung, daß wir nicht in die Regierung hineingehen dürfen. Sie wollen, daß wir die Regierungsgeschäfte mit übernehmen; das ist ihre Weisheit, ihre irriige Politik im Lande treiben. Wenn diese Zustände bekommen, dann wird bald mit den Unabhängigen verhandelt werden, dann werden die Unabhängigen ihre bisherige Politik nicht mehr machen können. Wenn wir aber richtig arbeiten, dann geht uns kein Mensch in der Partei verloren, dann werden wir vielmehr Anhänger gewinnen, stärker und machtvoller dastehen. Wir haben in Mecklenburg 700 000 Einwohner; davon waren im vorigen Jahr 30 000 Mitglieder unserer Parteiorganisation; heute sind es 41 000. Sorgen Sie dafür, daß Sie in Ihren Bezirken entsprechend der Einwohnerzahl eine dementsprechend ausstaffierte Organisation haben. (Sehr richtig!) Arbeiten Sie über den Marktwald (Frankfurt) stark und gefestigt bleiben. Wenn wir uns dem Marktwald (Frankfurt) anschließen, dann kommt die Einigung des Proletariats, der Grab der Republik. (Sehr wahr!) Wenn wir aber unsere Politik betreiben, dann erfolgt die Einigung auf dem gesunden Boden der ökonomischen Entwicklung, auf dem Boden des Marxismus. (Lebhafter Beifall.)

**Schiller-Böttingen:** Wir streiten uns über die Formulierung zweier Bekenntnisse: Wie kommen wir mit unseren Klassen von links wieder zusammen? und: Wie können wir es vermeiden, mit der Volkspartei zusammen zu arbeiten, mit dieser ausgesprochenen Partei der Arbeiterfeinde? In Börlitz hofften wir endlich eine Parole zu bekommen, wie es mit der Sammlung der Arbeiterschaft bestellt ist. Bisher ist noch weit von dieser Parole entfernt. Wir machen uns die Schwärze mit der U.S.P. zusammenzukommen, unnötig stärker. Die Frage der Diktatur sollte uns bei den Unabhängigen nicht mehr schrecken. Crispian hat im Februar 1920 das Wort geprägt: „Die Diktatur des Proletariats ist die Voraussetzung für die Revolution, die wir aufstellen, sie ist kein Schlagwort, das wir ausgehen lassen.“ Wir sollten in diesen Tagen, wo wir unter dem schamlosen Terror der Klassenparteien stehen, unseren Klassen-genossen von links nicht Vorwürfe machen, die sie nur zu ihrer Neigung zur Diktatur machen. Ich habe in diesen Tagen aus dem Munde eines hochgestellten Genossen der Republik das Wort gehört: „Wir müssen das was uns die jetzige Krise bringen wird. Aber wenn wir nicht mit uns einig werden, dann kommen, nach einem zweiten Kapp-

Rußland wieder eroberte Positionen zu halten, dann werden wir diese Positionen halten, auch wenn die Genossen, die die treuesten Hüter des demokratischen Palladiums sind, getränkt werden, d. h. wir werden, wenn wir nach einem zweiten Kapp-Putsch besiegt haben, Dispositionen treffen müssen, die unter Umständen vorübergehend nicht immer nach den reinen Gesetzen der Demokratie auszuliegen sind."

Aber die Frage der Koalition ist die größte Sorge. Wir müssen hier die Konzeptionen feststellen, die wir den Unabhängigen, und die umgekehrt die Unabhängigen uns machen müssen, um das Proletariat zu sammeln. Eine Konzeption, die wir machen müssen, ist, daß wir erkennen lassen, die alte National-liberale Partei kann für uns keine Koalitionspartei sein! (Sehr richtig!) In Göttingen, wo der gesamte Lehrkörper der Universität eine neue wilhelminische Zukunft einbezogen ist, wo die geistigen Repräsentanten des echten, alten Nationalliberalismus sitzen und weiter gedrillt werden, der der hervorragendsten Vertreter dieser Richtung, Professor Brandt, nur wenigen Monaten auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei gehalten, in der er den alten Potsdamer Geist für den einzigen Geist hält, der dem Aufbau des Aufgebauens erklärte. Ich erinnere ferner daran, daß vor einigen Tagen der Abgeordnete Hergt über die Seelenverwandtschaft der Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen folgendes gesagt hat: „Die Deutsche Volkspartei hat in letzter Zeit vielfach mit der Politik der Mitte geliebäugelt, aber heute sagen zu können, daß diese Ansicht überwunden ist. Die Koalition zwischen beiden Rechtsparteien besteht jetzt kein grundsätzliches Hindernis mehr. Sie stehen beide auf dem Boden der Verfassung, aber wir müssen unsere monarchistischen Ideale nehmen zu lassen.“ Wenn Herrmann über die Eintagsfliegen wie den Herrn v. Campe freut, dann dürfen wir uns im Interesse der Klärung auch über Leute wie Hergt freuen.

Nun ein paar Worte zur Entschließung des Parteivorstandes. So sehr ich die Schwierigkeiten sehe, die bei einer Formulierung dieser komplizierten Materie entstehen, so doch sagen, wir können diesem Maß der Verantwortung, die wir durch die Entschließung dem Parteivorstande, dem Parteiausschuß und den Fraktionen übertragen, nicht leichten Herzens zustimmen. Wir sollten wenigstens in der Klärung ausdrücken, daß wir mit der Deutschen Volkspartei zurzeit als Koalitionspartner ernsthaft rechnen können. Wir müssen uns an die Stimmung der Massen außen denken. Die Arbeiter sehen die Erfolge einer solchen Koalition mit gemischten Gefühlen an. Das Gefühl der Massen geht dahin, daß die Vorbereitung solcher Koalitionen unsere Kraft schwächen, und die Interessen der Massen liegt, darf nicht noch weiter geschwächt werden. (Sehr richtig und Händeklatschen.)

Dr. Köster-Blantensee: Ich habe die Vertreter der ausländischen Parteien vorgeschlagen, an uns gerichtet waren nicht einfache Begrüßungsworte. Aus ihnen stang heraus die Befürchtung, die deutsche Republik, um etwas, was für die ganze europäische Demokratie den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt der europäischen Arbeiterbewegung von einer Bedeutung ist, die noch nicht alle deutschen Sozialdemokraten verstehen können. Die Frage, vor der wir stehen, ist nicht mit einem Blick auf die deutsche Volkspartei oder ein Professor in Göttingen gesagt hat, zu entscheiden. (Sehr richtig.) Diese Frage hat eine wichtige außenpolitische Seite. Wenn man überhaupt aufwirft, muß man bedenken, daß das Interesse Englands, das die deutsche Regierung verlangt, die auf der einen Seite durch eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eine pazifistische Außenpolitik garantiert, auf der anderen Seite durch die Zusammenfassung aller wirtschaftlich tätigen Kräfte, durch eine geordnete Wirtschaft die Garantie bietet,

daß man mit dieser Regierung auf die Dauer verhandeln und arbeiten kann. Außenpolitisch ist eine stabile Regierung auf möglichst breiter Basis, wenn sie aus anderen Gründen möglich ist, das, was wir brauchen. Dieser Gesichtspunkt ist bisher nicht zur Geltung gekommen.

Im übrigen haben wir scheinbar immer noch Genossen unter uns, welche glauben, daß Deutschland heute zwischen Wohl und Uebel zu wählen hat, die noch nicht begriffen haben, daß wir nur zwischen dem größeren und dem kleineren Uebel zu wählen haben. (Sehr wahr!) Wenn wir das berückichtigten, werden wir die Frage viel nüchterner behandeln können. Gestern freilich schien es manchmal, als ob von einigen unserer Genossen die Teilnahme an der Regierung für etwas so Wunderbares gehalten wurde, daß man allen Anlaß hätte, möglichst viel Parteien davon abzubringen. Das Umgekehrte ist der Fall. Wir müssen nicht fragen, ob wir die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinnehmen wollen, sondern ob wir der Deutschen Volkspartei weiter gestatten wollen, auf der einen Seite von den Rechtsblockschweifern abzurücken, auf der anderen Seite ohne die schwere Last der Mitverantwortung im Bande Agitation auf unsere Kosten zu treiben. Es handelt sich nicht nur darum, die gesunden Kräfte, die auch in dieser Partei stecken, für den Aufbau zu mobilisieren, sondern auch darum, gewisse negative Kräfte in der Partei festzulegen. Wenn wir wertvolle Kräfte, die sich uns anbieten, kurzerhand zurückerweisen, ist das eine Politik, die sich nicht nur am deutschen Volke, sondern auch an unserer Partei rächt.

Das große Uebel des deutschen Parlamentarismus ist die Vielsichtigkeit unserer Parteien. (Sehr richtig!) Wir haben in Deutschland die Zentrumsparthei, die eigentlich ein Reichstag im kleinen ist. Diese Partei wird auf absehbare Zeit noch weiterbestehen bleiben. Aber in bezug auf die übrigen Parteien links und rechts von uns sind Zusammenlegungen, Lösungen, Vereinfachungen notwendig und möglich. Ich glaube, daß unser heutiger Beschluß ein Schritt zu diesem Ziele sein kann. Wer das Problem des deutschen Parlamentarismus durchgedacht hat, weiß, was ich meine. Unsere Parteitaktik muß dahin gehen, die deutschen Parteiverhältnisse zu reinigen und zu stabilisieren.

Ich unterstreiche im übrigen, was hier schon betont ist: Lassen wir uns nicht durch die zwei Jahre Koalition mit Zentrum und Demokraten abhalten, den wahren Charakter auch unserer Koalitionspartner richtig einzuschätzen. Die geistige Auseinandersetzung zwischen uns und dem Zentrum wird kommen. Jetzt haben wir mit den materiellen und wirtschaftlichen Problemen noch genug zu tun. Die Auseinandersetzung kommt. Dann wird es sich zeigen, daß wir gegen das Zentrum in diesem geistigen Kampfe auch andere Parteien notwendig haben, mit denen wir wirtschaftlich vielleicht nicht so eng zusammenstehen wie heute mit dem Zentrum.

Die Situation ist eine außerordentliche und erfordert außerordentliche Lösungen. Wir müssen einsehen, daß das Problem ein Problem reiner parlamentarischer Zweckmäßigkeit und Technik ist. Wir dürfen uns nicht durch Agitationsphrasen in die Idee hineinreißen lassen, daß, wenn wir mit Volksparteilern an einem Tisch im Ausschuß sitzen und mehr oder weniger technische Fragen lösen, damit unser wirtschaftlicher Kampf gegen die Volkspartei tangiert wird. Wir werden diesen wirtschaftlichen Kampf weiterführen, ohne uns durch dieses parlamentarische Zusammenarbeiten behindern zu lassen.

Die Frage hat aber für Deutschland auch eine große staatspolitische Bedeutung. Das augenblickliche staatspolitische Problem ist, wie wir die großen verwirrten Massen des deutschen Volkes, die die politische Wirklichkeit nicht sehen wollen, zum Staatsbewußtsein gegenüber der Republik erziehen. Wirtschaftlich gehören die großen Massen der volksparteilichen Wähler zu uns. Das Problem ist, wie wir diese Massen zur politischen Vernunft erziehen. Das kann

erreicht werden, wenn diese heute noch nationalitistisch verwirrten Massen durch Beteiligung an der verantwortlichen Arbeit zur nüchternen Einsicht in die innen- und außenpolitischen Bedingungen unseres Lebens erzogen werden.

Daß die Parteigenossen im Lande eine solche Politik verstehen werden, daran zweifle ich nicht. Wir brauchen Führung, straffe Führung. Die letzten drei Jahre unserer Parteigeschichte haben bewiesen, daß wir, wenn wir fest bei der Stange bleiben, trotz zeitweiliger Niederlagen immer wieder durchkommen. Möge sowohl der Geist klarer nüchternen Einsicht als auch der feste Wille zur Führung über den Beschlüssen von Görlich bis zum letzten Tage leuchten. (Lebhafte Bravo!)

**Otto Braun-Berlin:** Ich bin angenehm enttäuscht über den geringen Widerstand gegen die Resolution des Parteivorstandes und auch über die Schwäche der Argumente, die bei diesem Widerstand zum Ausdruck gebracht sind. Es handelt sich hier um die Umstellung unserer Partei aus einer agitierenden in eine regierende Partei. Das ist für viele sehr schwierig, denn man kommt dadurch aus einer sehr bequemen in eine manchmal sehr unbequeme und verantwortungsreiche Position. (Sehr wahr!) Wir sind bereits ohne diesen Beschluß durch die Praxis zur regierenden Partei geworden. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir bei der Parteizerküftung in Deutschland nicht so schnell daran denken können, die ganze Macht für unsere Partei zu eringen. Wir müssen die Machtpositionen, die wir nach unserer Stärke beanspruchen können, auch in Anspruch nehmen und im Interesse des Proletariats ausnutzen. Da können wir nicht danach fragen, was Hergt oder ein Professor in Göttingen gesagt haben. Wenn gegnerische Parteien, mit denen wir eine Koalition eingehen müssen, um unsere Macht auszunutzen, nach solchen Reden fragen, könnte auf Seiten der Volkspartei auch gefragt werden, was denn der Genosse Schiller oder ein anderer führender Genosse in dieser oder jener Versammlung gesagt haben, und ob man nicht in eine schwierige Position käme, wenn man mit ihnen zusammenginge. Wenn wir mit anderen Parteien eine Regierung zu bilden gezwungen sind, können wir uns nicht immer den Partner aussuchen, sondern er wird uns durch das Wahlergebnis präsentiert. Wir müssen uns nur fragen, ob wir mit ihm ein Stück Weges zu unserem Ziele zurücklegen können. Ist das nicht der Fall, dann dürfen wir die Arbeitsgemeinschaft nicht eingehen. Kommen wir aber mit ihm ein Stück Weges vorwärts zu unserem Ziele, dann müssen wir zusammengehen, wenn die politischen Verhältnisse es irgendwie gestatten. Deswegen dürfen wir auch nicht für ein Jahr lang feste Bedingungen aufstellen, die für die Regierungsbildung in Reich und Ländern gelten sollen. Es können Verhältnisse eintreten, wo uns eine so feste Beschränkung ein Hindernis ist oder wo die Führer gezwungen werden, über die Bedingungen sich hinwegzusetzen.

Nun zur konkreten Frage der Regierungsbildung. Bernstein meinte, die Situation wäre für uns nicht besonders glücklich, da wir im Kabinett wie 1:3 wären, wenn die Volkspartei hinzuträte. Ich möchte Sie bitten, dieses Zahlenverhältnis nicht gelten zu lassen. Es kommt im wesentlichen darauf an, welches Ressort wir haben und welchen Mann wir an die Stelle setzen. (Zustimmung.) Die Demokratisierung der Verwaltung ist der allgemeine Schrei. Sie ist aber nicht möglich in dem gebotenen Maße durch Entlassung von Beamten und Ersatz durch neue, sondern es kommt vielmehr darauf an, die Masse der tatsächlich vorhandenen Beamten umzustellen. Die Entlassung vieler Beamten macht Schwierigkeiten. Ohne Disziplinarverfahren sind sie nicht zu beseitigen, und es ist auch meist hinreichender Ersatz nicht vorhanden. Wir müssen dahin wirken, daß die Beamten sich auf die Republik umstellen. Bei der Umstellung dürfen wir nicht übersehen, daß die Beamten in jahrelanger mon-

archischer Tradition erzogen sind. Sie können sich nicht von heute auf morgen umstellen. Wir müssen aber verlangen, daß sie, wenn sie Beamte bleiben, der Republik ihre Kraft so rückhaltlos zur Verfügung stellen, wie sie sie früher der Monarchie zur Verfügung gestellt haben. (Sehr richtig!) Ein Beamter, der mir erklärt: Ich bin Monarchist, tue aber meinem Eide gemäß meine Pflicht, ist mir ebenso lieb wie ein früherer sozialdemokratischer Beamter, der seinem Eide gemäß seine Pflicht in der Monarchie getan hat. Solche Beamte sind besser als jemand, der eine republikanische Gesinnung heuchelt und nur auf den Augenblick wartet, wo er umschlagen kann. Es kommt darauf an, den monarchischen Beamten klarzumachen, daß sie dem republikanischen Minister ebenso vorbehaltlos zu gehorchen haben wie früher dem monarchischen Minister.

Wenn wir die Macht aktiv ausüben wollen, nützt uns die schärfste Opposition im Parlament nichts. Der ganze Apparat funktioniert erst, wenn man selbst die Hand am Steuer hat. Das gilt insbesondere für die Länder, wo man den Verwaltungsapparat in der Hand haben muß.

Wenn Genosse Schiller gesagt hat: Mit der Volkspartei, mit den alten Nationalliberalen, können wir nicht in die Regierung gehen, möchte ich ihn fragen: hat uns die alte Zentrumsparlei nicht früher ebenso scharf bekämpft wie die Nationalliberale Partei? Wir dürfen uns auch nicht durch den demagogischen Kniff des Führers der Deutschnationalen Hergt irremachen lassen, der öffentlich die Seelengemeinschaft der Volkspartei mit den Deutschnationalen erklärte. Dieser Kniff fließt aus der Angst der Deutschnationalen, daß die Deutsche Volkspartei durch die Koalition nach links gedrängt wird und dadurch die Deutschnationalen isoliert werden könnten. (Sehr richtig!)

Wenn erklärt worden ist, ein Zusammengehen auf Grund der Bedingungen des Antrages mit der Deutschen Volkspartei würde der U.S.P. wieder Werbekraft geben, so bitte ich, zu berücksichtigen, daß unsere konsequente Politik uns die Werbekraft gegeben hat, daß aber die Zickzackpolitik der U.S.P. dazu geführt hat, daß sich dort Verfallerscheinungen geltend machen. Das Volk will positive Erfolge in der Politik und nicht rabiate Phrasen und Reden haben. Genossen, Ihr müßt Vertrauen zu unserer Kraft haben. Die Genossen, die gegen die Resolution sprechen, haben nicht das genügende Vertrauen zur Werbekraft unserer Partei. Wir müssen den Willen zur Macht haben. Wenn Sie den Antrag annehmen, wird das zum Besten der Partei sein. Wenn Genosse Schiller meinte, dieser Antrag sei Gummi, so nehme ich diesen Ausdruck auf: Er mag der Gummiknüppel sein, mit dem alle Hindernisse auf dem Wege zur Macht, die wir selbst und die Gegner uns aufbauen, aus dem Wege geschlagen werden.

**Franz Rattowitz:** Genosse Scheidemann sagte gestern, daß es das Bestreben der Parteigenossen sein muß, in der Politik die Kraft auf die augenblicklich wichtigste Frage zu konzentrieren. Für uns Oberschlesier ist im Augenblick die wichtigste Frage die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Die ober-schlesische Arbeiterschaft sieht heute oft mit anderen Augen an, als die Genossen im übrigen Reiche. Für uns ist die Frage, ob wir eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei bilden, im Augenblick ziemlich nebensächlich. Uns ist im Augenblick jede Regierung genehm, die es erreicht, daß Oberschlesien ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleibt. (Bravo!) Wir leben in der Gefahr, von der ober-schlesischen Kulturgemeinschaft losgelöst und damit um mindestens 100 Jahre in der Entwicklung zurückgeschleudert zu werden. Wir haben deshalb das dringendste Interesse, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, dieses Unglück für die ober-schlesische Arbeiterschaft und damit auch für den internationalen Sozialismus zu verhindern.

Die Zustände in Oberschlesien sind bekannt. Bemerken will ich aber, daß gerade die Parteien der sogenannten Ordnung, die sich bei jeder Gelegenheit so gebärden, als wenn sie allein die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen haben, nicht in unserem Interesse handeln. Wenn wir die Rathschläge dieser Parteien befolgt hätten, bräuchten wir uns heute über das Schicksal Oberschlesiens nicht mehr zu unterhalten. Neben der imperialistischen Gewaltpolitik auf polnischer Seite tragen die Hauptschuld an den obererschlesischen Zuständen gerade die Kreise, die heute der Sozialdemokratie und der Reichsregierung die ärgsten Vorwürfe machen. Diese Kreise haben durch ihre Polenpolitik und durch ihre drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft den Samen für den Haß gesät, der heute in Oberschlesien so verhängnisvoll aufgegangen ist.

Die Deutschnationalen haben der Reichsregierung den Rat gegeben, das bekannte Ultimatum der Ententemächte abzulehnen. Wäre es abgelehnt worden, dann hätte der obererschlesische Zustand seinen Zweck erreicht, weil er gerade auf der Hoffnung aufgebaut war, daß die deutsche Regierung das Ultimatum ablehnen würde. Die Reichsregierung ist nicht darauf eingegangen, und dadurch sind die Ziele der polnischen Imperialisten zusehends geworden.

Aber auch dort, wo jene Kreise angeblich uns helfen wollen, versagen sie und bringen uns anstatt Hilfe mehr Unglück. Gerade der Selbstschutz in Oberschlesien hat infolge der dunklen Ziele seiner Hintermänner und infolge der Ausschreitungen einzelner Mitglieder der obererschlesischen Bevölkerung großes Unglück gebracht. Diesen Leuten kam es weniger darauf an, Oberschlesien vom polnischen Terror zu befreien. Ihr Ziel war, nachdem sie sich Oberschlesien unterworfen, mit ihren Freikorps nach Berlin zu marschieren und dort die Regierung zu stürzen. Nach unserer Auffassung sind die Regierungsstellen diesem Freikorpsunwesen nicht mit der notwendigen Energie entgegengetreten. Sie hätten mindestens die Aufgabe gehabt, die Geldquellen zu ermitteln und sie zu verstopfen, aus denen diese Freikorps gespeist werden.

Die obererschlesische Arbeiterschaft ist auch durch unsere Politik in wirtschaftlichen Fragen nicht ganz befriedigt worden. Der Kasseler Parteitag hat sich ausgiebig mit unserer Wirtschaftspolitik beschäftigt. Die obererschlesische Arbeiterschaft horchte, nachdem in deutschen Parlamenten die Sozialisierungsfrage eingehend erörtert worden war und der Kasseler Parteitag dazu Stellung nahm, freudig auf. Wir im zweitgrößten Industrierevier Deutschlands haben an der Ueberführung der Industrie aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz ein außerordentlich großes Interesse. Wir haben deshalb geglaubt, daß man auf diesem Wege einen Schritt vorwärts machen würde. Leider haben wir uns getäuscht. Wenn es auch schwer ist, auf diesem Gebiete im Augenblick praktische Vorschläge zu machen, so dürfen wir doch in der Verfolgung unserer Ziele nicht haltmachen. Unsere Politik hatte schon den Erfolg, daß selbst Leute wie Stinnes zugeben mußten, daß die bisherigen Wirtschaftsformen sich überlebt haben. Wenn wir unsere Politik nicht weiterverfolgen, wird sich die Ansicht in jenen Kreisen schnell ändern. Wir müssen energischer auf diesem Gebiete vorgehen, weil hier die Möglichkeit vorhanden ist, unserem Endziel ein Stück näherzukommen. Wir in Oberschlesien hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Willen zur Tat zeigen wird, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. (Beifall.)

**Severing-Bielefeld:** Ich weiß nicht, wie der Genosse Franz den Vorwurf begründen will, daß die Sozialdemokratische Partei in der Bekämpfung der Freikorps nicht entschieden genug vorgegangen sei. Der Parteivorstand und der Fraktionsvorstand haben schon Ende April d. J. die geeigneten Schritte unternommen, um die Bildung der Freikorps zu hintertreiben. Auch die beamteten Parteigenossen haben die Gefahr zeitig genug erkannt und sind ihr

mit aller Schärfe entgegengetreten. Es nützt der Partei nicht, wenn solche nicht zu beweisenden Behauptungen von dieser Stelle aus ins Land gelangen.

Ich wende mich nun dem Problem zu, das das Kernstück unserer Verhandlungen bildet. Ich erlebe da eine glänzende Genugtuung. Was zur Begründung der Notwendigkeit der Abstreifung aller Fesseln hier heute und gestern gesagt worden ist, habe ich im internen Kreise der Fraktion und in anderen Körperschaften schon vor einigen Monaten gesagt. Es gehörte keine besondere prophetische Gabe dazu, zu sagen, daß wir einmal zu einem solchen Beschluß kommen mußten, wie er uns jetzt in der Resolution empfohlen wird. Die Gegner der Resolution waren in ihrer Argumentation sehr schwach. Zwar hat der Delegierte aus Chemnitz uns geraten, wir sollen den Kopf klar behalten zum Gesetzt; aber ich glaube, die Genossen aus Chemnitz sollten diese Mahnung zuerst selbst beherzigen, denn übermäßige Klarheit schien mir die Rede des Genossen Voserreit nicht zu verraten.

Wenn wir jetzt die ganze Kraft der Sozialdemokratischen Partei auf einen Punkt konzentrieren wollen, dann ist es die Erhaltung und der Ausbau der Republik. Dazu gehört nicht nur ein klarer Kopf, sondern auch die energische Faust. Wenn die Gegner der republikanischen Einrichtungen ihren Kampf mit Revolvern und Maschinengewehren führen wollen, kann ich nicht einsehen, daß wir den Kampf zur Abwehr erfolgreich mit Papierkugeln und schönen Resolutionen bestehen. Dann müssen wir alles darauf anlegen, die Instrumente zum Schutz der Republik und der Verfassung in die Hand der Vertreter der demokratischen und republikanischen Partei zu bekommen (Sehr richtig!), Waffen in die Hand zu bekommen (Sehr richtig!), und zwar die legalen Waffen der Reichswehr und der Polizei. (Heiterkeit.)

Die Gegner der Resolution sprechen von der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Ich habe manchmal das Gefühl, daß gerade diejenigen, die in Versammlungen und auf der Straße so recht tapfer reden, am Verhandlungstisch, in Parlamenten und in Regierungen gerade das ein wenig vermessen lassen, was man unter dem Ausdruck *Discourage* bezeichnet. (Sehr richtig!) Ist das Vertrauen zur eigenen Männlichkeit, zur Kraft der Partei, wenn man fürchtet, in der Nachbarschaft der Volksparteiler das Gefühl des Klassenkampfes zu verlieren? Wenn ich als Minister etwas durchzuführen will, frage ich nicht nach der politischen Nachbarschaft, dann suche ich in meinen Nachbarn Bundesgenossen zur Erreichung dieser Ziele, und wären diese Nachbarn auch Beelzebub oder Luzifer. (Zuruf: Stinnes ist schlimmer!) Was besteht für ein Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen? Stinnes ist der nationalliberale evangelische Mann und Thyssen der Zentrumskatholik. Wollen Sie etwa behaupten, daß die Arbeiter der Thyssen-Unternehmungen besser behandelt werden als die in den Stinnes-Betrieben? (Sehr gut!) Der Klassenkampf unserer Berg- und Metallarbeiter im Industriegebiet richtet sich nicht gegen den evangelischen oder volksparteilichen Mann, sondern gegen den Unternehmer schlechthin. Dieser Klassenkampf wird nicht vermisch, wenn wir uns bemühen, Forderungen des Tages durchzusetzen auch mit der Volkspartei. Es kommt nicht darauf an, in welcher politischen Nachbarschaft wir uns befinden, sondern darauf, daß wir unsere Bestrebungen möglichst kräftig und schnell zur Durchführung bringen.

Wer die Einigungspolitik so betreiben will wie Genosse Schiller, der kann lange auf eine Einigung mit den Unabhängigen warten. Wir müssen unterscheiden zwischen unabhängigen Führern und den Massen, die sich heute noch zur Unabhängigen Partei rechnen. Diese Arbeitermassen gewinnen wir nicht zurück durch Resolutionen, die revolutionär klingen, sondern durch entschiedene Taten. Wenn wir in den preussischen Verwaltungskörper auch Vertrauens-

männer der Unabhängigen Partei bringen, führt uns das weit mehr zur Einigung als die Rezepte, die uns Genosse Schiller heute gegeben hat. Darum aber müssen wir Republikaner an der Spitze der Verwaltung haben.

Die Genossen in Köln sind von der gleichen Inkonsequenz wie in Chemnitz. Nicht alle, das nehme ich zu Eurer Ehre an. (Heiterkeit.) Der Genosse Görlinger hat uns eine schöne Resolution vorgelegt: Der Parteivorstand soll Listen derjenigen Persönlichkeiten vorlegen, die zur Verwaltung im Reich, in den Bundesstaaten und Kommunen geeignet sind. Was nützt uns die schöne Liste, wenn die Personen nicht in die Verwaltung hineinkommen? Sie können nicht vom Parteivorstand hineingebracht werden, sondern nur von den Ministern. Entweder will man Macht im Reich, in den Staaten und in den Kommunen, dann müssen wir auch den Willen zur Macht bekunden. Oder aber man will politische Abstinenz, man will sich die Freiheit der Kritik und des ohnmächtigen Schimpfens vorbehalten, dann ist es auch Sisyphusarbeit, solche detaillierten Anträge auf dem Parteitag vorzulegen. (Zuruf: Das hat die preußische Landtagsfraktion gemacht!) Nicht allein die Genossen in Köln, Frankfurt und Chemnitz haben das Recht, Lorbeeren zu machen, sondern auch die sogenannten prominenten Persönlichkeiten dürfen von diesem Recht Gebrauch machen. (Große Heiterkeit.)

Selbstverständlich ist es, daß wir diese Politik nicht betreiben, um einige Genossen in materiell nicht einmal immer sehr günstige Stellungen hineinzubringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat heute einen Artikel zum Parteitag mit dem Untertitel gebracht: „Futtertrippe oder Opposition?“ Wenn ein Landratsamt, das Amt eines Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten oder Oberpräsidenten heute eine Futtertrippe ist, dann ist dieses Amt doch auch schon früher eine Futtertrippe gewesen, als die konservative Partei sich daran sattgegessen hat. (Sehr richtig!) Dann ist es aber auch nur in der Ordnung, daß einmal ein Schichtwechsel vorgenommen wird. Aber, wie gesagt, darauf kommt es uns nicht an, aus Futtertrippengründen unsere Leute zu placieren.

Wir wollen die Republik mit Männern durchsehen, die auch in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen. (Sehr richtig!) Was ist das für eine Demokratie und Republik, die ihren Schutz Männern anvertrauen muß, die entweder Monarchisten sind und Militaristen oder nur mit halbem Herzen auf dem Boden der Republik stehen? Wenn wir das aber wollen und wenn wir andererseits feststellen müssen, daß wir heute allein die Macht zur Durchführung nicht haben, dann müssen wir uns nach Bundesgenossen umsehen. Darum keine Fesseln, keine politische Abstinenz. Wir wollen leben, wir wollen arbeiten, und wir wollen siegen. (Lebhafter Beifall.)

Ein genügend unterstützter Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vors. Wels: Genosse Bader legt Wert darauf, festzustellen, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort zur Begründung des Amendements, das von ihm und seinen Freunden aus Magdeburg zu dem Antrag 304 eingebracht worden ist, abgeschnitten wurde.

Estlein-Breslau (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Schölich hat gestern in meiner Abwesenheit, als ich in der Programmkommission war, Ausführungen gemacht, die dahin gedeutet werden können, als ob die Darlegungen, die ich gemacht habe, nicht im Sinne der Breslauer gelegen hätten, wie ich das behauptet habe. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß die Politik, die ich hier vertreten habe, in Breslau durch eine ganze Reihe von Mitgliederversammlungen festgestellt worden ist und daß auch ein diesbezüglicher Antrag zum Parteitag von der Parteigruppe Breslau-Stadt eingebracht worden ist.

Schölich-Breslau: Ich bin leider dadurch genötigt, festzustellen, daß ich gestern dem Genossen Estlein vorher gesagt habe, ich würde seine Ausführungen zurückweisen, so daß er also Gelegenheit hatte, hier anwesend zu sein. Ich habe ausdrücklich festgestellt, wie die Versammlung zusammengesetzt war, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, und ich habe weiter gesagt, daß der Bezirk Mittelschlesien sich in dieser Beziehung nicht festgelegt hat.

Franz Krüger (Schlußwort): Parteigenossinnen und -genossen! Ich will zunächst bemerken, daß der Genosse Bartels auf das Schlußwort verzichtet will und mich ersucht hat, die gestellten Anträge, die sein Gebiet betreffen, hier kurz mitzuerledigen, da die organisatorischen Fragen in der Diskussion eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen haben und auch die organisatorische Tätigkeit des Parteivorstandes kaum von irgendeiner Seite angegriffen worden ist.

Ich empfehle Ihnen die Anträge 24 bis 26, die die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder betreffen, dem Parteivorstand zu überweisen. Wir halten es für sehr bedenklich, etwa durch einen Parteitagsbeschluß alle Organisationen zu zwingen, diesen Beschluß durchzuführen. (Sehr richtig!) Es ist aber doch zweckmäßig, daß diese Frage in den Organisationen geprüft wird.

Bezüglich der Anträge, die die Jugend und Bildung betreffen, schlage ich Ihnen vor, die Anträge 272 und 273 anzunehmen, den Antrag 271 dem Parteivorstand und die Anträge 274 bis 281 dem Zentralbildungsausschuß zu überweisen. Unter diesen Anträgen sind einige, in denen die Wiedererrichtung von Parteischulen gewünscht wird. Wir haben auf Grund der Erfahrungen dagegen Bedenken. Es ist aber auch deshalb unmöglich, diese Anträge heute anzunehmen, weil die Errichtung einer solchen Parteischule ohne eine Beitragserhöhung nicht möglich wäre.

Ebenso empfehlen wir Ihnen den Antrag 319, der die Mitgliedschaft der parteigenösslichen Lehrer in der Arbeitsgemeinschaft betrifft, anzunehmen.

In den Anträgen 283 und 284 wird verlangt, daß der Parteivorstand sich mit der Gründung genossenschaftlicher Papierfabriken beschäftigen solle. Wir empfehlen, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

In dem Antrag 302, der von Markwald und Genossen gestellt ist, wird verlangt, daß durch eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Beseitigung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens ausgearbeitet und diese Gesetze dem Volksbegehren unterworfen werden sollen. Wir können Ihnen diesen Antrag nicht zur Annahme empfehlen, weil er uns nicht weit genug geht. Wir sind der Meinung, daß wir mit der Beseitigung der Klassenjustiz nicht warten können, bis eine eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz ausgearbeitet hat. Wir glauben vielmehr, daß die Reichstagsfraktion ungefährnt Anträge einbringen muß, die dahin gehen, daß durch ein Notgesetz sofort gewisse dringliche Reformen durchgeführt werden. Dazu rechnen wir insbesondere die Vorschrift, daß auf einem anderen Weg, etwa durch die Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage usw. nach dem Verhältniswahlsystem die Schöffen und Geschworenen gewählt werden, daß auch bei den Strafkammern eine Mitwirkung von Laienrichtern gesichert wird. Das kann ohne eine Kommission, ohne ein vollständig neues Gesetz und ohne eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Deshalb empfehlen wir Ihnen mit dieser Maßgabe, den Antrag 302 der Reichstagsfraktion zu überweisen.

Zur Annahme empfehlen wir Ihnen den Antrag 306, der das Tragen der Farben Schwarz-Rot-Gold empfiehlt, ebenso den Antrag 311, der sich für das Selbstbestimmungsrecht des georgischen Volkes ausspricht.

In dem Antrag 309, den der Genosse Scholich eingebracht hat, wird eine Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten gefordert. Genosse Scholich hat an Hand der tatsächlichen Verhältnisse die Notwendigkeit dieser Erweiterung so eingehend begründet, daß wir Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Wir bitten Sie weiter, an den Parteivorstand den Antrag 312 zu überweisen, der eine Einrichtung beim Parteivorstand wünscht, um gewissermaßen eine Rekrutierung innerhalb der Partei, innerhalb der Republikaner für die Demokratisierung der Verwaltung zu schaffen. Ich glaube, daß in Erwägungen darüber eingetreten werden muß, inwieweit unsere bisherigen Organisations-einrichtungen nach der Richtung hin ausgebaut werden können.

Ebenso empfehle ich, dem Parteivorstande zu überweisen die Anträge 20. bis 23, Antrag 27, Anträge 29 bis 32, 35 und 76 bis 78, die alle entweder die Herausgabe von Agitationsmaterial oder eine Belebung der Agitation überhaupt verlangen.

Abzulehnen bitte ich Sie den Antrag 34, der die Versendung von Anwesenheitslisten der Abgeordneten betrifft. Der Genosse Müller hat das Notwendige dazu gesagt.

Ebenfalls abzulehnen bitte ich Sie den Antrag 38, in dem eine Kommission gefordert wird, die eine Städteordnung für das ganze Reich ausarbeiten soll. Mit Rücksicht darauf, daß rein verfassungsrechtlich zurzeit gar nicht an die Durchbringung eines solchen Gesetzes zu denken ist, glauben wir, daß die Partei zurzeit dringlichere Aufgaben zu erfüllen hat.

Abzulehnen bitte ich Sie auch den Antrag 63, der davon spricht, daß es Pflicht aller Parteimitglieder ist, den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen anzugehören. Soweit die freien Gewerkschaften in Betracht kommen, besteht ein solcher Parteitagbeschuß bereits, und es ist nicht notwendig, ihn zu erneuern. Soweit in diesem Antrag auch die Organisationen des Deutschen Beamtenbundes erwähnt worden sind, ist bekannt, daß wir die Stellung einnehmen, wie auch die Gewerkschaften, den Deutschen Beamtenbund als eine gleichberechtigte Gewerkschaftsorganisation anzuerkennen. Es ist aber auch bekannt, daß die Verhandlungen, die eine engere Fühlung zwischen den Gewerkschaften und den Beamtenorganisationen herbeiführen sollten, zunächst gescheitert sind. Wir können also unter diesen Umständen nicht die Mitgliedschaft in diesen Beamtenorganisationen durch Parteitagbeschuß so festlegen, daß die Nichterfüllung dieses Beschlusses den Ausschluß aus der Partei zur Folge haben würde.

Ebenso bitten wir Sie, den Antrag 69 bezüglich der Mitgliedschaft in Krieger- und Militärvereinen abzulehnen, den wir nicht für notwendig halten.

Den Antrag 62, der eine Erweiterung der Zahl der Mitglieder der Pressekommission des „Vorwärts“ betrifft, bitte ich Sie, anzunehmen. Es handelt sich lediglich um eine organisatorische Maßnahme.

Ablehnen müssen wir den Antrag 73, der eine zentrale Regelung der Gehälter der Parteigestellten fordert. Soweit es sich um Parteigestellte handelt, ist vom Parteivorstand bezahlt werden, erfolgt eine zentrale Regelung schon seit jeher. Im übrigen aber muß es den örtlichen und Bezirksorganisationen überlassen bleiben, die Gehälter ihrer Angestellten festzulegen. Wir haben immer eine Angleichung an die vom Parteivorstand festgesetzten Gehälter empfohlen. Eine weitergehende Bindung erscheint uns ungewürdig.

Ebenfalls bitte ich abzulehnen die Anträge 74 und 75, die verlangen, daß die alten Führer ins Land gehen sollen, daß führende Genossen vom Parteivorstand hinausgeschickt werden. Soweit das möglich ist, geschieht es bisher. Es würde als ein Misstrauensvotum gerade gegen die alten Genossen angesehen werden, wenn man das durch Parteitagbeschuß besonders festlegen wollte.

Es ist nun in der Debatte die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern berührt worden. Wir teilen durchaus den Standpunkt, der auch in einigen Anträgen zum Ausdruck kommt, daß es mit den Pflichten eines Parteigenossen, zumal eines führenden Parteigenossen, nicht gut vereinbart werden kann, über strittige grundsätzliche und taktische Parteifragen in bürgerlichen Blättern zu diskutieren. Man hat zum Teil — die Genossen Roste und Lensch sowie andere haben über derartige Parteifragen in bürgerlichen Blättern geschrieben — dies dadurch begründet, daß Parteiblätter, insbesondere der „Vorwärts“, die in Frage kommenden Artikel nicht aufgenommen hätten. Der „Vorwärts“ ist aber nicht unbedingt Diskussionsorgan. Ich glaube, daß es immer noch das geringere Unglück ist, wenn die Meinung eines Parteigenossen zu einer bestimmten Frage der Mitwelt vorenthalten bleibt, als wenn Genossen Artikel für bürgerliche Blätter schreiben. Man kann vielleicht nichts dagegen sagen, wenn Parteigenossen, die Minister sind, in sachlicher Weise über ihre Ministerstätigkeit in anständigen bürgerlichen Blättern schreiben. Die Erörterung parteipolitischer und parteitaktischer Fragen gehört aber in die Parteipresse und in die Parteiverfassungen. Wir bitten Sie daher, die Anträge 36 und 37 anzunehmen und die Anträge 33 und 71 damit als erledigt anzusehen.

Nun noch ein Wort zur Frage der Einigung. Genosse Kieß hat die Frage der Einigung mit dem Argument behandelt, das man häufig, besonders von denjenigen Genossen hört, die sich für sehr radikal halten. Er sagte, in der Behandlung der Einigungsfrage auf dem Parteitag und insbesondere in meinen Ausführungen vermisste er die Wärme gegenüber den Unabhängigen, wie sie besonders in den Betrieben bei der Arbeiterschaft zu finden sei. Ich weiß nicht, woher der Genosse Kieß für sich in Anspruch nimmt, die Stimmung unserer Parteigenossen in den Betrieben besser zu kennen als ich. Er steht ebenso wenig an der Hobeibank wie ich, und er hat vielleicht in seiner Stellung viel weniger Gelegenheit, die Stimmung der Genossen in den Betrieben kennen zu lernen als ich und andere Genossen. Genosse Kieß hat im Gegenteil durch seine weiteren Ausführungen bewiesen, daß er die Verhältnisse in der Arbeiterschaft sehr schlecht kennt; denn wenn er zum Beispiel sagt, der Unabhängigen Partei sei es zu danken, daß die Einheit der Gewerkschaften bewahrt worden sei, so sollte er doch nicht vergessen, daß die Unabhängigen in den Gewerkschaften erst in dem Augenblick die Anhänger des Einheitsgebantens geworden sind, als sie die leitenden Posten besetzt hatten. Ich erinnere an die letzten Wahlen im Metallarbeiterverband, bei denen es gelungen war, ein allgemeines Zusammengehen zwischen unseren Genossen und den Unabhängigen herbeizuführen, das aber von den Unabhängigen in den Orten — ich erinnere an Dresden — durchbrochen wurde, wo unsere Genossen in der Verwaltung saßen. Es sind also sehr parteieigentliche Gründe, die wenigstens mit für diesen Einigheitswillen maßgebend sind. Ich stimme dem Genossen Broßwitz durchaus darin zu, daß die Einigungsfrage kein Rechenexempel sein kann; ich bitte aber, mir eine einzige Stelle in meinen Ausführungen zu nennen, in der ich von diesem Gesichtspunkte aus die Einigungsfrage behandelt habe. Ich habe im Gegenteil die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Unabhängigen Partei

zu den einzelnen wichtigen Fragen behandelt, den Unterschied gegenüber unserer Stellungnahme nachgewiesen, die außerordentlich zweideutige Haltung der Unabhängigen in den Einzelfragen dargelegt und habe erklärt, daß lediglich an dem mangelnden Mut der Unabhängigen, in diesen Fragen das zu sagen, was sie innerlich denken, die Einigung zunächst gescheitert ist. Wenn der Genosse Rief das ein Schmähchen der Unabhängigen nennt, so ist das Geschmackssache. Dieses Urteil erfährt keine besondere Beachtung dadurch, daß er es als Schmähchen der Unabhängigen Partei betrachtet, wenn man von dieser eine klare und konsequente Politik verlangt, während er selbst von unserer Partei eine klare und konsequente Politik fordert. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß auch der Genosse Schiller, der uns hier darlegte, daß man nach einem neuen Kapp-Putsch eventuell gezwungen sein würde, Maßnahmen zu treffen, die nicht mit den Grundgedanken der Demokratie zu vereinbaren sind, nach dem alten bewährten Grundsatz handeln sollte, daß man derartige Dinge im gegebenen Moment macht, aber nicht lange vorher ankündigt. Was wir im gegebenen Falle tun werden, hängt von den Verhältnissen und vor allen Dingen von unserer Macht ab. Aber der Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen ist doch nicht der, ob wir uns in einem solchen Falle zu diktatorischen Maßnahmen veranlaßt sehen, sondern ob wir diktatorische Maßnahmen als die reguläre Regierungsform eines Landes ansehen können. Das dürfen wir nicht verwechseln.

Ich habe mich auch außerordentlich über die merkwürdige Konsequenz gewundert, die der Genosse Markwald in seinen Ausführungen gezogen hat. Er hat bei der Frage der Regierungsbildung gesagt: gewiß, das Programm ist sehr schön, aber ich bin überzeugt, die Deutsche Volkspartei wird das Programm anerkennen und es nachher nicht durchführen. Ich wundere mich, daß der Genosse Markwald nicht dieselbe Vorsicht gegenüber der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit der Bundes- und Koalitionsgenossen nach der anderen Seite verlangt. Ich gebe zu: dieses Mißtrauen gegenüber der Deutschen Volkspartei ist durchaus berechtigt, aber die Frankfurter Genossen sollten doch auch dieselbe Vorsicht gegenüber der Ehrlichkeit der Kommunisten an den Tag legen. (Sehr richtig!) Dazu liegt viel mehr Veranlassung vor. Ich erinnere Sie daran, daß in dem Streit zwischen Levi und der KPD in der „Freiheit“ u. a. ein Brief Kadeks an seine deutschen kommunistischen Freunde veröffentlicht worden ist, der ein Schlaglicht auf die Gründe wirft, aus denen Kommunisten mit den Unabhängigen und uns zusammenarbeiten wollen. Kadel sagt in diesem Brief folgendes:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir wieder in eine Periode eintreten, wo der Ausbau der Organisation legal und illegal, die Belebung des politischen Lebens in den Organisationen, die Weiterführung der Taktik des offenen Briefes, vielleicht in geänderter Form, sich jetzt nicht mehr an die Parteileitung und die Bürokratie, sondern direkt an die Massen zu wenden, ausschlaggebend sein wird. Die Stärkung des gewerkschaftlichen Zentrums ist von der größten Bedeutung.

Stehen sich nicht irgendeine Gruppe Rechtsunabhängiger gewinnen, die zusammenarbeiten würden unter der Losung: Einigkeit der Klassenkämpferischen Gewerkschaftler gegen die reformistischen Gewerkschaftspalster. Ich fürchte, daß die Niederlage momentan das Minieren des Gegners erschwert. Das Heranziehen einer nicht offenen kommunistischen Gruppe wäre sehr nützlich. Ich untertreibe das als erst ungelegene Gedanken. Ich möchte nur, daß Ihr sie vorbereitet. Der Grundgedanke ist der: um den kommunistischen Kern sammeln wir jetzt leichter die Peripherie, wenn wir Zutreiber haben, die nicht-offen als Kommunisten arbeiten.

(Hört, hört!) Eine Partei, die in dieser Form zu erkennen gibt, daß sie jedes Zusammenarbeiten mit anderen Arbeiterparteien lediglich dazu benutzt, um diese Parteien zu unterminieren, die sich Spitzel und Zutreiber verschaffen will, muß allerdings mit größter Vorsicht behandelt werden. (Sehr richtig!) Diese Vorsicht habe ich bei unseren Frankfurter Kollegen durchaus vermisst.

Dasselbe trifft für den Genossen Rief zu, der die Beurteilung des offenen Briefes dahingestellt sein ließ und dem ich doch sagen möchte, daß die Beurteilung des offenen Briefes gar nicht dahingestellt zu sein braucht; denn selbst die Unabhängigen haben diesen offenen Brief der Kommunisten als den größten politischen Schwindel der letzten Jahre bezeichnet. In ganz ähnlicher Weise haben unsere Genossen in Mecklenburg mit den Kommunisten Erfahrungen gemacht. In Rostock beriefen unsere Genossen eine Demonstration ein. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, nachdem der größte Teil der Teilnehmer weg war, dort eine Resolution gegen unsere Partei anzunehmen und dann in der „Roten Fahne“ zu schreiben: „Einheitsfront trotz alledem! Großer Sieg unserer Genossen über die Mehrheitssozialisten in Rostock.“ (Hört, hört!) Ich glaube nicht, daß wir den Kommunisten Gelegenheit geben sollten, ihre Agitation vor Massen zu tragen, die sie unter eigener Flagge niemals auf die Beine bringen. (Sehr richtig!) Ich meine, daß wir diese machtvollen Demonstrationen, um die es sich handelt, auch zusammenbringen, wenn wir die Kommunisten nicht als einen so wertvollen Bundesgenossen heranziehen.

Gerade mit Rücksicht auf diese Taktik kann ich auch nicht, wie Genosse Markwald, im Frankfurter Antrag zur Einigung den einzig möglichen Weg sehen. Er sagt: in dem Antrag ist vorgeschlagen, weitgehende Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, aber geschlossenes Handeln nach außen. Wir haben uns in der Vergangenheit immer auf den Standpunkt gestellt, daß natürlich bei aller Meinungsfreiheit doch eine gewisse grundsätzliche und sachliche Uebereinstimmung innerhalb der Partei vorhanden sein muß; sonst könnte jeder Kommunist, wenn er sich nur verpflichtet, sich äußerlich den Beschlüssen zu fügen, der Partei beitreten, innerhalb der Partei dann aber ungehindert seine Propaganda betreiben. Wenn wir an die Zeit vor der Spaltung und während der Spaltung der Partei denken und an die Erfahrungen derjenigen örtlichen Organisationen, die damals bestrebt waren, die Spaltung möglichst lange zu vermeiden, dann können wir uns auf diesen Standpunkt nicht stellen. Entweder ist unsere Politik richtig — dann haben wir sie auch gegenüber den Unabhängigen zu vertreten und haben zu versuchen, eine Einigung auf diesem Standpunkt durchzusetzen —, oder sie ist nicht richtig, dann müssen wir die Politik nicht nur mit Rücksicht auf die Unabhängigen, sondern im Interesse der Partei selbst ändern.

Daher möchte ich noch ein Wort zu der Frage der Klarheit der Politik sagen. Mit Rücksicht auf die Angriffe, die ich gegen die Chemnitzer und Frankfurter Genossen gerichtet habe. Genosse Rief sagte, ich hätte die Chemnitzer Richtung betrittelt. Ich habe die Chemnitzer Genossen, die ich als eine Richtung gar nicht betrachte, kritisiert und ihnen vorgeworfen, daß sie es an aller Klarheit und Konsequenz haben fehlen lassen. Ich habe bereits die Ausführungen des Genossen Frellich angeführt, der in einer Versammlung sagte: nicht Amsterdam oder Moskau kann für uns in Frage kommen, sondern einzig und allein eine einheitliche sozialistisch gerichtete freigewerkschaftliche Internationale. Die „Chemnitzer Volkstimme“ beschäftigt sich in einem anderen Artikel mit der Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft, der sogenannten Internationale zweieinhalb, und sie schreibt in diesem Artikel:

„In Wien ist eine Internationale Arbeitsgemeinschaft gegründet worden. Wäre es nicht mindestens so nötig oder vielleicht nötiger gewesen, erst

eine nationale Arbeitsgemeinschaft zu gründen? Fordern wir deshalb einmütig von unseren Führern, daß schleunigste Schritte unternommen werden zur Einberufung einer Konferenz, auf welcher die Frage der Gründung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft erörtert wird."

Das fordert die „Chemnitzer Volksstimme“ in demselben Augenblick, wo in Amsterdam, als das Bureau der zweiten Internationale mit der Gewerkschaftsinternationale zusammentam, um über ein internationales Arbeitsprogramm für die Wiedergutmachung zu verhandeln, eine Vertretung der 21sten Internationale dazukam, um zwar mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau, aber nicht mit dem Bureau der Zweiten Internationale über eine Frage zu verhandeln, die nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die Völker von ganz Europa von ungeheurer Bedeutung ist. Die Wiener internationale Arbeitsgemeinschaft hat nämlich ihren Organisationen jedes Verbands mit Parteien der zweiten Internationale verboten. Ein klein wenig Selbstachtung und politische Würde kann man auch von den Genossen verlangen, die sich einbilden, eine selbständige Richtung zu haben.

Ein anderer Fall, wie man in der Kritik gegen die eigene Partei jedes Maß vermissen läßt. In der „Chemnitzer Volksstimme“ wird in einem Artikel gesagt:

„Der frühere Sozialdemokrat Emil Unger, der vor einiger Zeit unter die Hakenkreuzler gegangen ist und jetzt in der „Deutschen Zeitung“ Artikel unter der Bezeichnung „Früherer Redakteur, Berichterstatter und Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse“ verbricht, sagte am 24. März in der „Täglichen Rundschau“ folgendes:

„Die Zahl derer, die äußerlich noch zur Sozialdemokratie zählen, innerlich aber mit ihr zerfallen sind, ist größer, als man auf bürgerlicher Seite annimmt. Wenn die Betroffenen trotzdem nicht die Konsequenzen ziehen, so erklärt sich das aus familiären, freundschaftlichen und vielfach nicht zuletzt aus materiellen Gründen. Die meisten von ihnen würden gern den letzten Schritt tun, wüßten sie mit Sicherheit, daß sie anderswo sofort wieder einen gleichen Wirkungskreis fänden.“

Dann wird in dem Artikel gesagt, daß ein an weithin sichtbarer Stelle stehender Genosse ihm anvertraut habe, er sehne den Augenblick herbei, wo er aus der Partei herauskommen könne. „So aber bleibe er links und hoffe, seine Partei von innen heraus auszuhöhlen und von ihren versteinerten Ideologien befreien zu können.“ Dazu hat die „Chemnitzer Volksstimme“ nichts weiter hinzuzufügen als folgendes:

„Wir legen natürlich keinen Wert auf die Schreibereien eines solchen Menschen, der aus seiner sozialistischen Vergangenheit persönliche Geschäfte zu machen versucht, nur hat der Mann leider nicht so ganz unrecht!“

Eine derartige Beschmutzung der eigenen Partei muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!)

Die Klarheit der Politik, die auch von den Frankfurter Genossen verlangt worden ist, kommt in einem Bericht der „Frankfurter Volksstimme“ über die Reichstagsverhandlungen bezüglich Bayerns zum Ausdruck, wo es heißt: „Wir sind des trockenen Tons nun endlich satt. Wir fordern, daß unsere Genossen in der Reichsregierung durchsehen, daß die Forderungen der Frankfurter Arbeiterklasse bewilligt werden, oder ihren Rücktritt erklären.“ Wenn wir bei jeder Gelegenheit mit dem Austritt aus der Regierung drohen, dann zieht diese Drohung mit der Zeit nicht mehr und wird auf der Gegenseite als das an-

gesehen, was sie ist, eine politische Kinderei. Ich verstehe es, wenn die Frankfurter Genossen die Forderung aufstellen, alle Mittel anzuwenden, um die Regierung vorwärtszutreiben, aber das Mittel des Austritts aus der Regierung ist sehr bequem, nur wird eine Lösung aller Fragen dadurch nicht erreicht. (Zuruf.) Wenn Otto Braun das geschrieben hat, so kann ich mir wohl denken, daß, wenn wir sehen, daß unsere Macht nicht ausreicht, um die Regierung zu zwingen, gewisse Forderungen zu erfüllen, wir jede Verantwortung ablehnen müssen und zurücktreten. Das bedeutet aber nicht Drohung hiermit bei jeder Gelegenheit.

Noch ein Beispiel für klare Politik, das mehr auf heiterem Gebiete liegt: In der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 6. August wird ein Leitartikel gebracht mit der Ueberschrift: „Wirkliche Währung“, offener Brief an Walter Rathenau. Dieser offene Brief geht von dem „Bund der Tätigen“ in Berlin-Grünwald aus. Ich habe bisher nicht gewußt, daß es in Grünwald soviel Tätige gibt, daß sie sogar einen Bund gründen konnten. (Heiterkeit.) Aber die „Chemnitzer Volksstimme“ hält diesen Bund für wert, ihm die Spitze ihres Blattes einzuräumen. Der Kernpunkt der Vorschläge in diesem Artikel ist folgendes: Es heißt da:

„Ebenso unveränderlich wie unsere bisher gebräuchlichen Maßeinheiten — Meter, Kilogramm und Sekunde — für das Messen der richtigen Größenverhältnisse, der richtigen Gewichtsverhältnisse und der richtigen Zeitverhältnisse sind, ebenso unveränderlich muß auch die Währung, die Maßeinheit für den Nutzwert zur Festlegung der richtigen Nutzwertverhältnisse aller Notdurftsgüter und Leistungen sein.“

Dieser Nutzwert-Einer, als zweckmäßiger, unveränderlicher Maßbegriff für die Währung ist von Robert Grison in seiner Abhandlung „Der Einer, die Grundlage unserer Volkswirtschaft“ (erschienen im Verlage des „Bundes der Tätigen“, Berlin-Grünwald) festgelegt worden als der Nutzwert eines Kilogramms Brotgetreide von 3500 Kalorien als Nährwert = 1.

Werden alle lebenswichtigen Notdurftsgüter nach Meter, Kilogramm oder nach dem Stück auf Grund der Einer-Währung gestaffelt (Werttarif), dann wird ihr Preis gleich ihrem Nutzwerte. Es wird also der Preis gleichwertiger Ware jederzeit unveränderlich sein, d. h. ihr Preis wird ihrem Nutzwerte, ihrem wirklichen Werte, gleich sein. Dadurch wird zwangsläufig auch der Preis jeder Leistung gleich ihrem Nutzwerte, und das „Einer-Geld“ wird „Quittung für empfangene Leistung“. Das ist es, was das ganze wirtschaftlich tätige Volk will.“ (Heiterkeit.)

In einer Vorbemerkung wird gesagt, daß die Zeitung dem Wunsch nach Abdruck des Briefes gern nachkomme, „denn es will uns dünken, daß die in dem Briefe vorgeschlagene Umgestaltung der Währung wohl abwegig, jedoch erfolgversprechend ist“. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß die Gesamtpartei dieser Klarheit der Politik folgen wird, und ich hoffe, daß auch die Chemnitzer Richtung nicht unbedingt Gewicht darauf legen wird, in dieser Klarheit weiter an der Spitze der Partei zu marschieren.

Markwald hat erklärt, daß die Resolution über die Regierungsbildung nichts weiter sei als die geschickte Inszenierung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Dieses Kompliment ist eine der wenigen Anerkennungen, die dem Parteivorstand ausgesprochen sind. Ich muß aber gegen diese Auffassung der Resolution protestieren. In dem Kasseler Beschluß ist keine Festlegung, daß wir mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen können, enthalten. Diese Festlegung entspricht lediglich der Stellungnahme innerhalb der Partei und der Parteiorgane. Eine solche Festlegung der Partei müssen wir auch unter

allen Umständen ablehnen und müssen die Entscheidung von der sachlichen Prüfung im einzelnen Falle abhängig machen. Ich habe mich im Landtag im Mai gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei entschieden gewandt. Im Mai war die Situation so, daß die Deutsche Volkspartei ihren Kampf gegen unsere Partei und die wichtigsten Grundsätze unserer Regierungspolitik gerichtet hatte. Da mußte ich mich auf den Standpunkt stellen, daß es nicht möglich sei, mit dieser Partei zusammenzuarbeiten. Aber keine Partei ist unveränderlich, und die Möglichkeit, daß die Deutsche Volkspartei ihren Standpunkt in wichtigen Fragen ändert, können wir nicht durch einen Beschluß aus der Welt schaffen. Dieser Beschluß bedeutet nicht, daß wir sagen: „Unter allen Umständen“, aber auch nicht: „Unter keinen Umständen“, sondern, von der sachlichen Festlegung auf bestimmte Mindestforderungen abgesehen, uns taktische Bewegungsfreiheit vorbehalten, das Verhalten in einzelnen Fällen zu prüfen. Genosse Biester sagte, wir müssen gegen die Deutsche Volkspartei sein, solange sie ihre Wirksamkeit und Agitation nicht ändert. Ich stimme ihm durchaus zu und sage: solange die Deutsche Volkspartei an ihren Grundsätzen vom Mai festhält, ist für mich ein Bündnis mit ihr ausgeschlossen. Solange die Deutsche Volkspartei nicht unsere Mindestforderungen anerkennt, d. h. solange sie nicht Garantien gibt für den Schutz der Republik, solange sie nicht auf monarchistische Propaganda verzichtet, solange sie nicht ein für uns annehmbares Steuerprogramm mit durchzuführen bereit ist, solange gibt es für uns keine Koalition mit ihr. Man kann nicht republikanisch regieren und monarchistisch propagieren. Solche Selbstverständlichkeit braucht man nicht in der Resolution festzulegen. Man darf überhaupt nicht zuviel Einzelheiten hineinnehmen, denn sonst kann man sich immer darauf berufen, daß eine andere Einzelheit nicht darin steht. Man muß sich auf Festlegung der allgemeinen Grundsätze beschränken, deren Auslegung nach dem Willen erfolgt, der bei der Beschlußfassung vorgeherrscht hat. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie auf monarchistische Propaganda verzichten will, dürfen wir nicht als ein Zugeständnis ansehen, für das sie Kompensationen verlangen kann, sondern als eine selbstverständliche Voraussetzung.

Wenn man die Entlassung aller monarchistischen Offiziere vor dem Zusammentritt der neuen Regierung verlangt, so ist das eine lächerliche Naidität. Wir gehen doch gerade zu dem Zweck in die Regierung hinein, um solche Maßnahmen durchzuführen.

Wenn gefragt worden ist: Wo bleibt der Schutz der deutschen Republik mit der Deutschen Volkspartei?, so kann man ebenso gut fragen: Wo bleibt der Schutz der deutschen Republik ohne die Sozialdemokratie? Eine Regierung ohne Sozialdemokratie mit Deutscher Volkspartei und gestützt von den Deutschnationalen bedeutet für den Schutz der Republik die größere Gefahr. (Sehr richtig!) Unter diesen vielen Uebeln müssen wir dasjenige wählen, das uns die größten Garantien bietet.

Auf dem letzten Katholikentage hat Dr. Heß gesagt: „Vom Großgrundbesitzer bis zum Gewerkschaftler ist man sich darüber einig, daß die Revolution ein ruhloses Verbrechen gewesen ist. Das hat sich bitter am deutschen Volk gerächt. Eine müßige Frage ist es, ob die Umänderung der monarchistischen in die republikanische Staatsform auch ohne Revolution gekommen wäre. Auch der überzeugteste Republikaner kann die heutige Republik nicht als Idealgebilde bezeichnen.“ Trotzdem werden wir nicht auf Grund dieser Äußerung die weitere Koalition mit dem Zentrum ablehnen, sondern werden uns fragen: Treibt die Zentrumspartei die Politik dieses Mannes oder eine Politik, mit der wir zusammengehen können?

Ich bitte Sie daher, den Antrag Markwald (303), der den sofortigen Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung verlangt, wenn nicht bestimmte Bedingungen sofort erfüllt werden, abzulehnen, weil man so keine Politik machen kann. Die Forderung in Antrag 316 in Zeile 14 von unten, statt „Grundforderung“ zu sagen: „Mindestforderung“, akzeptieren wir. Wir wollen damit sagen, daß es über diese Forderungen kein Handeln geben kann, daß die Verhandlungen sich lediglich um die Art der Durchführung im Einzelfalle drehen können. Ich bitte Sie aber, die übrigen Abänderungsanträge, Entlassung monarchistischer Offiziere, Erfassung der Schwerte, Forderungen, für die wir schon lange den schärfsten Kampf führen, abzulehnen, da sie in unseren Mindestforderungen enthalten sind. Ebenso bitte ich den Antrag auf Schaffung einer gerechten Rechtspflege abzulehnen, weil das in der Demokratisierung der Verwaltung enthalten ist. Weiter möchte ich vorschlagen, im letzten Absatz des Antrages 304 eine Umstellung vorzunehmen und zu sagen: „Am übrigen sollen die in Frage kommenden Fraktionen im Benehmen mit dem Parteivorstand . . . entscheiden.“ Mit diesen Änderungen bitte ich die Resolution 304 anzunehmen und alle übrigen Abänderungsanträge abzulehnen.

Wir müssen hier zum Ausdruck bringen, daß von einer Abkehr von unserer bisherigen Politik keine Rede sein kann und daß von den Bedingungen des Kasseler Parteitages nichts geändert ist, daß wir vielmehr die Forderung der Anerkennung der Republik verschärft haben in die Forderung der Verteidigung der Republik. Wir wollen unsere Macht ausnutzen, um unsere Ziele zu vertreten und zu verhüten, daß die Macht der deutschen Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht. Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, werden Sie die überwältigende Majorität der Gesamtpartei hinter sich haben. (Beifall.)

**Loferelt-Chemnitz:** In bezug auf die Ausführungen des Genossen Krüger geben wir folgende Erklärung ab — einer Kritik der Angriffe, die in den Ausführungen vorkamen, will ich mich enthalten —:

**Vorsitzender Wels** (den Redner unterbrechend): Wenn der Berichtstatter sich unzulässige Angriffe hätte zuschulden kommen lassen, hätte der Vorsitzende das gerügt.

**Loferelt-Chemnitz:** Der Bericht des „Vorwärts“ läßt den Gen. Krüger sagen: „Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der KPD. gegen Gewalttaten von rechts demonstriert, so demonstriert man nächstens vielleicht mit den Deutschnationalen gegen die Putschpolitik der Kommunisten. Die Kommunisten haben sich als wenig angenehme Bundesgenossen gezeigt. Bei der Abschneidung der Waffenzufuhr für Polen haben die Kommunisten mit uns und den U.S.P. einen Aufruf vereinbart, und am nächsten Tage wurde dieser Aufruf in der „Roten Fahne“ unter Beschimpfungen heruntergeriffen.“ (Hört, hört!) In der Voraussetzung, daß dieser Wortlaut der Rede Krügers entspricht, erklären wir, daß das Gesagte abwegig ist, soweit Chemnitz in Betracht kommt. Die Vereinbarungen der Chemnitzer Parteileitung mit den Kommunisten bezüglich der Demonstration sind von letzteren ehrlich gehalten worden. Was die „Rote Fahne“ geschrieben hat, kann mit dem Verhalten der Chemnitzer Kommunisten bei der Demonstration nicht in eine Linie gestellt werden. Die Delegierten des Chemnitzer Bezirks protestieren dagegen, daß Gen. Krüger das Schlusswort dazu benutzt, schwere Angriffe gegen einzelne Parteiblätter zu erheben, so daß keine Antwort mehr möglich ist. Loyal wäre es gewesen, das Schlusswort nur zur Behandlung der Debatte zu benutzen. Unloyal ist es, im Schlusswort Elemente in die Verhandlung zu bringen, auf die niemand mehr eingehen kann. Die Delegierten des Chemnitzer Bezirks.“

**Vorsitzender Wels:** Ich muß hierzu bemerken, daß diese Ausführungen durchaus deplaciert sind. Genosse Krüger hat gegen die Taktik polemisiert, gegen Gewalttaten zu demonstrieren gemeinsam mit Parteien, die selbst Gewalt predigen. Er hat nach dem Bericht der „Sörlinger Volkszeitung“ gesagt: „So lange die Einigung nicht erreicht ist, wird die Einheitsfront durch gelegentliches Zusammengehen hergestellt werden müssen. Ein solches ist aber nur möglich bei gemeinsamen Anschauungen. Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der KPD. gegen Gewaltpolitik demonstriert, lachen darüber die Hühner. Vielleicht demonstriert man demnächst mit den Deutschnationalen gegen die Putzpolitik der Kommunisten.“ Ich bin der Auffassung, daß das eine Ansicht ist, die durchaus Gemeingut in der Partei sein dürfte (sehr richtig!), da die Partei sich wiederholt und geschlossen gegen die Putztaktik der Kommunisten ausgesprochen hat.

Ich muß den Berichtstatter des Parteivorstandes gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er das Schlüsselwort mißbraucht hat. Wenn er im Schlüsselwort einige Zitate aus der „Chemnitzer Volksstimme“ der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, so war er durch die Stellungnahme der Chemnitzer dazu veranlaßt. Ich habe die Uebersetzung, der Parteitag hat die Verlesung der sehr interessanten Stellen aus der „Chemnitzer Volksstimme“ mit großer Befriedigung aufgenommen, und viele von Ihnen sind vielleicht angeregt worden, in der „Chemnitzer Volksstimme“ diese sogenannte Chemnitzer Richtung genauer zu studieren.

Der Genosse Gerlach-Düsseldorf bittet mich, mitzuteilen, daß Genosse Seneering im Irrtum war, als er in seiner Rede den Zwischenruf, der von einem Frankfurter Genossen kam, auf den Genossen Gerlach bezog. Gerlach legt Wert darauf, festzustellen, daß er den Standpunkt des Zwischenrufers nicht teilt.

Der **Vorsitzende** teilt sodann mit, daß am Nachmittag die Abstimmungen, darunter zwei namentliche, stattfinden sollen, und bittet die Landsmannschaften, am Nachmittage eine strenge Kontrolle darüber auszuüben, daß an den Tischen der Delegierten tatsächlich nur Delegierte den Verhandlungen beiwohnen.

Folgendes Telegramm wird verlesen:

Der Sozialdemokratische Verein Hadersleben sendet dem Parteitag herzlichste Glückwünsche zu fruchtbringender Arbeit.

Die Sitzung wird hierauf auf 3¼ Uhr nachmittags vertagt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Min.

### Nachmittagsitzung.

Der **Vorsitzende Wels** verliest nach Eröffnung der Sitzung den Antrag Bernstein, Löße, Scheidemann Nr. 321 und teilt gleichzeitig mit, daß dieser Antrag nach dem Wunsch der Antragsteller als Absatz 2 zur Resolution Bernstein Nr. 311 über die Vergewaltigung Georgiens zugesügt werden soll; die Ueberschrift soll alsdann heißen: Resolution über die Vergewaltigung Georgiens und die Zustände in Ungarn.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Ferner liegt der geschäftsordnungsmäßige, von zwölf Genossen unterstützte Antrag vor, die Abstimmung über die Anträge, betreffend die Regierungsbildung, erst nach dem Bericht der Reichstagsfraktion stattfinden zu lassen. Zur Begründung des Geschäftsordnungsantrags erhält das Wort

**Sörlinger-Röin:** Wir bitten Sie, diesen geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu unterstützen, weil das Referat des Genossen Hoch über die Regierungsbildung der Reichs-

tagsfraktion im Zusammenhang mit der Frage der Regierungsbildung steht; denn die Regierungsbildung in Preußen hängt auch mit einer kommenfolgenden Regierungsbildung im Reiche zusammen.

Der **Vorsitzende** hält den geschäftsordnungsmäßigen Antrag nicht für gerechtfertigt und empfiehlt, die Verhandlungen, die sich fast ausschließlich um die Frage der Regierungsbildung gedreht haben, durch die Abstimmung zu einem einheitlichen Abschluß zu bringen.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Sörlinger, die Abstimmung bis nach Erledigung des Berichts der Reichstagsfraktion auszusetzen, mit großer Majorität abgelehnt.

Der **Vorsitzende** teilt sodann mit, daß zwei Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen, und zwar über den Antrag 304, sowie über den Zusatzantrag zu 304 und über den Antrag 315. Nach dem Antrage des Referenten sollen die Anträge 303, 72, 80 bis 99 sowie 314 bis 318 durch die Abstimmung über den Antrag 304 für erledigt erklärt werden. Dieser geschäftsordnungsmäßige Antrag wird ausreichend unterstützt und sodann mit großer Mehrheit angenommen.

Der **Vorsitzende** gibt sodann bekannt, daß es in der letzten Zeile des Absatz 1 der Resolution 304 statt „das folgende Grundforderungen enthält“ entsprechend dem von Magdeburg gestellten Zusatzantrag heißen muß: „das folgende Mindestforderungen enthält“. Der letzte Absatz des Antrags 304 ist entsprechend dem Antrag 318 abgeändert.

Hierauf folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 304.

**Vorsitzender Wels:** Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben gestimmt mit ja 290, mit nein 67 Genossen. (Lebhafte Bravo!) Der Antrag 304 ist somit angenommen und damit sind alle anderen Anträge erledigt.

Mit Ja haben gestimmt: Eina Amonn, Marie Anjorke, Arnold, Marie Arning, Arnold, Baber, Bartels, Bartosch, Gustav Bauer, Bauers, Baumann, Banerer, Bernick, Bethge, Beufcher, Beyer, Klara Bohm-Schuch, Minna Bollmann, Borowski, Brandes, Brauer, Adolf Braun, Otto Braun, Braunholz, Brehmer, Bretthorst, Brey, Brinkmann, Bröckel II, Brühne, Subert, Buchwitz, Budnerowski, Buhl, Käte Burmann, Busche, Castrup, Czerminski, Daemisch, Daubenthaler, David, Dennstädt, Dornberger, Drescher, Drews, Deutsch, Den, Eberle, Eder, Eggerstedt, Ehrenteit, Eisenbarth, Christine Evert, Faulian, Fehlsch, Feigensträbe, Hermann Feller, Wilhelm Feller, Ferl, Frau Fiedler, Finkle, Emil Fischer, Friedrich Fischer, Richard Fischer, Theodor Fischer, Frank, Julius Franz, Freitag, Frerichs, Freudenberger, Frau Friedrich, Gebhardt, Gegner, Gehrke, Geiselhardt, Geringhoff, Marie Göbel, Helene Grünberg, Günther, Gutmann, Haberland, Haberlandt, Hagen, Ewald Hahn, Rudolf Hahn, Hähnjen, Gertrud Hanna, Hähnch, Kontorbia Hartmann, Hartwig, Hauke, Frieda Hauke, Hauschild, Haußer, Hebestreit, Heinsodtel, Rosa Helfers, Hellmann, Hengsbach, Hensler, Herrmann, Hertwig, Hesse, Heupke, Hiescher, Hildenbrand, Högg, Hoffmann, Hohnsbehn, Hoin, Holtmann, Holz, Hünlich, Hüther, Jacobs, Janfchel, Toni Jensen, Illgner, Marie Juchacz, Rahmann, Raifen, Keller, Robert Kern, Kinner, Kirchner, August Kleinert, Wilhelm Kleinert, Klöße, Emma Kfiegel, Klupsch, Knack, Kollmann, Körner, Köster, Kröger, Franz Krüger, Wilhelm Krüger, Frau Künnecke, Kurth, Ladebeck, Lampf, Lau, Laustötter, Berta Lawatsch, Hermann Leber, Lehmann, Leuterich, Lemerenz, Lezinski, Johanna Legler, Anna Leg, Loeb, Losereit, Lurckh, Lutz, Markwald, Mary, Hedwig Malz, Markwardt, Maß, Anna Matfchel, Matthen, Richard Meier, Wilhelm Meier, Mietzke, Miß, Mollenbuhr, Wilba Möller, Kollmann, Mühlmann, Mathilde Mündel, Erna Münz, Hermann Müller, Hermann Müller,

Karl Müller, Max Müller, Nebdermeyer, Neue, Nierich, Nimmerfall, Frau Doppel, Otonski, Ostromski, Ostwald, Pagels, Panzer, Passfeld, Pfannkuch, Pfeifenbrint, Pflüger, Elisabeth Petzsch, Pintauf, Pinter, Pittig, Prüll, Pusch, Raddbruch, Reichardt, Rehm, Rheinhold, Richmann, Ritter, Röhle, Ruben, Rubbert, Rummer, Elfriede Ryneck, Schaffner, Scheidemann, Schiller, Minna Schilling, Schizowski, August Schmidt, Georg Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmidt, Schmitt, Schnabrich, Schnaitmann, Scholich, Schönfelder, Schöpflin, Luise Schröder, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Hermann Schulz, Joh. Schulz, Wilhelm Schulz, Berta Schulz, Schumann, Schuster, Seemann, Elisabeth Seifert, Seifert, Selbert, Sewering, Siebold, Siering, Silberschmidt, Simon, Solmann, Stampfer, Steinbrecher, Steintopf, Steinmeyer, Steffen, Stelling, Georg Strobel, Robert Strobel, Stuckmann, Laubadel, Johanna Tesch, Minna Todenhagen, Tregner, Treu, Trinks, Paul Verdieck, Wilhelm Verdieck, Vestner, Hans Vogel, Heinrich Vogel, Paul Voigt, Paul Voigt, Vollaack, Wagner, Wägner, Auguste Walter, Ulma Wartenberg, Weiß, Wels, Wendemuth, Werner, Westphäliger, Weyers, Widmann, Ella Wierbicki, Wiescher, Wilde, Wilke, Wisjell, Toni Wohlgemuth, Janette Wolff, Amalie Wündisch, Grete Jabe, Zeiner, Zwack.

Mit Nein haben gestimmt: Paul Bauer, Emma Berthold, Bick, Biester, Broßwih, Carl, Dietrich, Eckstein, Engelmann, Flücht, Forster, Alfred Franz, Frau Gier, Godtnecht, Görtinger, Grund, Hartenstein, Hartig, Helmig, Hennaede, Heugel, Hirdes, Hoch, Hoff, Hohner, Huschte, Jäder, Jurmann, Kabelig, Elisabeth Kern, Kieß, Klauder, Richard Krüger, Ruffhan, Langbein, Leber, Johanna Legler, Anna Leg, Löb, Losereit, Lurisch, Luz, Markwald, Marg, Maria Pascher, Piesch, Pitarb, Reihig, Riegel, Marie Rüper, Roth, Richard Schmidt, Schröder, Schubarth, Gustav Schulz, Schwarz, Seydewitz, Subit, Wettermann, Weidemann, Weimar, Wimmer, Winkler, Witolla, Wittig, Wolf-ram, Wurbs, Wünsche, Zimmermann.

In der weiteren Abstimmung werden die Anträge 39 bis 56 durch Annahme des Antrages 310 für erledigt erklärt.

Die Anträge 36 und 37 werden angenommen, und die Anträge 33 und 71 damit für erledigt erklärt.

Die Anträge 24 bis 26 werden dem Parteivorstande überwiesen, ebenso der Antrag 271. Die Anträge 272 und 273 werden angenommen.

Die Anträge 274 bis 281 werden dem Parteivorstande bzw. dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

Die Anträge 283 und 284 werden dem Parteivorstand, der Antrag 302 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Antrag 306 wird angenommen, ebenso der Antrag 309 und die Resolution Nr. 311 mit der Ergänzung über Ungarn.

Der Antrag 312 wird dem Parteivorstande überwiesen, der, Antrag 319 wird angenommen.

Der Antrag 20 wird dem Parteivorstande überwiesen, ebenso die Anträge 21, 22, 23, 27, 29, 30, 31, 32 und 35.

Anträge 34 und 38 werden abgelehnt, der Antrag 62 wird angenommen. Der Antrag 63 wird abgelehnt, ebenso die Anträge 69, 73, 74 und 75. Der Antrag 76 wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso die Anträge 77 und 78.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion.

Genosse David erklärt, daß er für die Resolution des Parteivorstandes betr. Beteiligung an der Regierung gestimmt hätte, wenn er hätte anwesend sein können.

Hoch-Hanau: Der Fraktionsbericht, den das Sekretariat der Reichstagsfraktion abgefaßt hat, ist Ihnen vor einigen Tagen zugegangen. Sie konnten aus dem Bericht ersehen, daß die Reichstagsfraktion auch im letzten Tagungsabschnitt eine ganze Reihe bedeutungsvoller Aufgaben zu erledigen hatte, die sich auf beinahe alle Gebiete der Gesetzgebung beziehen. Um so auffallender ist es, daß die Entwicklung in unserem Lande in dieser Zeit so unerfreulich gewesen ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat eine Teuerung eingesezt, die geradezu zum Verhängnis für unser Volk zu werden droht. Wir haben auch früher besondere Teuerungszeiten erlebt, wenn durch besondere Umstände unser wirtschaftliches Leben gestört wurde. Außerdem sind die Preise gewisser Waren vor dem Kriege allmählich gestiegen. Die Teuerung, mit der wir es jetzt zu tun haben, ist etwas ganz anderes. Sie ist keine vorübergehende Erscheinung, und sie vollzieht sich nicht allmählich, sondern sprungweise. Der Grund für diese Teuerung liegt in dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Durch den Krieg sind wir so weit gekommen, daß wir die notwendigen Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgüter nicht mehr in dem erforderlichen Maße herstellen können. Wir leben in einer ständigen wirtschaftlichen Not, und eine solche Not hat Notstandspreise zur Folge. Die Notstandspreise steigen bei dem dauernden Notstand immer mehr. Wir sind gezwungen, uns aus dem Auslande wenigstens einen Teil der unbedingt notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu verschaffen, ohne daß wir in der Lage sind, sie wirklich zu bezahlen. Deshalb müssen wir sie borgen. Unser Geld ist nicht mehr Geld in früherem Sinne, sondern ein Schuldschein geworden, ein Schuldschein, der um so mehr an Wert verliert, je mehr Schulden wir aufnehmen müssen. Daraus entsteht für uns die schlimme Folge, daß wir das, was wir vom Auslande beziehen, unter einer immer schlechteren Valuta, mit immer geringwertigen Schuldscheinen bezahlen müssen und daß dadurch der Inlandspreis ungeheuer in die Höhe getrieben wird. Von Tag zu Tag steigen die Preise auf allen Gebieten, und für die nächsten Monate haben wir eine weitere bedeutende Steigerung zu erwarten.

Das hat die Folge, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten gezwungen werden, eine weitere Erhöhung ihrer Löhne zu verlangen. Die bisherige Entwicklung hat sich so vollzogen, daß die Arbeitslöhne und die Gehälter der Angestellten und Beamten bei weitem nicht in dem Maße gestiegen sind, wie es der Teuerung entsprechen würde. Die arbeitende Klasse ist immer mehr in ihrer Lebenshaltung zurückgegangen. Wenn jetzt bei jeder weitersteigenden Teuerung die Arbeiter, Angestellten und Beamten sich dazu bereit erklären, auf eine Lohnerhöhung zu verzichten, dann würden sie ein unverantwortliches Verbrechen an ihren Familien und an der Gesamtheit begehen. Die höheren Löhne haben aber sofort entweder mittelbar oder unmittelbar wieder eine weitere Preissteigerung zur Folge. Alle Ausgaben der Unternehmer werden jetzt reiflos auf die Waren abgewälzt, und das, was die Arbeiter an Arbeitslohn mehr bekommen, müssen sie in den höheren Preisen wieder ausgeben.

Das macht sich am schlimmsten in der Reichswirtschaft bemerkbar, weil sie die größte Wirtschaft im Reiche ist. Die jetzigen durchaus berechtigten Forderungen der Beamten und Arbeiter in den Reichsbetrieben machen eine Mehrausgabe von vielen Milliarden nötig, die durch neue Steuern gedeckt werden muß. Und auch dies trägt zur weiteren Verteuerung aller Waren bei.

Infolge der Teuerung ist die Kaufkraft im eigenen Lande immer mehr zurückgegangen. Wir haben jetzt eine günstige Geschäftszeit, auch für den Absatz der Waren im Inlande. Es handelt sich aber nur um eine augenblickliche Ver-